Raimund Krämer (Hrsg.)

Zwischen Kooperation und Konkurrenz

Europa und Asien im 21. Jahrhundert



Texte vom Potsdamer Außenpolitischen Dialog 2019

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.de abrufbar.

WeltTrends, Potsdam 2019

www.welttrends.de

Potsdamer Wissenschaftsverlag WeltTrends MedienHaus Babelsberg August-Bebel-Straße 26–52 14482 Potsdam

Tel.: +49 331 721 20 35 Fax: +49 331 721 20 35

E-Mail: verlag@welttrends.de

Raimund Krämer (Hrsg.) Zwischen Kooperation und Konkurrenz Europa und Asien um 21. Jahrhundert

Texte vom Potsdamer Außenpolitischen Dialog 2019, ausgerichtet von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg in Zusammenarbeit mit dem WeltTrends-Institut für Internationale Politik (IIP).

Satz/Gestaltung: printlayout & webdesign, Potsdam Tagungsfotos: © Daniel Klaucke Christian Spicker (S. 53)

Gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

BRANDENBURG

© WeltTrends, Potsdam 2019 ISBN 978-3-947802-45-6

Inhalt

Einleitung Raimund Krämer	3
Zur Ordnungsfrage im eurasischen Raum Erhard Crome	5
Realität erkennen, Verständnis verstärken und zukunftsgewandt handeln Über deutsch-chinesische Beziehungen im Zeitalter der globalen Wandlung Chen Zhuangying	17
Chinas Weltstrategie: Basteln am Informal Empire Wolfram Wallraf	29
Integrationsprozesse in Eurasien – Möglichkeiten und Risiken für Zentralasien Bulat Sultanow	43
Russland und China in der Großen Eurasischen Partnerschaft Vladislav Belov	52
"Ein neues Machtzentrum…" Interview mit dem Generalsekretär der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), Vladimir Norov	57
"Muslimische Renaissance" im Zentrum Eurasiens Soziokultureller und religiöser Perspektivenwechsel im eurasischen Umfeld Arne C. Seifert	64

Deutschland, die Europäische Union und China Beata Molo	76
Polnisch-deutsche Zusammenarbeit in der europäischen China-Politik Tomasz Morozowski	86
An die Wurzel gehen Zwei Anmerkungen zu den Beziehungen zwischen Deutschland und China <i>Wolfram Adolphi</i>	98
Deutschland in EurAsien Aspekte einer Strategie im multipolaren Zeitalter <i>Kai Kleinwächter und Lutz Kleinwächter</i>	103
Bericht von der Konferenz Hubert Thielicke	122
Dokumentation Perspektiven eines künftigen gesamteuropäischen Raums von Lissabon bis Wladiwostok, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE, Auszüge	130
Autorenverzeichnis	137

Einleitung

In den Debatten um eine neue Weltordnung kommt dem Raum zwischen Lissabon und Wladiwostok eine besondere Bedeutung zu. Als "eurasischer Raum" steht er heute im Fokus sowohl unterschiedlicher Akteure der globalen Politik als auch der strategischen Debatten in den verschiedenen Ländern, einschließlich in Deutschland. Die jüngsten Aktivitäten Chinas hinsichtlich der Seidenstraßen-Initiative und die dazu geführten Diskussionen sind das prominenteste Beispiel des wirtschaftlichen und auch politischen Ringens um diesen Raum. Angesichts der wirtschaftlichen und institutionellen Dynamiken einerseits und der vorhandenen politischmilitärischen Differenzen andererseits haben die Entwicklungen im eurasischen Raum einen erheblichen Einfluss auf die globale internationale Lage und sind damit friedenspolitisch von größter Bedeutung.

Beim Potsdamer Außenpolitischen Dialog 2019 diskutierte Politiker, Ökonomen, Politologen, Historiker aus Deutschland und Gäste aus China, Kasachstan und Polen die widerspruchsvollen Entwicklungen im eurasischen Raum. Es ging um das Verhältnis zwischen Asien und Europa, wobei konkret China und die Europäische Union, und hier wiederum Deutschland, im Zentrum der Debatte standen. Es begann mit der Bestimmung des Raumes, wobei die Debatte um den Begriff Eurasien kontrovers geführt wurde. Einige betonten die "eurasische Perspektive", Andere zogen den Begriff "gesamteuropäischen Raum von Lissabon bis Wladiwostok" vor. Für die Debatte in China, so der chinesische Gast, existiere wiederum dieser Begriff gar nicht.

Es gab in den folgenden Diskussionen viele Informationen über diesen Raum, vor allem ökonomische: Handelsbilanzen, Import bzw. Exportüberschüsse, Bruttosozialprodukte. Es zeigte sich jedoch, dass wir in den Analysen nicht die politischen und militärischen Faktoren unterschätzen dürfen. Wir haben in diesem Raum fast alle Nuklearmächte und sie stehen sich meist feindlich gegenüber. Das hohe Konfliktpotenzial in der Region macht deutlich, dass der Multilateralismus als dominantes Strukturprinzip der internationalen Beziehungen des 21. Jahrhunderts nicht automatisch Frieden bedeutet. Der Aufstieg und Fall von Mächten war in der Vergangenheit stets mit bewaffneten Konflikten verbunden. Daraus folgt die große Herausforderung für die internationale Politik von heute,

diese Machtverschiebungen, die wir auch heute beobachten und die wir nicht verhindern können, so zu gestalten, ihnen solche Rahmenbedingungen zu geben, die das Abgleiten in Krieg erschweren oder gar zu verhindern. Dafür haben wir ein wichtiges Instrument: das Völkerrecht. Es hat sich genau aus diesem Grunde, Kriege zu verhindern, über Jahrhunderte herausgeschält. Deshalb ist es auch und gerade für Die LINKE, die sich als Friedenspartei versteht, so wichtig, dieses Völkerrecht gegen all die Versuche seiner Aushöhlung, wie bei "humanitären Missionen", zu verteidigen. Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die in Zeiten des Kalten Krieges in Europa einen Krieg zwischen den Systemen verhinderten, wurden deshalb auch als notwendige Regeln zwischen den einzelnen Staaten in diesem Raum hervorgehoben. Deren Anwendung ist wiederum mit einer anderen Kategorie verbunden, die jedoch schwer messbar und auch schwer machbar ist, mit Vertrauen. Immer wieder wurde in den Debatten auf das verlorengegangene und letztlich jetzt fehlende Vertrauen zwischen den Akteuren, vor allem zwischen der Europäischen Union und China, verwiesen.

Der diesjährige Potsdamer Außenpolitische Dialog war ein fachlich solide und konstruktiver linker Beitrag zu den kontrovers geführten Debatten um Eurasien und das Verhältnis Deutschlands zu diesem Raum. Davon zeugt die vorliegende Publikation, in der sowohl die Beiträge der Panelisten als auch Texte von Teilnehmern versammelt sind.

Der Herausgeber dankt der Rosa Luxemburg-Stiftung Brandenburg, die seit über zwei Jahrzehnten diese außenpolitische Konferenz und die damit verbundene Publikation finanziell trägt. Mein Dank geht an die Kolleginnen der Potsdamer Geschäftsstelle, Frau Dr. Julia Bär, Frau Veronika Blank und Frau Cathleen Bürgelt für die bewährte Organisation der Konferenz. Organisatorische Unterstützung leisteten zudem Frau Anne Klinnert und Herr Majd El Safadi. Mein Dank geht an Herrn Daniel Klaucke, der die Fotos auf der Konferenz machte und an Herrn Ivo Olias für die zügige Arbeit am Satz.

Das WeltTrends-Institut für Internationale Politik wird auch im Jahr 2020 zusammen mit der Rosa Luxemburg Stiftung den außenpolitischen Dialog in Potsdam fortsetzen.

Zur Ordnungsfrage im eurasischen Raum

Erhard Crome

Auf den ersten Blick scheint innerhalb des eurasischen Großsystems Europa stärker multilateral organisiert zu sein als Asien. In der Zeit des Kalten Krieges gab es im Westen die NATO als militärisch-politisches Bündnis, im Osten die Organisation des Warschauer Vertrages; im Westen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (dann Europäische Gemeinschaft und schließlich die Europäische Union), im Osten den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Darüber erstreckte sich seit den 1970er Jahren die "Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE), die auf gesamteuropäische Strukturen von Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit zielte.

Nach dem Ende des Kalten Krieges zerfielen Warschauer Vertrag und RGW, während die NATO und die EU nach Osten erstreckt wurden, erstere als geopolitischer Machtfaktor, der vor allem von den USA dominiert wird, letztere als geopolitische Größe, in der Deutschland eine maßgebliche Rolle spielt. Aus der KSZE wurde 1995 eine "Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (OSZE) gemacht, die jedoch realpolitisch von NATO und EU an den Rand gedrängt wurde und sich hauptsächlich mit Menschenrechtsfragen und Wahlbeobachtung befasst.

Die Versuche westlicher Staaten, der NATO ähnliche Militärbündnisse auch in Asien zu installieren, scheiterten. Der "Bagdad-Pakt" bzw. die "Zentrale Paktorganisation" (CENTO), bestehend aus Großbritannien, Irak, Iran, Türkei und Pakistan sowie den USA als Beobachter, existierte von 1955 bis 1979. Die "Organisation des Südostasienvertrages" (SEATO) wurde nach der Niederlage Frankreichs im Indochina-Krieg 1954 unter Federführung der USA gegründet und sollte ausdrücklich das fernöstliche Gegenstück zur NATO bilden. Ihr gehörten neben den USA, Frankreich und Großbritannien die Mitgliedsstaaten Australien, Neuseeland, Pakistan, Thailand und die Philippinen an; Südvietnam, Kambodscha und Laos wurden dem "Schutz" der SEATO unterstellt. Nach der Niederlage der USA im Vietnamkrieg 1973 wurde der Pakt 1977 aufgelöst.

Die asiatische Alternative

Am 29. April 1954 schlossen die Volksrepublik China und die Republik Indien einen Vertrag über Handel und Verkehr zwischen der chinesischen Region Tibet und Indien, in dem sie "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" vereinbarten, die zur Grundlage ihrer Außenpolitik erklärt wurden:

- 1. Gegenseitige Achtung der Unantastbarkeit der territorialen Integrität und staatlichen Souveränität:
- 2. Ablehnung jeder Aggression;
- 3. Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Landes;
- 4. Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil;
- 5. Friedliche Koexistenz.

Auf der nachfolgenden Konferenz von 23 asiatischen und sechs afrikanischen Staaten vom 18. bis 24. April 1955 in Bandung (Indonesien) wurden diese Prinzipien erweitert und völkerrechtlich verallgemeinert. Dazu gehörten: 1. die Achtung der grundlegenden Menschenrechte sowie der Ziele und Prinzipien der UNO-Charta; 2. Achtung der Souveränität und territorialen Integrität aller Nationen; 3. "Anerkennung der Gleichheit aller Rassen und der Gleichheit aller Nationen, kleiner und großer; 4. Verzicht auf Intervention oder Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes"; 5. das Recht jeder Nation auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung; "6. a) Verzicht auf Vereinbarungen über kollektive Verteidigung, die den besonderen Interessen einer der Großmächte dienen; b) Verzicht jedes Landes darauf, auf andere Länder Druck auszuüben".

Damit war dem Wesen nach die Idee der Nichtpaktgebundenheit geboren, die dann zur Gründung der "Gruppe der Nichtpaktgebundenen in der UNO" sowie zur Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten seit 1961 führte. Darüber hinaus wurden in Bandung zentrale Grundsätze der internationalen Beziehungen erneut bekräftigt: 7. der Verzicht auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt; 8. die Regelung internationaler Streitfragen mit friedlichen Mitteln; 9. die Förderung der gegenseitigen Interessen und Zusammenarbeit sowie 10. die Achtung des Völkerrechts und eingegangener internationaler Verpflichtungen.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich die Zurückhaltung asiatischer Staaten gegenüber einer multilateralen Institutionalisierung. So kennt zwar der Verbund Südostasiatischer Nationen (ASEAN) – dem heute Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam als Mitgliedsstaaten sowie Papua-Neuguina

als Beobachter angehören – jährliche Gipfeltreffen, Ministerkonferenzen und ein Generalsekretariat. Doch haben die politischen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Staaten zur Folge, dass das Niveau der Integration eher begrenzt bleibt. Auch die Shanghai-Organisation (SOZ) - der China, Indien, Kasachstan, Kirgisistan, Pakistan, Russland, Tadshikistan und Usbekistan als Mitglieder angehören sowie die Mongolei, Iran, Belarus und Afghanistan Beobachterstatus haben; darüber hinaus gibt es "Dialogpartner", darunter die Türkei, sowie "Gastteilnehmer", darunter Turkmenistan und die ASEAN, - hat Gipfeltreffen, ein Sekretariat sowie ein "Gemeinsames Zentrum zur Bekämpfung des Terrorismus", bleibt jedoch dem Wesen nach eine zwischenstaatliche Organisation.

Weltwirtschaftliche Verschiebungen

In dem Teil der Politikwissenschaft, der sich mit der Frage nach der Macht und der Struktur im Weltsystem befasst, wird der Faktor "Ordnung" betont. Hegemonialmächte und Imperien bringen, wenn auch auf jeweils unterschiedliche Weise, eine gewisse Ordnung in die internationalen Beziehungen, von der auch andere, kleinere Staaten Nutzen ziehen können. Sie tun dies im Eigeninteresse, doch nützt das auch anderen Staaten. Die Zyklen des Auf und Ab überlappen sich, "so dass sich idealtypisch aus den Blütezeiten verschiedener großer Mächte eine Kette bilden lässt. Deren Glieder markieren die Phasen der großen Mächte im Zenit,



wenn sie ihre stärkste Macht entfaltet haben und die größte Leistungsfähigkeit besitzen, um an die Stelle des nicht vorhandenen Weltstaats zu treten und eine internationale Ordnungsfunktion wahrzunehmen. Wenn die Abstiegsphase der einen großen Macht sich mit der Aufstiegsphase einer anderen kreuzt, kommt es zum imperialen bzw. hegemonialen Übergang, bei dem auch die Ordnungsfunktion weitergereicht wird. Dieser Wechsel kann friedlichen oder kriegerischen Charakters sein."¹ Ein friedlicher Übergang bedarf allerdings historischer Voraussetzungen.

Die zunehmend feindselige Politik der USA gegenüber China einerseits und gegenüber der EU und Deutschland - wenngleich hier zum Teil weiter mit Bündnis-Rhetorik getarnt – zeigt, dass dies zunehmend schwieriger wird. Im Hintergrund steht, wir befinden uns seit Anfang des 21. Jahrhunderts erneut in einer Phase hegemonialen Übergangs. Er ist durch den Abstieg der USA als globaler Hegemonialmacht gekennzeichnet. Sie sind nicht mehr die "unilaterale Supermacht", wie in den 1990er Jahren viele Betrachter meinten. Das Fiasko im Irak-Krieg und im Afghanistan-Krieg markiert das in einem globalstrategischen und militärischen Sinne.

Im heutigen China dagegen geht ein gesamtgesellschaftlicher Aufstiegsprozess und sozialer Wandel vonstatten, wie er sich im 19. und 20. Jahrhundert mit den Industrialisierungs- und Modernisierungsprozessen auch in Großbritannien, Deutschland und den USA vollzog. Hier ist er allerdings schneller. So schrieb der China-Wissenschaftler Thomas Heberer im Jahre 2010, bezogen auf die Entwicklungen seit Mitte der 1980er Jahre: "In den letzten 25 Jahren hat China seine Wirtschaftsleistung verdoppelt, und rund 220 Millionen Menschen haben das Etikett der 'Armut' abgestreift. [...] Großbritannien benötigte 60 Jahre, um sein Bruttosozialprodukt pro Kopf zu verdoppeln, die Vereinigten Staaten 40 Jahre, China lediglich 12 Jahre."²

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf der Bevölkerung wird vom IWF für die Volksrepublik auf 9.844 US-Dollar geschätzt (2013); das der USA betrug 53.101, in Deutschland 44.999 US-Dollar. Damit liegt China noch immer deutlich hinter den "entwickelten" Ländern des Westens zurück. Für seine Stellung als Faktor der internationalen Politik und der

¹ Menzel, Ulrich: Internationale öffentliche Güter und die Kontrolle der globalen Allmenden, in: Crome, Erhard/Krämer, Raimund (Hrsg.): Hegemonie und Multipolarität. Weltordnungen im 21. Jahrhundert, Potsdamer Textbücher, Bd. 20, Potsdam: Verlag WeltTrends 2013, S. 13f.

² Heberer, Thomas: Einige Anmerkungen zur Stabilität und Legitimität in der VR China, in: Dahme, Heinz-Jürgen/ Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.): Systemanalyse als politische Reformstrategie. Festschrift für Dieter Grunow, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010, S. 106.

Weltwirtschaft ist jedoch das Gesamtvolumen, nicht das Pro-Kopf-Einkommen entscheidend. Nach Schätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) hatte das nominale BIP im Jahre 2016 in den USA einen Umfang von 18.569 Mrd. US-Dollar, in der EU von 17.372 Mrd. und in China von 11.218 Mrd. US-Dollar. Gerechnet nach Kaufkraftparität (KKP) liegt China jedoch bereits jetzt auf dem ersten Platz mit 21.292 Mrd. US-Dollar, gefolgt von der EU mit 20.008 und den USA mit 18.569 Mrd. US-Dollar. Nach Prognosen wird China im Jahre 2050 auch mit dem nominellen BIP auf Platz 1 liegen, mit einem Umfang von dann fast 50.000 Mrd. US-Dollar, gefolgt von den USA mit 34.000 Mrd. und Indien mit 28.000 Mrd. US-Dollar.³ China ist bereits heute "Workshop of the World". Geschätzt wird, dass das Land im Jahre 2040 rund 40 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften wird.⁴ Das ist dann mehr als die 30 Prozent im Jahre 1820, am Beginn des Niedergangs Chinas und des Aufstiegs Europas, alles in allem jedoch in etwa jener Platz, den China über Jahrtausende in der Weltwirtschaft innehatte. Und dies auf völlig anderen technologischen und wissenschaftlichen Grundlagen. Bis zum 100. Jahrestag der KP Chinas (2021) soll eine "Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand" erreicht werden und bis zum 100. Gründungstag der Volksrepublik (2049) die Modernisierung im Wesentlichen verwirklicht sein.

Im Jahre 2018 hat die Volksrepublik China Waren im Wert von 2.487 Milliarden US-Dollar exportiert, gefolgt von den USA mit 1.664 Milliarden US-Dollar und Deutschland mit 1.561 Milliarden US-Dollar (nach: de.statista. com). Das Bild ändert sich nicht wesentlich, wird die EU-28 mit ihren Exporten nach außen (ohne Intra-EU-Export) in den Blick genommen. 2017 exportierte China Waren im Wert von 2.263 Milliarden US-Dollar, die EU von 2.158 Milliarden US-Dollar und die USA 1.546 Milliarden US-Dollar (nach UNCTAD Database). Damit lagen die Anteile am weltweiten Warenexport im Falle Chinas bei 16,2 Prozent, der EU-28 bei 15,5 Prozent (wieder ohne Intra-EU-Export) und der USA bei 11,1 Prozent. 2010 waren das für die EU noch 15,3 Prozent, die USA 10,7 Prozent und für China 13,2 Prozent.

In den Jahren zuvor sah die Liste noch ganz anders aus: im Jahre 2000 EU 17,1 Prozent, USA 16,2 Prozent und China 5,2 Prozent; 1980 EU 20,2 Prozent, USA 15,0 Prozent und China 1,2 Prozent. Hier wird der Aufstieg Chinas als globale Wirtschaftsmacht besonders deutlich sichtbar.

³ https://de.statista.com/statistik/daten/studie/177590/umfrage/prognose-zu-den-laendern-mit-dem-hoechsten-bruttoinlandsprodukt-bip-im-jahr-2030/.

⁴ Zukunftsforschung – Zukunftstrends: Weltgeschehen, S. 6. http://www.zukunftsentwicklungen.de/welt.html.

Die nordatlantische "Welt des weißen Mannes" hatte 1960 und 1970 noch einen Anteil an den Weltexporten von über 42 Prozent. In der Verringerung dieser Anteile widerspiegelt sich nicht nur der tendenzielle Niedergang der USA als Wirtschaftsmacht, sondern überhaupt der nach der Entdeckung und Eroberung Amerikas sowie der Schaffung der europäischen Kolonialreiche seit dem 16. Jahrhundert geschaffenen, erst eurozentristischen, dann nordatlantischen Weltordnung.

Die Frage aber, ob nun China als Super-Supermacht an die Stelle der USA tritt, wie viele Analytiker im Westen gern fragen, ist falsch gestellt. Eher entsteht ein globales "Konzert der Mächte". Hier ringen mehrere mächtige Zentren um Macht und Einfluss bzw. global um eine Neuverteilung der Macht. Die USA haben nach wie vor eine der größten Volkswirtschaften der Welt und verfügen über die unstreitig mächtigste Militärmaschinerie. Weder die eine noch die andere versetzt sie jedoch in die Lage, der Welt nach Belieben ihren Willen aufzwingen zu können. Aus Sicht der Herrschenden in den USA war bereits Präsident Barack Obama die historische Aufgabe gestellt, diesen "Rückbau" so zu managen, dass die Interessen der USA möglichst weitgehend zur Geltung kommen. Nachdem er das nicht vermochte, sondern nur die vorherige Globalpolitik etwas schlauer fortzusetzen bestrebt war, versucht es nun Donald Trump mit einem Kurswechsel. Dabei geht es nicht um kurze Zeiträume. Das Osmanische Reich vermochte es, seine strategischen Rückzugsgefechte über zwei Jahrhunderte hinzuziehen. Zu hegemonialen Offensivoperationen nicht mehr in der Lage zu sein, ist etwas völlig anderes, als zu fragen, welche Defensivkräfte weiter mobilisierbar sind.

Tektonischer Wandel

In den Tiefenschichten der Weltgeschichte vollzieht sich die gleichsam tektonische Verschiebung des weltwirtschaftlichen Schwerpunkts vom nordatlantischen Raum nach Asien. Darüber erhebt sich eine Schicht militär-strategischer Faktoren. Das militärische Gleichgewicht, das "Gleichgewicht des Schreckens" oder "atomare Patt", wie es im Kalten Krieg hieß, ist nicht verschwunden. Die USA haben zwar das größte militärische Potential der Welt. Doch auch Russland verfügt weiterhin über ein nuklear-strategisches Potential, das Zweitschlagskapazität hat. So nannte man während der Bipolarität zwischen den USA und der Sowjetunion bzw. NATO und Warschauer Pakt die Fähigkeit einer der Seiten, wenn sie mit Atomwaffen

angegriffen wird, auch nach dem Ersteinsatz durch die angreifende Seite dieser mit ihren verbliebenen nuklearen Waffensystemen einen vernichtenden Gegenschlag zufügen zu können. Damit waren Atomwaffen kein Mittel der Politik mehr: wer zuerst schießt, stirbt als zweiter, mit Sicherheit kommt er nicht als "Sieger" zum Zuge. Von dieser Konstellation ist seit dem Ende des Kalten Krieges im Westen nicht mehr die Rede, so, als bestünde sie nicht mehr. Sie ist tatsächlich aber nicht verschwunden.

US-Präsident George W. Bush hatte während seiner Präsidentschaft (2001-2009) nochmals versucht, Raketenabwehrsysteme entwickeln zu lassen, die etwaig anfliegende russische Raketen vernichten können. Es gelang wiederum nicht, wie bereits in den 1960er und 1980er Jahren nicht. Solche "Raketenschild"-Konzepte geistern jedoch heute wieder durch strategische Debatten in den USA. Sie werden, wie schon in der Zeit der Block-Konfrontation, als Abwehrmaßnahme propagandistisch zu verkaufen versucht. Real ist es aber so, dass derjenige, der eine solche Abwehrfähigkeit erlangen will, nicht auf Abwehr, sondern auf Angriff zielt. Wer den Zweitschlag der anderen Seite abwehren kann, ist in der Lage, den nuklearen Erstschlag zu führen. Damit würde ein Atomkrieg führbar und gewinnbar. Russland ist derzeit dabei, neue nuklear-strategische Waffensysteme in Dienst zu stellen. China baut seine Kapazitäten ebenfalls aus und entwickelt derzeit eigene Flugzeugträger. Damit ist ein großer, am Ende mit Atomwaffen geführter Krieg der USA gegen Russland, aber auch gegen andere Staaten, etwa China, nicht führbar.

Welthistorisch heißt dies, die USA können ihre zunehmende wirtschaftliche Schwäche nicht durch militärische Stärke, also durch einen großen Krieg zur Vernichtung der wirtschaftlichen Herausforderer ausgleichen. Das atomare Patt zwischen diesen drei Ständigen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrates besteht fort.

Frankreich und Großbritannien verfügen ebenfalls über nukleare Waffensysteme. Inzwischen gibt es weitere Atomwaffenstaaten. Auch militärisch ist Indien inzwischen eine der großen Mächte. Als Nuklearmacht steht es in Konkurrenz zum ebenfalls nuklearstrategisch gerüsteten Pakistan und es rüstet zugleich mit Blick auf China; seine Raketen reichen inzwischen bis Beijing. Es gibt eine faktische Atomwaffenkonkurrenz zwischen Indien und China und ein definitives Wettrüsten zwischen Indien und Pakistan - die Vorwarnzeit des möglichen Raketeneinsatzes zwischen beiden Seiten liegt unter fünf Minuten und ist damit ähnlich kurz wie in Europa in den 1980er Jahren, nachdem die USA und die Sowjetunion neue Mittelstreckenraketen stationiert hatten. Das birgt technische und Perzeptions-Risiken. Aber alle Atommächte agieren unter der Voraussetzung, dass sie diese Waffen nicht gegeneinander zu rationalen Zwecken einsetzen können; die menschliche Zivilisation fände in einem thermo-nuklearen Weltkrieg ihr Ende. Die weltwirtschaftliche Verschiebung nach Asien hat daher die Chance, für sich genommen nicht zu größerer globaler Kriegsgefahr zu führen.

Nimmt man die weltwirtschaftliche Verschiebung als die unterste Schicht des derzeitigen Weltgefüges und die militärisch-strategische Schicht der Kernwaffenpotentiale als die darüber liegende, so erhebt sich über dieser die der politisch-militärischen, wirtschaftspolitischen, ideologischen und politisch-diplomatischen Auseinandersetzungen.

Asiatische Konfliktkonfigurationen

So kommt den regionalen Konflikten und ihrer Austragung hohe Bedeutung zu. Die Atommacht Indien ist dabei, strategische Relevanz zu erlangen. Seine relative Schwäche im Vergleich zu China versucht es durch eine neue Kooperation mit den USA auszugleichen. Spannungen zwischen Japan und China brechen immer wieder auf, die wesentlich auf den Zweiten Weltkrieg und die japanischen Kriegsverbrechen zurückzuführen sind, tatsächlich jedoch auch ein spezifischer Ausdruck des aktuellen Kampfes um Macht und Einfluss in der Region sind. Die USA verfügen weiter über ihre Militärstützpunkte in Japan und Südkorea und arbeiten militärisch eng mit beiden Staaten zusammen. Die Spannungssituation in Korea und die Tatsache, dass China den Norden und die USA den Süden unterstützen, wirken sich ebenfalls auf das Verhältnis zwischen den USA und China aus. Zugleich sind die Auseinandersetzungen um Taiwan - die VR China sieht Taiwan als Teil Chinas an – nicht beendet und können immer wieder aufbrechen bzw. von den USA, wie die Lage in Hongkong, zum Zwecke angefeuerter Spannungen zu China benutzt werden.

Vietnam hatte in der Geschichte seinerseits immer wieder Konflikte mit China. Die USA haben ihre Zusammenarbeit mit Vietnam ausgebaut, die - trotz der Belastungen durch den Vietnamkrieg - inzwischen auch militärische Komponenten einschließt. Ein Blick auf die Karte zeigt, dass sich diese Konfliktfelder geographisch wie ein Ring um China herum gruppieren, von Indien und dem Indischen Ozean über Vietnam und Taiwan bis Japan und Korea. Die USA können ihre Beziehungen zu diesen Staaten nutzen, um gleichsam nach Belieben Stellvertreter-Konflikte mit



Helmut Scholz, Mitglied des Europa-Parlaments, eröffnete die Konferenz

China auszulösen. China dagegen hat nur bedingt die Möglichkeit, dem zu begegnen, sofern die Konfliktursachen nicht ausgeräumt sind.

Die haben sich noch verschärft, nachdem es im Ostchinesischen und im Südchinesischen Meer um Rohstoffvorkommen und um die Seegrenzen geht. Mehrere Inselgruppen sind zwischen China, Taiwan und Vietnam bzw. auch den Philippinen und Japan umstritten. Im November 2013 spitzten sich die Auseinandersetzungen um die Diaoyu-Inseln im Ostchinesischen Meer, gelegen zwischen China, Taiwan und Japan, zu. China geht davon aus, dass Japan gemäß Potsdamer Abkommen alle seit Beginn seiner Kolonialpolitik eroberten Territorien zurückzugeben hatte, also auch die Diaoyu-Inseln, während Japan behauptet, diese stünden ihm noch zu. 2013 kamen sich hier Kampfflugzeuge Chinas, Japans und der USA gefährlich nahe.

Die Zukunft der internationalen Beziehungen hängt in erheblichem Maße davon ab, wie es den Mächten Asiens gelingt, ihre Interessenunterschiede und Konfliktfelder friedlich zu bearbeiten. Je kleiner die Konfliktpotentiale in Asien – zwischen China, Indien, Japan, Vietnam, den ASEAN-Staaten usw. – sind, desto geringer die Möglichkeiten der USA, diese Konflikte auszubeuten.

Eurasische Perspektiven

Die Verlagerung des Schwerpunktes der Weltwirtschaft nach Asien im 21. Jahrhundert ist der prägende Prozess der Entwicklung der internationalen

Beziehungen. Genau besehen geht es nicht nur um die Erosion der Macht der USA, sondern um den Abstieg des Westens. EU-Europa ist Teil dessen. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Parag Khanna meinte vor über zehn Jahren, es gäbe in der Welt drei imperiale Zentren: die USA, China und die EU. Die weitere Entwicklung in der Welt hänge davon ab, wie es diesen gelingt, die übrigen Teile der Welt an sich zu binden, Einflusszonen zu schaffen und diese dauerhaft zu dominieren.⁵ Das ist nur eine andere Gestalt der Idee, dass in der Welt von heute ein "Konzert der Mächte" existiert. Hier wären dann mindestens Russland, Indien, Brasilien und Südafrika hinzuzurechnen, die in ihren respektiven Regionen ebenfalls mehr oder weniger nachdrücklich Einfluss ausüben.

Damals lebte Khanna in den USA. Inzwischen ist er nach Singapur umgezogen, das er als die "inoffizielle Hauptstadt Asiens" ansieht, die "Asiens Potenzial versinnbildlicht".6 Sein Thema ist jetzt die "asiatische Zukunft" der Welt. Aus seiner Sicht ist der Aufstieg Asiens nicht identisch mit einer chinesischen Vorherrschaft. So sollten Russen und Australier aufhören, nur weil sie von "europäischen Ethnien abstammen", sich nicht als "weiße Asiaten" anzusehen.⁷ Asien erstreckt sich vom Mittelmeer und dem Roten Meer über zwei Drittel des eurasischen Großkontinents bis zum Pazifik – er umfasst 53 Länder und hat 4,5 Milliarden Einwohner, von denen nur 1,4 Milliarden Chinesen sind. Gleichwohl datiert Khanna "den Grundstein für eine von Asien angeführte Weltordnung" auf das Jahr 2017, als sich die Staats- und Regierungschefs von 68 Ländern aus Asien, Europa und Afrika - die zwei Drittel der Weltbevölkerung und die Hälfte des weltweiten BIP vertraten – zum ersten Gipfel der von China angeregten "Belt and Road Initiative" trafen. Dieses Gipfeltreffen nennt er "den Start des größten koordinierten infrastrukturellen Investitionsplanes der Menschheitsgeschichte", nur vergleichbar mit der Gründung der Vereinten Nationen und dem Marshallplan nach dem Zweiten Weltkrieg.⁸ Doch weder die Welt als Ganze noch Asien treibe in Richtung einer chinesischen Vorherrschaft. Historisch war China - im Unterschied zu den europäischen Mächten keine Kolonialmacht. Und die Belt and Road Initiative ziele nicht darauf. dass China Asien beherrscht, sondern dass es in Asien verwurzelt ist und es die Abhängigkeit von außer-asiatischen Lieferanten verringern will.9

⁵ Vgl. Khanna, Parag: Der Kampf um die Zweite Welt. Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung, Berlin: Berlin Verlag

⁶ Khanna, Parag: Unsere asiatische Zukunft, Berlin: Rowohlt Verlag 2019, S. 38.

⁷ Ebenda, S. 15.

⁸ Ebenda, S. 9f.

⁹ Ebenda, S. 31f.



In Debatte: Eurasien-Experte Peter Linke

Entscheidend für die derzeitige geistig-politische Situation in der Welt sind die gegensätzlichen Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte. Die westlichen Eliten sehen ihre politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Werte infrage gestellt. Dazu gehören: "Das Scheitern der Kriege in Afghanistan und im Irak, das Missverhältnis zwischen Finanzwirtschaft und realer Volkswirtschaft, die Unfähigkeit, Russland und die Türkei in den Westen einzubinden, und von Populisten gekaperte demokratische Gesellschaften". Das heißt: "Die amerikanische Generation Y ist mit einem Krieg gegen den Terror, sinkenden mittleren Einkommen, zunehmenden Rassenkonflikten, willkürlicher Waffengewalt und politischer Demagogie aufgewachsen. Europäische Jugendliche haben mit wirtschaftlicher Austeritätspolitik zu kämpfen, mit hoher Arbeitslosigkeit und Politikern, die den Kontakt mit den Bürgern verloren haben." In Asien dagegen haben Milliarden Menschen, "die in den letzten zwei Jahrzehnten aufgewachsen sind, [...] geopolitische Stabilität, rasch steigenden Wohlstand und anschwellenden Nationalstolz erlebt. Die Welt, die sie kennen, hat nichts mit westlicher Dominanz zu tun, sondern mit einer asiatischen Vormachtstellung."10

Das bedeutet, dass Asien ohne ein Macht-Zentrum, ohne ein verdichtetes gesamt-kontinentales Vertragsnetz, ohne eine einheitliche Kultur und ohne gemeinsame Werte zu einem System von Ländern geworden ist, "die nicht nur geographisch, sondern auch durch Kräfte der Diplomatie, des

Konflikts und des Handels miteinander verbunden sind". Seine Mitglieder "sind allesamt souverän und unabhängig, zugleich aber in wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Fragen stark aufeinander angewiesen". Es "wird durch Bündnisse, Einrichtungen, Infrastruktur, Handel, Investitionen, Kultur und andere Muster gebildet". Die "Kombination aus Wirtschaftswachstum, geopolitischer Stabilität und technokratischem Pragmatismus [hat] eigene asiatische Vorstellungen zur Weltordnung aufkommen lassen". Die "wichtigsten Mächte Asiens haben trotz historischer Spannungen stabile Beziehungen zueinander bewahrt".11

Vor diesem Hintergrund ist denn auch die Rolle der USA zu betrachten. Deren Eliten meinen nach wie vor, Asien warte nur darauf, dass sie ihnen sagen, was zu tun sei. "Doch aus asiatischer Sicht waren die vergangenen Jahrzehnte von George W. Bushs Inkompetenz, Barack Obamas halbherzigen Maßnahmen und Donald Trumps Unberechenbarkeit geprägt." Die USA haben es nicht vermocht, eine umfassende Strategie gegenüber Asien zu entwickeln. Es wird eine "indo-pazifische Seestrategie" als Gegenmittel gegen Chinas Belt and Road Initiative angesehen, dabei aber werden die asiatischen Realitäten ausgeblendet. "Bei allen Unterschieden haben die asiatischen Länder erkannt, dass ihre gemeinsame Geographie eine weit beständigere Wirklichkeit darstellt als die unzuverlässigen Versprechen der Vereinigten Staaten. Die Lehre daraus: Die USA sind eine Pazifikmacht mit einer starken Präsenz in den asiatischen Meeren, aber keine asiatische Macht."12

Khannas Fazit aus dieser Lagebeurteilung lautet daher: "Je weiter man in die Zukunft blickt, desto deutlicher erscheint Asien als das, was es während des größten Teils seiner Geschichte war: eine multipolare Region mit unzähligen selbstbewussten Kulturen, die sich weitgehend unabhängig von der westlichen Politik entwickeln, während sie konstruktiv miteinander koexistieren." Ein Westen mit Selbstvertrauen und Vitalität "würde Asiens Wiederauferstehung nicht beeinträchtigen", sondern die beiderseitige Zusammenarbeit befördern.¹³ Das würde allerdings auch von der äußeren Politik der EU und Deutschlands fordern, sachbezogen, interessengeleitet und pragmatisch zu agieren und das belehrende abendländische "Werte"-Geschwafel endlich zu unterlassen.

(Manuskriptabschluss am 1. Dezember 2019.)

¹¹ Ebenda, S. 16-19.

¹² Ebenda, S. 30f.

¹³ Ebenda, S. 34.

Realität erkennen, Verständnis verstärken und zukunftsgewandt handeln

Über deutsch-chinesische Beziehungen im Zeitalter der globalen Wandlung

Chen Zhuangying

Die heutige Welt befindet sich in einer Zeit beispielloser Veränderungen seit dem Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989. Weltwirtschaft und geopolitische Verhältnisse verändern sich dramatisch, die Handels- und Militärkonflikte verschärfen sich; die Konflikte zwischen den beiden größten Volkswirtschaften – China und den USA – weiten sich vom Handel auf die Finanz bis zur Politik aus. Sowohl China als auch Deutschland sind direkt oder indirekt von diesen Entwicklungen betroffen. Deshalb sollten wir uns fragen: Wie sollten China und Deutschland in der zunehmend chaotischen Welt miteinander umgehen? Wie sollten wir uns gegenseitig behandeln? Wie sollten wir die Anliegen des Anderen verstehen, wie können wir Gemeinsamkeiten suchen, Unterschiede tolerieren und zusammenarbeiten? Der nachfolgende Text ist ein Versuch, aus chinesischer Sicht darauf einige Antworten zu geben.

Die Realität erkennen

Das geopolitische Verhältnis zwischen China und Deutschland ist aufgrund der großen Entfernungen von 8.000 Kilometern zunächst unproblematisch: Es gibt keine historischen, ethnischen oder politischen Brennpunkte zwischen beiden Ländern. Die historische Belastung ist gering.

Ein kurzer historischer Exkurs

Die kurze Zeit der deutschen Jiaozhou-Kolonie (1898–1918) in China mit der Provinzhauptstadt Qingdao, die nach dem Ersten Weltkrieg an Japan abgetreten wurde. Im Gegenteil! China und Deutschland waren und sind durch den Austausch in der Kultur und Philosophie eng verbunden. Die erste Gruppe westlicher Missionare kam im 17. Jahrhundert nach China. Der deutsche Missionar Adam Schall von Bell wurde mit

wichtigen Aufgaben am Hof des Kaisers Qianlong beauftragt. Er spielte eine wichtige Rolle bei der Gesetzesreform und der Einführung und Verbreitung moderner wissenschaftlicher Erkenntnisse in China. Der deutsche Missionar Richard Wilhelm reiste zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach Qingdao und verbrachte 25 Jahre seines Lebens in China. Er lernte Chinesisch und übersetzte die wichtigsten philosophischen Kanons aus dem Chinesischen ins Deutsche, die als die besten und dem sinngemäß originalsten Auflagen gelten. Er vermittelte durch seine Auseinandersetzung mit chinesischen Literaten ein tiefes Verständnis für die chinesische Kultur. Nach seiner Rückkehr gründete er das erste Ostasiatische Institut an der Universität Frankfurt a. M. und gilt seither als Gründer der Sinologie in Deutschland. In der chaotischen Zeit des frühen 20. Jahrhunderts war die chinesische Philosophie, insbesondere die Philosophie von Lao Tse, eine seelische Zuflucht für Schriftsteller wie Hermann Hesse.

Von 1933 bis 1941 hatten China und Deutschland enge Handelsbeziehungen. China kaufte Maschinen, Industrieanlagen und Waffen aus Deutschland. Deutschland importierte Rüstungsrohstoffe und landwirtschaftliche Produkte. Hitler-Deutschland wollte sogar bei den militärischen Konflikten zwischen China und Japan vermitteln, um die guten Beziehungen zu beiden Seiten zu unterhalten.



Von 1949 (Gründung der Volksrepublik China) bis 1972 herrschte diplomatischer Stillstand zwischen China und der Bundesrepublik Deutschland¹. Es gab einen geringen Handel beider Länder über die Drehscheibe Hongkong. Am 11. Oktober 1972 nahmen China und die Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen auf. Diese verlaufen seither im Großen und Ganzen reibungslos, mit einer kurzen Unterbrechung. Deutschland beteiligte sich 1989 an Sanktionen gegen China. Drei Jahre danach begann die Kohl-Regierung, ihre Politik gegenüber China zu modifizieren. 1993 formulierte sie die auf China ausgerichtete Asienstrategie, und die Beziehungen zwischen beiden Ländern wurden vollständig wiederhergestellt.

In den letzten Jahren fanden regelmäßig hochrangige Besuche zwischen den beiden Ländern statt. Im Mai 2004 kündigte man eine "Partnerschaft mit globaler Verantwortung" im Rahmen der strategischen Partnerschaft zwischen China und der EU an. Dazu kamen dann auch jährliche Treffen zwischen den Regierungschefs. Im Juli 2010 unterzeichneten beide Seiten das "China-Deutschland-Kommuniqué zur umfassenden Förderung der strategischen Partnerschaft" und einigten sich auf die Einrichtung eines Mechanismus für Regierungskonsultation. Im März 2014 wurden die chinesisch-deutschen Beziehungen zu einer umfassenden strategischen Partnerschaft ausgebaut. Kanzlerin Merkel besuchte seit ihrem Amtsantritt 13 Mal China und hat sich dafür eingesetzt, dass bestimmte Unternehmen, wie die chinesische Firma Huawei, vom deutschen 5G-Netzbau nicht ausgeschlossen werden.

Dominanz der Wirtschaftsbeziehungen

Es ist ganz offensichtlich, dass in den bilateralen Beziehungen die Wirtschaft dominiert. Deutschland ist seit vielen Jahren Chinas größter Handelspartner in Europa. Im Jahr 2002 überholte China Japan und wurde Deutschlands größter Handelspartner in Asien. Das bilaterale Handelsvolumen belief sich 2016 auf 151,29 Mrd. US-Dollar (US-D), wobei die chinesischen Ausfuhren nach Deutschland 65,21 Mrd. USD, Einfuhren aus Deutschland 86,08 Mrd. USD betrugen, bei einem Defizit von 20,87

¹ Dagegen erkannte die DDR am 27. 10. 1949 die neu gegründete Volksrepublik China. Von 1949 bis 1990 bestand eine freundschaftliche Beziehung zwischen China und DDR, da beide Länder zum sozialistischen Lager gehörten. Vgl. Adolphi, Wolfram: Deutschland und China – Vielspurige Geschichte und unklare Zukunft. In: Verstehen und Gestalten - Texte zu den deutsch-chinesischen Beziehungen, hrsg. von Raimund Krämer / Yu-ru Lian, Welt Trends, Potsdam 2012, S. 11 – 22.

Mrd. USD auf chinesischer Seite. Im Jahr 2017 beliefen sich die Gesamtexporte Chinas nach Deutschland auf 71,13 Mrd. USD und die Gesamteinfuhren aus Deutschland auf 96,94 Mrd. USD, bei einem Defizit von 25,81 Mrd. USD auf chinesischer Seite.² China importierte hauptsächlich mechanische und elektrische Anlagen, Eisenbahnen, Automobile, Schiffe und andere Transportmittel, Werkzeugmaschinen, Chemikalien, optische Geräte und medizinische Geräte. China exportiere hauptsächlich elektrische Kleingeräte, textile Rohstoffe und Fertigprodukte, Chemikalien und Spielzeug nach Deutschland.

Deutschland ist eines der Länder mit den größten Direktinvestitionen in China: Bis Ende 2016 hatte China insgesamt 9.394 Investitionsvorhaben deutscher Unternehmen in China genehmigt, und die deutsche Seite investiert 28,18 Mrd. USD.3 Die deutschen Investitionen in China befinden sich in der Autoindustrie, Chemieindustrie, bei Energieerzeugungsanlagen, Transport, Stahl und Kommunikation. Die meisten Investitionen sind produktive Projekte mit hohem technologischen Gehalt und zeitgerechter Finanzierung. In Deutschland gibt es mehr als 2.700 chinesische Firmen und Institutionen. Bis Ende 2016 beliefen sich Chinas, vom chinesischen Handelsministerium genehmigte nichtfinanzielle Investition in Deutschland auf 8,83 Mrd. USD.

Deutsche Autobauer in China

Lassen Sie mich ein Beispiel für erfolgreiche deutschen Investitionen in China geben: Die drei größten deutschen Automobilhersteller Volkswagen, BMW und die Mercedes-Benz Group verfügen über mehrere Joint Venture-Produktionsstätten in China. In China wächst der Automobilverbrauch am schnellsten in der Welt. Die chinesische Reform- und Öffnungspolitik förderte die deutschen Investitionen in die chinesische Automobilindustrie tatkräftig. Deutsche Automobilunternehmen erzielen heute mehr als ein Drittel ihres Gewinns auf dem chinesischen Markt. Bei VW liegt der Ertragsanteil in China bei 40 Prozent. In den Jahren 2017 und 2018 produzierte und verkaufte Volkswagen jeweils 4 Millionen Fahrzeuge in China; auch der Absatz von Mercedes-Benz und BMW stieg deutlich an. Hinter diesen drei großen Automobilkonzernen stehen Tausende kleine und mittlere deutsche Unternehmen und Hunderttausende von Arbeitsplätzen.

² National Bureau of Statistics, http://www.stats.gov.cn/, Stand: 09.10.2019

2019 erzielt VW trotz der Stagnation der chinesischen Wirtschaft ein Plus von 0,4% beim Gesamtabsatz in China. Bei Mercedes Benz und BMW erfreut man sich jeweils auf ein Absatzplus von 16,9 % und 17,1 %.

PKW Verkaufszahlen 2018

Ranking	Hersteller	Absatz 2018 (Stück)
1	VW-Shanghai	2.057.657
2	VW-Changchun	2.021.949
18	Benz-Peking	485.007
19	BMW-Huachen	465.044

http://www.515fa.com, Stand: 02.03.2020

PKW Verkaufszahlen 2019

Ranking	Hersteller	Absatz 2019 (Stück)
1	VW-Shanghai	2.000.036
2	VW-Changchun	2.035.353
10	Benz-Peking	567.306
11	BMW-Huachen	544.500

http://www.515fa.com, Stand: 02.03.2020

Abgesehen von den Unterschieden in den sozialen Systemen, Ideologien und Kulturen ergänzen sich beide Länder in den Wirtschaftsstrukturen. Sie brauchen einander und fördern sich gegenseitig. Deshalb sind die bilateralen Beziehungen in den vergangenen Jahrzehnten trotz allerlei Störungen immer pragmatisch, elastisch und bruchfest gewesen. Darüber hinaus wird sichtbar, dass China einen enormen Wirtschafts- und Investitionsbedarf hat. Man kann an den jährlichen Ausgaben im Bereich von Forschung, Gesundheitswesen, Bildung und Rüstung sehen, welche enormen Gewinnmöglichkeiten China der Welt, insbesondere der deutschen Wirtschaft, bietet.

Ausgaben der chinesischen Regierung für Forschung, Bildung, Gesundheit und Rüstung 2018

Forschung	284,9 Mrd. \$
Bildung	668,6 Mrd. \$
Gesundheit	227,5 Mrd.\$
Rüstung	177,6 Mrd.\$

National Bureau of Statistics, http://www.stats.gov.cn/, Stand: 09.10.2019

Gegenseitiges Verständnis verstärken

Die chinesische Nation hat eine Geschichte von 5.000 Jahren und ist seit der Qin-Dynastie (221 v.u.Z.) ein einheitliches Land, d. h. seit 2000 Jahren ist China ein autoritär regierter Nationalstaat. Vom ersten Kaiser Qin Shihuang über die spätere Han-Dynastie bis zu Tang, Song, Yuan, Ming und Qing-Dynastie stand die zentralisierte Macht des Kaisers im Mittelpunkt, und es wurde ein mächtiges autoritäres Machtsystem. Bis heute verfügt China über eine starke Zentralregierung und der Staat verwaltet die wichtigsten Bereiche, wie Außen-, Militär-, Wirtschafts-, Bildungs- und Kulturpolitik. Obwohl die Privatwirtschaft einen zunehmenden Einfluss in der Volkswirtschaft ausübt, nehmen die Staatsbetriebe nach wie vor eine beherrschende Stellung in der Gesamtwirtschaft ein, während die Privatwirtschaft mit ihrer Vitalität und Kreativität immer mehr Anteile gewinnt. Der Konfuzianismus ist das Kernkonzept der chinesischen Zivilisation, in der das Kollektiv größer ist als der Einzelne, die Autorität wichtiger ist als die Freiheit, die Familienbande hervorgehoben und Hierarchien und Opfer gefördert werden.

Deutschland ist ein christliches Land. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die parlamentarische Demokratie zur politischen Form Deutschlands und hat sich in den vergangenen 70 Jahren bewährt. Ansprüche auf persönliche Freiheit und Willen übertreffen den Willen des Staates.

China und Deutschland sind zwei entgegen gesetzte politische Systeme, die sehr unterschiedliche Werte im gesellschaftlichen Leben hervorheben. China legt Wert auf kollektive Interessen und das persönliche Opfer, und Deutschland legt Wert auf individuelle Rechte und Begrenzung der staatlichen Macht. Die einzige Möglichkeit, miteinander zu koexistieren, besteht darin, diese Unterschiede anzuerkennen und Toleranz zu gewährleisten. Nur durch gegenseitiges Verständnis sowie durch die Suche nach Gemeinsamkeiten können die Differenzen abgebaut werden. Wenn der deutsche Außenminister Heiko Maas die "Wertediplomatie" in den bilateralen Beziehungen zu China betont, kann dies nur das gegenseitige Misstrauen und die Fehleinschätzung verstärken. Das ist der chinesisch-deutschen Zusammenarbeit keineswegs förderlich.

Chinas zukünftige Entwicklung als Chance für Deutschland

Staats- und Parteichef Xi Jinping hat die Ziele für die Entwicklung Chinas unter dem Stichwort "chinesischer Traum" zusammengefasst. Es geht dabei um Wohlstand, die Renaissance der Nation und das Glück der Menschen. Der Begriff "chinesischer Traum" spiegelt nicht nur die Ideale der heutigen Chinesen wider, sondern auch unsere ruhmreiche Tradition. China strebt zwei Zielen bis zum 100-Jahre-Jubiläum an: Das erste Ziel ist es, bis zum 100-Jahre-Jubiläum der Gründung der kommunistischen Partei Chinas im Jahre 2021, eine wohlhabende Gesellschaft auf umfassende Weise aufzubauen. Das zweite Ziel besteht darin, bis zum 100-Jahre-Jubiläum der Gründung der Volksrepublik im Jahre 2049 eine prosperierende, demokratische, zivilisierte und harmonische sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

Im internationalen Vergleich hat China in den vergangenen Jahrzehnten enormen wirtschaftlichen Fortschritt gemacht und ist heute die zweitgrößte Volkswirtschaft auf der Welt. Vor 1995 lag Chinas BIP-Wachstumsrate hinter dem der Welt. Das Jahr 2001 war von historischer Bedeutung für China: Am 11. November 2001 unterzeichnete China das WTO-Protokoll, und wurde Mitglied der Welthandelsorganisation. Zwischen 1995 und 2001 hat sich Chinas Wirtschaft nur langsam entwickelt. Nach dem Beitritt zur WTO beschleunigt sich das Wachstum von Jahr zu Jahr. Chinas Wirtschaft hat sich in der Weltfinanzkrise von 2008 dank ihrer Standhaftigkeit und Elastizität bewährt. In dem gleichen Jahr stieg das BIP auf Rangfolge zwei in der Welt und blieb seitdem fest auf dem zweiten Platz hinter den USA für 10 aufeinanderfolgende Jahre bis heute.

Das BIP der wichtigsten Länder der Welt im Jahr 2018

Ranking	Gesamt - BIP	Länder
1	20,41 Bio. \$	USA.
2	14,09 Bio. \$	China
3	5,17 Bio. \$	Japan

IMF https://www.imf.org/external/chinese/ Stand 17.02.2020

Das Pro-Kopf-BIP überschreitet zum ersten Mal die 10.000 USD. Und die BIP-Wachstumsrate hat trotz der Handelskonflikte zwischen China und den USA 6,6% mit einem Anstieg von 0,1 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr erzielt. Dadurch liegt der chinesischer Beitrag zum Weltwirtschaftswachstum bei 30% und ist weiterhin der größte Wirtschaftsmotor der Welt. Außerdem betreibt China ein enormes Bildungssystem, das über mehr als 1.200 Hochschulen und mehr als 1.400 Fachhochschulen verfügt. 2020 erwartet man 8 Millionen Hochschulabsolventen, die den Arbeitsmarkt betreten. Eine derart schnelle Entwicklung und das wirtschaftliche Volumen kommen zwar der deutschen Export orientierte Wirtschaft sehr zugute, aber man fühlt sich manchmal in Deutschland auch unter den Druck der Konkurrenz gesetzt, die aus dem fernen Osten stammt. Die Bedrohungstheorie in Bezug auf China, die in den letzten Jahren in den westlichen Medien auftauchte, spiegelt auch die Anerkennung des politischen Aufstiegs und der rasanten Wirtschaftsentwicklung Chinas durch den Westen wider.

Nachholbedarf für Deutschland

Chinas Entwicklung wird Deutschland mehr Chancen bringen. Um den sich wandelnden Verhältnisse gerecht zu werden und auf die Zukunft vorzubereiten, sollte die deutsche Seite folgende vier Punkte stärker beachten:

- 1. Anerkennung der asiatischen Kultur und deren Denk- und Verhaltensweise in Hinblick auf China, Korea, Japan und ASEAN-länder, was gleichzeitig den Verzicht auf Wertedoktrin und deren Aufzwingen bedeutet.
- 2. In eigene Stärke und in die Zukunft investieren (Bildung, Forschung, Innovation, gesellschaftliche Solidarität und Fairness, gesundes und standhaftes Finanzsystem) sowie internationalen Austausch und regional übergreifende Kooperation fördern.
- 3. Mit China zusammen nach gemeinsamen Interessen suchen und koordinierte Verteidigung gegen Protektionismus durchführen.
- 4. Die "Neue Seidenstraße"-Initiative als Chance und nicht als wirtschaftliche Invasion Chinas interpretieren.

Ende Juni 2019 veröffentlichte die Zeitung China Daily in Bezug auf das G20-Gipfeltreffen in Osaka ein Interview mit dem chinesischen Botschafter Wu Ken in Deutschland, worin er sagte: Als die größten Volkswirtschaften und größten Handelsnationen in Asien bzw. Europa seien China und Deutschland die entscheidenden Verteidiger der gegenwärtigen internationalen Ordnung. Sie sollten Verantwortung übernehmen und den Multilateralismus aufrechterhalten, indem sie die Zusammenarbeit auf der G20-Plattform stärken. China und Deutschland sind verpflichtet, gegen

Unilateralität, Protektionismus, Hegemonie und für den Freihandel und Zusammenarbeit zu kämpfen, um ein starkes, nachhaltiges, ausgewogenes und integratives Wachstum der Weltwirtschaft zu ermöglichen.

Was sollte beachtet werden?

Wie China und Deutschland in Zukunft miteinander auskommen, hängt von der Weisheit der Politiker in beiden Ländern ab. Es gibt dabei ein paar Dinge zu beachten:

Erstens sollen beide Parteien die Kultur und die daraus resultierenden Verhaltenskodizes des Anderen verstehen und respektieren, Wertedogmatismus und Werteausfuhr aufgeben. Geht man fair miteinander um, erkennt man die Unterschiede, schätzt man die Gemeinsamkeiten, zeigt man die Empathie dem Anderen gegenüber und respektiert man die Kerninteressen des jeweils anderen, so hat man es leichter, sich eine friedliche Koexistenz und umfassende Kooperation zu erreichen.

Seit 2018 folgen die deutschen Medien dem US-amerikanischen Rhythmus und werfen eine Reihe von Fragen zum Konfuzius-Institut im Lande auf. Man kritisiert, dass das Konfuzius-Institut einen staatlichen Hintergrund habe und dem chinesischen Kulturexport diene. Das ist nicht nur ein Beispiel für fehlende Empathie, sondern auch für das Anlegen doppelter Maßstäbe: Man denke an das Goethe-Institut, das sich weltweit für die deutsche Sprache und Kultur engagiert. Ist das keine Institution, die der Verbreitung der deutschen Kultur verpflichtet ist? Obwohl das Goethe-Institut vollständig vom Auswärtigen Amt finanziert wird, hat China dessen Tätigkeit im Lande nie in Frage gestellt. Auch die politischen Stiftungen der deutschen Parteien genießen ein hohes Maß an Freizügigkeit in China.

Zweitens entwickelt sich die Welt im Wettbewerb zwischen den Ländern. Man muss den Wettbewerb mit Toleranz betrachten. China hat in den letzten 3.000 Jahren die Welt angeführt, aber wegen der verschlossenen und arroganten Selbstgefälligkeit der Mandschu (Qing)-Dynastie (1636-1912) ist China in Rückstand geraten. Fortschrittliche Wissenschaft und Technologie durften nicht in das Land eingeführt werden, deshalb wurde China in dem Opiumkrieg (1840-1842) von westlichen Alliierten auf den Knie gezwungen. Aber China lernt aus der Vergangenheit. Nach 40 Jahren der Reform und Öffnung hat sich Chinas Wirtschaft kräftig erholt. Deutschland hat eine ähnliche Erfahrung gemacht. Made in Germany war ein Zeichen der Demütigung durch die Briten, um hochwertige britische Industrieprodukte von deutschen Nachahmungen zu unterscheiden. Aber deutsche Produkte mit exzellenter Qualität und exzellenter Handwerkskunst sind heute weltweit bekannt: Made in Germany ist zu einer Qualitätsgarantie geworden.

Kommunikation, Innovation und Wettbewerb bilden einen Zyklus. Um den eigenen Vorsprung zu halten, muss man kontinuierlich in die eigene Stärke investieren. Blockaden und Verleumdungen werden aus Angst vor dem Wettbewerb eingesetzt. Sie können vorrübergehend Erfolge haben, schaden aber auf lange Sicht der eigenen Wettbewerbsund Innovationsfähigkeit. Der chinesische Handymarkt wurde einst von Samsung-, Sony-, Sharp- und Siemens-Handys dominiert, aber die chinesische Regierung hat diese ausländischen Hersteller nicht blockiert. Vielmehr förderte man die Konkurrenz zwischen den einheimischen und den ausländischen Herstellern. Der Erfolg ist nicht zu übersehen: 20 Jahre später sind Sharp- und Sony verschwunden, und Samsung ist eine Nischenmarke, während der chinesische Handyhersteller Xiaomi Marktführer ist. Deutsche Automobilhersteller wie Volkswagen, BMW und Mercedes-Benz Group dominieren den chinesischen Markt, werden jedoch von der chinesischen Regierung nicht eingeschränkt. Im Gegenteil! Der Gesamtabsatz der drei großen deutschen Autohersteller erreichte in den vergangenen 3 Jahren auf dem chinesischen Markt jährlich mehr als 4 Millionen Fahrzeuge. Daher sollte Deutschland keine Angst vor Wettbewerb haben und auf seine Stärke in der wissenschaftlichen Forschung, Produktion und Bildung vertrauen.

Die "Neue Seidenstraße"-Initiative als Chance

Die von der chinesischen Regierung vorgeschlagene "One Belt & One Road"-Initiative, hierzulande auch als "Neue Seidenstraße-Initiative" bekannt, ist eine Plattform für pragmatische Zusammenarbeit. Sie ist weder geopolitisch gedacht noch obligatorisch für die Beteiligten. Der "Belt & Road" verläuft durch Asien, Europa und Afrika mit einem aktiven ostasiatischen Wirtschaftskreis und einem entwickelten europäischen Wirtschaftskreis an beiden Enden. Dazwischen liegen mehr als 40 Länder mit wirtschaftlichem Entwicklungspotential. Dieses Gebiet ist riesig und hat einen großen Bedarf an Infrastruktur. Gerade in diesem Bereich hat China die überlegende Kapazitäten: Chinas Stahl-, Zement-, Schiffbau-,

Chemiefaser- und andere Produkte haben den weltweit größten Ausstoß erreicht. Chinas Produktion an Smartphones, Pkws, Möbel und andere Konsumgüter ist weltweit die höchste. Da auf der einen Seite Bedarf und auf der anderen Seite Fähigkeit und Kapazität bestehen, ist diese Initiative für beide Seiten vorteilhaft. Im Rahmen dieser Initiative investiert China in den Aufbau der Infrastruktur, konkret in Öl- und Gaspipelines, Stromnetze, Glasfasernetze, Eisenbahnen, Autobahnen und Häfen. Dies erleichtert den Zugang zu lokalen Produkten und Ressourcen und schafft zugleich dort wirtschaftlichen Aufschwung. Dadurch kann die lokale Bevölkerung ihre Kaufkraft steigern, was wiederum China hilft, von seiner wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu profitieren, wodurch eine Win-Win-Situation erreicht werden kann.

Defizite im Verständnis

Derzeit gibt es aber Verständigungsnachholbedarf zwischen China und EU in Bezug auf diese Initiative. Die EU, angeführt von Deutschland und Frankreich, muss erkennen, dass diese Initiative für alle beteiligte Länder, insbesondere die wirtschaftlich schwachen Länder, auch in Osteuropa, nützlich ist. Die bisherige eher skeptische Bejahung und halbherzige Beteiligung der EU an der Seidenstraße-Initiative liegt vor allem daran, dass Deutschland und Frankreich ein gewisses Missverständnis von Geist und Inhalt der Initiative haben und Zweifel hegen. In einem Interview mit der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua im Mai 2018 sagte der deutsche Botschafter Michael Clauss: "Deutschland begrüßt im Prinzip die Belt & Road-Initiative. Wir sind mit unseren europäischen Partnern zum Konsens gekommen, dass Gleichberechtigung und Werte in der Zusammenarbeit beinhaltet und reflektiert werden müssen, und dies schließt für uns beispielsweise die Annahme von Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge gemäß den WTO-Regeln und international anerkannten Umweltund Sozialstandards ein."⁴ Seriosität und Zweifel der Deutschen spiegeln sich darin wider.

Die EU sollte verstehen, dass die chinesische Initiative zeitgemäß ist. Durch die Stärkung der Zusammenarbeit wird eine für alle Seiten vorteilhafte regionale Interessengemeinschaft, ja sogar eine Verantwortungsund Schicksalsgemeinschaft gebildet. Bei diesem Mechanismus sind die Länder gleichberechtigt, Beitragende und Nutznießer, wobei die Gefahr der Manipulation durch Großmächte und geopolitische Spiele aufs Minimum reduziert wird. Darüber hinaus beinhaltet das von China festgelegte Konstruktionsprinzip der Initiative das Marktprinzip, das die Rolle des Marktes und die beherrschende Stellung des Unternehmens in vollem Umfang versteht, um sicherzustellen, dass die Regierungen eine angemessene Rolle spielen. Dies wurde im Mai 2017 beim gemeinsamen Kommuniqué des internationalen Treffens zur "Belt & Road"-Zusammenarbeit hervorgehoben. Es zeigt sich, dass die Sorge der deutschen Seite überflüssig ist, denn der Kern und die tragende Säule der Initiative sind nicht die Regierungen, sondern Unternehmen. China bietet marktorientierte Finanzierungsgarantien für die "Belt & Road"-Projekte über neue internationale Mechanismen wie die Asian Investment Bank, die BRICS-Bank und den Silk Road Fund.

Die europäischen Länder, insbesondere Deutschland, sollten einsehen, dass die positive Reaktion auf Belt & Road-Initiative und Beteiligung an Projekten für die exportorientierte Wirtschaft große Chancen bieten. Zum Beispiel können Deutschland und Frankreich ihre Vorteile in künstlicher Intelligenz, Automatisierung, Präzisionswerkzeugmaschinen, Technologien für erneuerbare Energien, Finanzierung und Versicherung sowie Konzepten für nachhaltige Entwicklung nutzen, um aktiv am Projektaufbau teilzunehmen.

"China und Deutschland müssen Demonstranten der Win-Win-Zusammenarbeit, Führer der Beziehungen zwischen China und der EU, Förderer neuer internationaler Beziehungen und Partner jenseits ideologischer Unterschiede sein." Diese vier von Bundeskanzlerin Merkel während des Treffens mit Staatspräsident Xi Jinping geäußerten Auffassungen zeigen die Richtung für die bilateralen Beziehungen. Sie bieten eine politische Lösung für die pragmatische Zusammenarbeit. Ich bin überzeugt, dass die Belt & Road Initiative den Menschen entlang der "Seidenstraße" eine bessere Zukunft bringen wird, wenn China und die EU weiter nach Gemeinsamkeiten suchen, Unterschiede tolerieren, gegenseitiges Verständnis, gegenseitiges Vertrauen und Zusammenarbeit anstreben. Das Leben wird dann sicherlich harmonischer, friedlicher und erfolgreicher sein, und der kulturelle Austausch und das gegenseitige Lernen der Zivilisationen werden ein neues Niveau erreichen.

Chinas Weltstrategie: Basteln am Informal Empire

Wolfram Wallraf

Der historisch angelegte Vergleich versucht, Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen dem Aufstieg der USA zur Weltmacht in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts und der weltpolitischen Agenda der VR China im frühen 21. Jahrhunderts zu identifizieren. Wir werden Zeuge der Geburt eine neuen Weltmacht, die nicht nur ihre enorme Wirtschafts- und Finanzkraft, ihr politisch-diplomatisches Gewicht und ihre militärische Statur, sondern auch ihre wachsende soft power im Sinne kommunikativer interkultureller Kompetenz und ihrer Vorbildwirkung für Modernisierungserfolg in der Dritten Welt nutzt, um multilaterale Netzwerke und internationale Regime aufzubauen. Dem wachsenden ordnungspolitischen Einfluss der VR China in globalen und regionalen Zusammenhängen gegenüber steht der Rückzug der USA aus multilateralen Verbindungen und Verantwortlichkeiten, gepaart mit Ignoranz gegenüber internationalen Normen und Interessenlagen der Partnerstaaten. Kurz gesagt: Die USA reduzieren ihr multilaterale Engagement, China bringt sich mit eigenen Ideen und Interessen immer stärker ein. Deutschland und die EU stehen mittendrin und müssen dringend eine Antwort darauf finden.

Pax Americana

Als die USA in der Mitte der 1940er Jahre zur weitaus stärksten Wirtschaftsmacht der Welt aufstiegen und der Sieg über die Achsenmächte immer näher rückte, begann unter den amerikanischen Eliten eine breite Diskussion über die Gestaltung der Nachkriegsordnung und die internationale Positionierung der Vereinigten Staaten. Die alte Welt war aus den Fugen geraten. Weite Teile Europas und Asiens lagen zerstört. Jüngere dynamische Antagonisten wie Deutschland und Japan waren ausgeschaltet. Die alten Großmächte wie England und Frankreich mit ihren Kolonialreichen gingen massiv geschwächt aus dem Krieg hervor. Die Sowjetunion, welche die Hauptlast am Sieg gegen die Achsenmächte getragen, hatte erheblichen Einfluss auf die Gestaltung der Nachkriegsverhältnisse gewonnen. China hatte sich aus der Umklammerung westlicher wie östlicher Imperialismen befreit, der "schlafende Riese" begann aufzuwachen.

Die US-amerikanische Industrie hatte durch den staatsmonopolistisch gesteuerten Aufbau der Kriegswirtschaft einen enormen Aufschwung erfahren, der sich sowohl in überbordenden Produktionskapazitäten als auch in überlegener technologischer wie preislicher Wettbewerbsfähigkeit niederschlug. Zentrale Herausforderung war, die Umstellung der staatlich finanzierten Rüstungswirtschaft auf die Marktverhältnisse der Nachkriegszeit ohne wirtschaftlichen Einbruch zu bewerkstelligen. In einem durchaus repräsentativen Papier des Council on Foreign Relations aus dem Jahr 1944 heißt es dazu: "Aus dem Krieg mit enorm ausgeweiteten Produktionskapazitäten hervorgehend, werden die Vereinigten Staaten ein eindeutiges Interesse am freiestmöglichen Zugang zu ausländischen Märkten haben" 1

Gefordert wurde eine Neuorganisation der Weltwirtschaft mit dem Ziel, alle Hemmnisse für den Fluss von Waren und Kapital abzubauen und einen freien Zugang zu allen Märkten und Rohstoffen weltweilt zu sichern. Eine konsequente Liberalisierung der Weltwirtschaft war natürlich unvereinbar mit einer Fortsetzung der herkömmlichen imperialistischen Aufteilung der Welt in Kolonialreiche und politischmilitärisch abgegrenzte Einflusssphären.² Mit dem Begriff der "Einen Welt" (One World) wurde eine globale politisch-institutionelle Neuordnung unter amerikanischer Dominanz - dem Informal Emire - auf die Tagesordnung gesetzt.



Eng verwoben mit der Reflexion der geopolitischen Umbrüche und der weltwirtschaftlichen Agenda war die Debatte um die künftige weltpolitische Positur der USA. Isolationistische Strömungen, die noch vor dem 2. Weltkrieg erheblichen Einfluss auf die amerikanische Außenpolitik ausübten, verloren rasant an Gewicht. Im Aufwind befanden sich die messianisch aufgeladenen Protagonisten eines amerikanischen Jahrhunderts, in dem die USA erstmals in der Geschichte eine dominierende Machtstellung einnehmen würden und die amerikanischen Normen und Werte, der American Way of Life, als Blaupause für die übrige Welt gelten sollte.3

In dieser Gemengelage wurde das Konzept der Pax Americana geboren, die Weltordnung zu amerikanischen Bedingungen. Die UNO wurde gegründet und erhielt ihren Sitz in New York. Zum informal empire, dem multilateralen System unter amerikanischer Dominanz zählten System von Bretton Woods, Weltbank und Internationaler Währungsfonds ebenso wie die Militärbündnisse NATO, SEATO und CENTO, ergänzt durch zahlreiche Regionalorganisationen und bilaterale Sicherheitspakte. Die USA etablierten sich als Garantiemacht dieser Weltordnung und profierten von dieser Rolle in vielfältiger Weise: Durch ungehinderten Zugang ihrer wettbewerbsstarken Industrie und Finanzinstitutionen zum Weltmarkt. Durch die Funktion des Dollar als globaler Leit- und Reservewährung. Durch ein weltumspannendes Netz von Militärbündnissen und Stützpunkten. Und nicht zuletzt durch den Umstand, dass die internationalen Regeln erheblich nach amerikanischem Gusto formuliert werden konnten und viele internationale Institutionen personell wie inhaltlich durch die USA geprägt waren.

Heute nun sind wir ebenso staunender wie betroffener Zeuge eines grundstürzenden Systemwandels der amerikanischen Außenpolitik: Weg von der aufwendigen, aber profitablen Funktion eines Hüters der einst selbst geschaffenen globalen Ordnung hin zu einer Rolle als stärkster Hecht im Karpfenteich, den Multilateralismus und internationale Regime bei der möglichst ungestörten Durchsetzung seiner Interessen nur behindern können.

[&]quot;Wenn die Welt des 20. Jahrhunderts überhaupt zu einem Leben in irgendeiner würdigen Form der Gesundheit und Lebenskraft finden will, dann muss sie in einem bedeutenden Maße in ein amerikanisches Jahrhundert eintreten." Henry R. Luce, The American Century, in: LIFE Magazine, Februar 1941.

Der chinesische Weg

Obwohl es sich verbietet, gedanklich schlichte Analogien zwischen den USA und China beim Aufstieg zur Weltmacht zu setzen, mag ein Vergleich der Prozesse und Strategien doch reizvoll und erhellend sein. Im historischen Vergleich muss man nicht notwendigerweise in Zeiten zurückgehen, als Nordamerika und China selbst noch Objekt kolonialer Herrschaft waren, zumal sich die koloniale Unterdrückung diesseits und jenseits des Pazifiks in Betracht auf Intensität, Instrumente und Zahl der Menschenopfer krass unterschied. Und zumal sich China in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch die amerikanischen Doktrin der Open Doors selbst dem Übergriff eines informal empire ausgesetzt sah.

Beginnen wir eher Deng Xiaoping, der mit seiner Reform- und Öffnungspolitik den Dogmatismus und Isolationismus der "Viererbande" überwand und das Riesenreich auf die Schiene einer exportgetriebenen Industrialisierung setzte, die viele hundert Millionen aus den Armut befreite und die chinesische Gesellschaft in die Moderne katapultierte. Übrigens, wer sich in den 1970er und 1980er Jahren mit der japanischen Wirtschaft und Politik befasste, dem kommen alle Vorwürfe, die heute gegenüber der Exportmacht China wegen "unfairer Handelspraktiken" erhoben werden, sehr bekannt vor (Stichworte Industriespionage, Preisdumping, Währungsmanipulation, Abschottung des Binnenmarkts).

Zudem steht zu erwarten, dass das "Fluggänsemodell"⁴ des technologischen Fortschritts auch für die Aufstiegsdynamik der chinesischen Wirtschaft gelten wird. Angesichts von rund 20 Mio. Studierenden in MINT-Fächern wird China nicht ewig verlängerte Werkbank bleiben, sondern ist schon jetzt dabei, in strategischen Zukunftsfeldern selbst an die Spitze der technologischen Innovation zu rücken.

Inzwischen wird das chinesische Wirtschaftswachstum in weit höherem Maße durch den schnell wachsenden und durch staatliche Infrastrukturinvestitionen befeuerten Binnenmarkt angetrieben, als dies bei uns medial und politisch wahrgenommen wird. Dennoch bleibt der freie Zugang zum Weltmarkt angesichts der enorm ausgeweiteten industriellen Produktionskapazitäten eine notwendige Voraussetzung, wenn der Massenwohlstand weiter verbreitert, die soziale

⁴ Vgl. C. Schröppel und N. Mariko: The changing interpretation of the flying geese model of economic development, in Japanstudien, Band 14, 2002: Japan als Fallbeispiel in den Wissenschaften, S. 203-236.

Stabilität gewahrt, die ökologische Katastrophe verhindert und letztlich die politischen Herrschaftsverhältnisse nachhaltig gesichert werden sollen.

Freier Zugang zum Weltmarkt bedeutet für China nicht nur barrierefreie Exporte von Industriegütern, sondern auch die dauerhafte und verlässliche Beseitigung der Hemmnisse für Kommunikationstechnologien und den damit verbundenen Dienstleistungen, für Technologietransfer und für Direktinvestitionen.

Ebenso wichtig ist es für Beijing, die Verwundbarkeit gegenüber amerikanischen / westlichen Sanktionsmaßnahmen im Finanz- und Währungsbereich abzubauen.

Machtpol in neuen multilateralen Strukturen

Für die Strategie, den Weltmarkt für die chinesische Wirtschaft so weit wie möglich zu öffnen und gleichzeitig den Einfluss auf die Gestaltung der globalen Ordnung zu stärken, hat das Reich der Mitte ein ganzes Instrumentarium an Mitteln und Wegen initiiert, mobilisiert oder mitentwickelt, u.a.:

- New Development Bank in Shanghai, gegründet 2014 von den BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika als Alternative zu Weltbank und Internationalem Währungsfonds. (41 % der Weltbevölkerung, 25 % des weltweiten BIP, 42 % der weltweiten Devisenreserven), Contingency Reserve Arrangement von 100 Mrd. \$, davon hält China 41 %.
- Asiatische Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) in Beijing, gegründet 2015 von siebenundfünfzig Staaten als Alternative zur Asiatischen Entwicklungsbank / Weltbank / IWF. Jährlich ca. 10 Mrd. \$ für Infrastrukturprojekte. Anteil Chinas 26,5 % (BRD: 4,6 %).
- Projekt "Neue Seidenstraße" (One Belt, One Road, seit 2013): Bündelung von Vorhaben zum Auf- und Ausbau interkontinentaler Handels- und Infrastrukturnetze zwischen der China und über 60 Ländern Afrikas, Asiens und Europas. Das Konzept ist institutionell höchst flexibel. Es nutzt Schnittstellen zu bestehenden multiund bilateralen Kooperationsstrukturen, um ein chinazentriertes Netzwerk aufzubauen, das die internationale Ordnung in kleinen Schritten transformiert. Ein großer Unterschied zu konkurrierenden Akteuren besteht darin, dass China bei Bedarf sofort gewaltige

- Kapitalmengen bereitstellen kann und nicht bei hehren Worten bleiben muss.5
- Abkommen über die Gründung einer gemeinsamen Freihandelszone zwischen China und den Vertragsstaaten der ASEAN (ACFTA), in Kraft seit 2005. Der Zollabbau im "Normal Track" wurde für Brunei, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand im Jahr 2010 abgeschlossen, für Vietnam im Jahr 2018. Der Zollabbau im "Sensitive Track" für "sensible und hochsensible Waren" soll bis 2020 abgeschlossen werden. Zusatzprotokoll von 2012: Regelungen zu nichttarifären Handelshemmnissen. Änderungsprotokoll 2015: Festsetzung von Local-Content-Bestimmungen.

Eine dezidiert auf Zentral- und Südasien ausgerichtete Struktur ist die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) mit Sitz in Peking, die 2001 gegründet wurde und aus der 1996 gegründeten Shanghai Five hervorgegangen war. Mitglieder sind China, Indien, Kasachstan, Kirgisistan, Pakistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan. Im Unterschied zu den oben genannten Organisationen spielen Fragen der regionalen Sicherheit und politischen Zusammenarbeit neben der Wirtschaftskooperation eine hervorgehobene Rolle. Die thematische Zusammensetzung erleichtert es zudem, dass sich China und Russland auf Augenhöhe begegnen und verständigen können. Mit der 2014 gegenründeten Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU), der heute Russland, Kasachstan, Weißrussland, Armenien und Kirgistan angehören und das Ziel verfolgt, einen gemeinsamen Binnenmarkt für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Arbeitskräfte sowie eine Zollunion zu etablieren, führt China seit 2015 Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen und über wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Kampf um ordnungspolitische Dominanz

Nicht alle chinesischen Initiativen waren erfolgreich. Ein trilaterales Freihandelsabkommen mit Japan und Südkorea, das bereits weitgehend ausverhandelt war, fiel 2014 erneuten chinesisch-japanischen Friktionen (u.a. Inselstreit um den Senkaku / Diaoyu Archipel) sowie massivem US-amerikanischen Druck zum Opfer. Es kam schließlich zu einem bilateralen

⁵ Siehe auch: Nadine Godehardt: Chinas "Belt an Road" Initiative – eine deutsche Perspektive, in: WeltTrends 116, Juni 2016, S. 44.

Freihandelsabkommen mit Südkorea, das die Abschaffung der Zölle für mehr als 90 Prozent des bilateralen Handels festsetzt und auch den Finanzsektor einschließt. 6

Ebenso ist China immer wieder mit handelspolitischen Containment-Aktionen konfrontiert, mit denen die USA, Japan und auch die EU versuchen, ihre eigenen ordnungspolitischen Vorstellungen zum Welthandel durchzusetzen und das Reich der Mitte zu isolieren. Im Februar 2016 wurde von 12 Anrainerstatten unter Ausschluss Chinas der Freihandelsvertrag Trans Pacific Partnership (TPP) unterzeichnet. Das Vertragswerk war ein zentrales Projekt der Obama-Administration gewesen, aber von Präsident Trump im Januar 2017 aufgekündigt. Die verbliebenen Vertragspartner Japan, Kanada, Australien, Neuseeland, Mexiko, Chile, Peru, Vietnam, Malaysia, Brunei und Singapur schlossen dann im März 2018 den Vertrag unter dem Namen Comprehensive and Progressive Trans Pacific Partnership (CPTPP) ab.7

Chinas Antwort auf das TPP-Projekt war die Initiative für ein ostasiatisch-pazifisches Freihandelsabkommen unter dem Namen Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP). Die Verhandlungen zu diesem Abkommen starteten offiziell bereits im Jahr 2012 auf dem ASEAN-Gipfeltreffen in Phnom Penh. Ursprünglich sollte neben China, den 10 ASEAN-Staaten, Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland auch Indien einbezogen werden. Die USA zogen sich bald zurück. China strebt ein substanzielles Abkommen an, dass in einem überschaubaren Zeitraum zu einem effektiven Freihandel bei Industrieerzeugnissen, Investitionen und Finanzdienstleistungen führt.

Vor allem Japan, die ozeanischen Partner, Südkorea und einige ASEAN-Staaten setzen sich für wirksame Regeln in den Bereichen Verbraucherschutz, Sozialstandards und Umwelt ein. Auf ihrem Gipfeltreffen am 04.11.2019 erklärten 15 der 16 Partnerstaaten die Verhandlungen zu allen 20 Kapiteln des Abkommens für beendet und sprachen sich für eine Unterzeichnung des Vertragsdokuments im kommenden Jahr aus. Lediglich von indischer Seite wurde weiterer Verhandlungsbedarf geltend gemacht, was aus heutiger Sicht sowohl einen Vertragsabschluss ohne Indien oder weiter eine weitere Verzögerung bedeutet, was möglicherweise im Interesse einiger

⁶ Focus Online, 30.11.2015.

⁷ Siehe: Frederic Spohr: Der Anti-Trump-Pakt und was er für die Welt bedeutet, in Handelsblatt, 27.12.2018.

amerikanisch bzw. westlich orientierter Verhandlungspartner liegen könnte.8

Im Zuge der Öffnungspolitik unter Deng Xiaoping suchte China einen Zugang zu den bereits bestehenden multilateralen Kooperations- und Kommunikationsstrukturen, auch wenn diese von den weltpolitischen Gegenspielern geprägt bzw. beherrscht waren. So begannen die Kontakte zur ASEAN und zur APEC. Die Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) ist nach wie vor die einzige multilaterale Organisation, der mit Ausnahme Nordkoreas alle Pazifikanrainer angehören. Sie wurde 1989 auf Initiative der USA, Japans und Australiens gegründet, China trat 1991 bei. Seit 1993 kommt es zu jährlichen Gipfeltreffen ("Leaders' Meetings"), wo neben wirtschaftspolitischen Themen auch Kooperationsansätze in Bildung, Wissenschaft, Umweltschutz und internationaler Sicherheit angesprochen werden. Die APEC agiert auf der Basis nicht-bindender Abkommen. Alle Entscheidungen des Forums werden im Konsens getroffen. Die Initiative von 1994, eine Freihandelszone im asiatisch-pazifischen Raum für die Industrienationen bis 2010 und für die Entwicklungsländer bis 2020 auf der Grundlage unilateraler Aktionspläne der Mitgliedstaaten zu erschaffen, scheiterte. Seit 2002 sind auch bilaterale oder multilaterale Abkommen untereinander zugelassen, wenn sie den Regeln der WTO entsprechen. China nutzt die APEC vornehmlich als Plattform, um seine weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Vorstellungen darzulegen und die eigenen regionalen Kooperationsinitiativen zu proagieren. Seit Beginn der Präsidentschaft von Trump haben die wachsenden chinesisch-amerikanischen Gegensätze die APEC nahezu paralysiert.9

Ordnungspolitische Bausteine einer Pax Sinica

China hat in den vergangenen Jahren seine Entwicklungshilfe in Afrika und Lateinamerika ausgebaut und neu ausgerichtet. Auch hier wurde darauf geachtet, eine Alternative zu den westlichen Angeboten zu profilieren. Dies betrifft nicht allein die schieren Mengen in Kapital, die China zu Verfügung

- 8" Guiding Principles and Objectives for Negotiating the RCEP that we endorsed, in which we committed to achieve a modern, comprehensive, high-quality, and mutually beneficial economic partnership agreement... We noted 15 RCEP Participating Countries have concluded text-based negotiations for all 20 chapters on essentially all their market access issues; and tasked legal scrubbing by them to commence for signing in 2020. India has significant outstanding issues, which remain unresolved. All RCEP Participating Countries will work together to resolve these outstanding issues in a mutually satisfactory way. India's final decision will depend on satisfactory resolution of these issues." Joint Leaders Statement on the Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP), 04.11.2019, Bangkok, Thailand
- 9 Amerika und China lassen Abschlusserklärung platzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.11.2018.

stellen kann. Infrastrukturkredite und Investitionen sind in der Regel mit dem Transfer von know how und personeller Kompetenz verbunden.

Entscheidendes Vergabekriterium ist nicht platte außenpolitische Willfährigkeit des Kreditnehmers, sondern wirtschaftlich verantwortungsvoller Umgang mit den zur Verfügung gestellten Mitteln und politische Stabilität. Man könnte sagen: "good governance" nach dem eher autoritären Vorbild Singapurs unter dem legendären Premierminister Lee Kuan Yew. Zwangsmaßnahmen wie Sanktionen oder Boykotte werden vermieden, China will sich als verlässlicher und fairer Partner profilieren. Wie auch in den oben genannten multilateralen Projekten generiert China welt- und regionalpolitische Macht durch den Export eigener wirtschaftlicher Ordnungsvorstellungen, was immer auch eine soziale und politische Komponente umfasst.¹⁰

Wir sehen also den Aufbau einer Weltmachtstatur durch Initiierung und Prägung multilateraler Netzwerke, internationaler Regime, regionaler Kooperationsverbände und einer Vielzahl von bilateralen Projekten. Mehr oder weniger deutlich wird dabei die Herausforderung formuliert, ordnungspolitische Alternativen zu den tradierten amerikanisch bzw. westlich dominierten Institutionen anzubieten, die den Ansprüchen des 21. Jahrhunderts besser Genüge tun. Insbesondere die Protagonisten der "Neuen Seidenstraßen" betonen die Überlegenheit des Modells, die sich aus der "Win-Win-Situation" durch gemeinsame Planung, aus der Offenheit für alle interessierten (auch extraterritorialen) Partner, aus die Schubkraft für das globale Wirtschaftswachstum und aus dem Entwicklungsschub für die bislang benachteiligten Regionen in Zentralasien ergäbe.¹¹ Häufige Schlagworte sind: friedlich, offen, integrativ und voneinander lernen.

Bislang ist es dabei gelungen, die westliche Strukturdominanz auf zentralen Feldern von Weltwirtschaft und Weltpolitik in kleinen Schritten zu verringern oder zu konterkarieren, dabei aber einen massiven machtpolitischen Zusammenprall mit der arrivierten Weltmacht USA noch zu vermeiden. Es ist eben eine Langzeitstrategie.

Informal Empire und Soft Power

Ein wesentlicher Bestandteil eines informal empire ist soft power: Die Verbreitung und Vorbildwirkung der eigenen Kultur. Der Unternehmenskultur

¹⁰ Siehe auch: Liu Yi: Chinas neue Entwicklungspolitik, WeltTrends 152, Juni 2019, S. 59-64.

¹¹ Wang Yiwei: "One Belt, One Road": Die neuen Seidenstraßen, WeltTrends 116, Juni 2016, S. 30-35.

und Vertragskultur, der Kultur der sozialen Beziehungen, der Massen- und Konsumkultur. Die Amerikaner haben es vorgemacht. Aber China verfügt mit seiner tradierten kulturellen Ausstrahlung, seiner kommunikativen und interkultureller Kompetenz, seiner Vorbildwirkung für Modernisierungserfolg in der Dritten West und zunehmend auch mit den Highlights von Massenkonsum und Pop-Kultur ebenfalls über erhebliche Potenziale. Mit jeder neuen multilateralen Kooperationsstruktur, die von China angeschoben wird und von chinesischen Regeln geprägt ist, wächst auch die die soft power des Reichs der Mitte.

Zur Illustration eine Passage aus der Rede von Xi Jingping auf der 1. Tagung des 13. Nationalen Volkskongresses: "China unterstützt auch in Zukunft weltweite Gerechtigkeit und plädiert dafür, die Angelegenheiten zwischen den verschiedenen Ländern durch Konsultationen beizulegen. In diesem Sinne darf niemand einem anderen seinen Willen aufzwingen. China wird weiterhin den Seidenstraßen-Aufbau vorantreiben und den Austausch und die Zusammenarbeit mit allen Ländern weltweit ausbauen. Chinas Reform und Entwicklung sollen der ganzen Menschheit zugutekommen. China wird sich kontinuierlich an Reform und Aufbau eines globalen Verwaltungssystems beteiligen und der Welt Weisheiten, Konzepte und Kräfte geben."12

Risiken und Gefahren

Um nicht missverstanden zu werden: Hier wird keine lineare Entwicklung vorgezeichnet, in deren Ergebnis die VR China "gesetzmäßig" zum Beherrscher der Welt wird. Die Zukunft ist niemals sicher vorhersehbar und nirgendwo ist postuliert, dass Chinas Aufstieg zur Weltmacht unaufhaltsam ist. Ich sehe eine ganze Reihe von Risiken und Gefahren, die dem Land und seiner Gesellschaft massiven Schaden zufügen können und jegliche Weltmachtträume platzen lassen, wenn sie nicht bewältigt werden.

Von einiger Aktualität ist die Herausforderung durch den Islamismus, der in den muslimisch geprägten Landesteilen im Westen des Großreichs offenbar wachsenden Einfluss erfährt und durch die Glaubensbrüder in den Nachbarstaaten ideell wie materiell unterstützt wird. Wenn sich die bereits bestehenden ethnisch-kulturellen wie auch sozio-politischen Konflikte zuspitzen und gewaltförmige Dimensionen annehmen, können

schnell bürgerkriegsähnliche Situationen entstehen. In unseren globalisierten Zeiten ist davon auszugehen, dass es auch in dieser Konstellation zu einer Internationalisierung kommen kann, vorangerieben durch ausländische Kämpfer, Waffen und Geldflüsse, diskret unterstützt von interessierten Mächten und deren informellen Instrumenten. Die Konfliktkonstellation birgt das Potenzial, sich zu einer schwärenden Wunde auszuwachsen, die Chinas internationale Handlungsfähigkeit nachhaltig untergräbt. Bislang ist es nicht gelungen, ein tragfähiges Integrationskonzept zu entwickeln, das legitime soziokulturelle Autonomie und zentralstaatliche Ordnungsmacht zusammenführt.

Seit geraumer Zeit ziehen die Vorgänge in Hongkong erhebliche internationale Aufmerksamkeit auf sich. Die Demokratiebewegung fordert den zentralstaatlichen Herrschaftsanspruch permanent heraus. Der Resonanzboden für die Forderungen nach wirksamer demokratischer Partizipation besteht zum Einen aus dem historischen Erbe von Liberalität und Rechtsstaatlichkeit, das aus Sicht vieler Bürger durch die Zentralregierung zunehmend bedroht wird, zum Anderen aus akkumulierten strukturellen Verwerfungen in Wirtschaft und Gesellschaft, welche die Lebensqualität und die Zukunftsperspektiven von Hongkong immer mehr in Frage stellen, speziell auch im Vergleich zu anderen chinesischen Metropolen. Diese zähe Gemengelage bietet im Zusammenspiel mit einer globalen medialen Vernetzung in Echtzeit ebenfalls ein explosives Potenzial. Zumal auch hier auswärtige Akteure mit Geld und guten Worten - wie natürlich auch mit eigenen Interessen – zugange sind.

Wesentlich gravierender als die oben genannten Herausforderungen sind die Entwicklungen im Kern des politischen Herrschaftssystems selbst. Das Grundkonzept des Reformkurses seit Deng Xiaoping wird offen infrage gestellt. Der staatlich gesteuerte, aber kapitalgetriebene Weg in die industrialisierte Moderne, in dem "die Einen schneller reich werden, als die Anderen", hat zu bedrohlichen ökonomischen, sozialen und ökologischen Verwerfungen geführt. Die Spreizung zwischen arm und reich ist nahezu doppelt so hoch wie etwa in Deutschland und immer noch deutlich höher als in den USA und den anderen OECD-Staaten.¹³ Der KP Chinas ist bewusst, dass sie einen besonders gefährlichen Tiger aus eigener Zucht reitet. Und es ist durchaus nicht sicher, ob sie den Ausritt am Ende des Tages auf oder im Tiger erleben wird. Die KP Chinas

¹³ Vgl. Erhard Crome: Chinas Aufstieg und die geopolitischen Folgen, Referat auf dem Kasseler Friedensratschlag am 02.12.2017, S. 6.

legitimiert sich in erster Linie als kompetente Staatspartei, die verlässlich in der Lage ist, politische Stabilität, nationale Einheit, wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Harmonie zu sichern. Wer das schafft, hat "das Mandat des Himmels", die Lizenz zur politischen Führung. Auf der ideologischen Ebene wird der Führungsanspruch durch eher pragmatische Rückgriffe auf Marx, Lenin, Mao und Deng, auf traditionelle chinesische Denkschulen sowie auf theoretische Innovation der aktuellen politischen Führung untersetzt.

Der Kurs, der auf dem 19. Parteitag im Jahr 2017 eingeschlagen wurde, ist eindeutig darauf ausgerichtet, den kapitalistischen Tiger durch Zusammenführung von Partei und Staat zu einem mächtigen Regulierungsapparat wieder zu bändigen, um den Wohlstand gleichmäßiger zu verteilen, die Zerstörung der Umwelt aufzuhalten, die nationale Einheit zu sichern und die außenpolitische wie auch militärstrategische Handlungsfähigkeit die stärken. 14 Die "14 Prinzipien für die Sicherung und Entwicklung des Sozialismus chinesischer Prägung in der neuen Ära", die Xi Jinping auf dem 19. Parteitag verkündete, 15 weisen mit ihrer Staatszentriertheit, dem konsequenten Primat der Gemeinschaft gegenüber dem ökonomischen und sozialen Individuum sowie dem umfassenden Herrschaftsanspruch der Kommunistischen Partei durchaus maoistische Züge auf. Hinzu kommt, dass im Zuge der innerparteilichen Machtkämpfe mit dem zeitlich unlimitierten Führungsmandat für Xi Jinping das bewährte Prinzip des regelmäßigen Austauschs der Führungsspitze fallen gelassen wurde. Dieses Prinzip war seit Deng Xiaoping verfolgt worden und sorgte für regelmäßige personelle sowie inhaltliche Erneuerung, verbunden auch mit einer gewissen Absicherung gegenüber etwaigen Herrschaftsauswüchsen - eine erstaunliche Leistung für ein politisches System, das keine Wettbewerbsdemokratie ist.

Alles in allem macht nachdenklich, ob der neue Kurs wirklich geeignet ist, die Defizite der Reformperiode zu überwinden, ohne die wirtschaftliche Dynamik, den massenwirksamen Wohlstandsgewinn, den sozialen Zusammenhalt und letztlich auch die politische Stabilität zu unterminieren. Risiken und Gefahren sind Bestandteil von Entwicklung. Sie nicht zu nennen, wäre unseriös und naiv, schlimmstenfalls apologetisch. Sie zu

¹⁴ Vgl. Heike Holbig: Making China Great Again - Xi Jinpings Abschied von der Reformära, GIGA Focus Asien, Nummer 2,

¹⁵ China Daily: Full text of Xi Jinping's report at 19th CPC National Congress, 11.04.2017.

übertreiben, wäre hysterisch und unrealistisch. Aus heutiger Sicht deutet jedenfalls wenig darauf hin, dass das Reich der Mitte wieder einmal dabei ist, sich nach innen zu wenden. Auf absehbare Zukunft werden wir uns mit einem gut fundierten Weltmachtanspruch der VR China auseinanderzusetzen haben.

Fazit

Dem wachsenden ordnungspolitischen Einfluss der VR China in globalen und regionalen Zusammenhängen gegenüber steht der Rückzug der USA aus multilateralen Verbindungen und Verantwortlichkeiten, gepaart mit Ignoranz gegenüber internationalen Normen und Interessenlagen der Partnerstaaten. Kurz gesagt: Die USA reduzieren ihr multilaterale Engagement, China bringt sich mit eigenen Ideen und Interessen immer stärker ein. Deutschland und die EU stehen mittendrin und müssen dringend eine Antwort darauf finden, wenn eine selbstbestimmte Zukunft bewahrt werden soll.

Die EU sieht sich durchaus als potenziell eigenständiger Machtpol in einer multipolaren Weltordnung, die allerdings immer stärker von der sino-amerikanischen Rivalität bestimmt wird. Um nicht Spielball dieser Rivalität zu werden, bräuchte es eine gemeinsame Strategie, die dann auch gemeinschaftlich umgesetzt wird. Das Dilemma besteht darin, dass eine gemeinsame Herangehensweise bislang auf keinem relevanten Politikfeld konzipiert und umgesetzt werden konnte. Selbst in der Außenwirtschaftspolitik, die an sich eine rein Brüsseler Angelegenheit sein sollte, zeigen sich gravierende Differenzen zwischen den Mitgliedstatten in Bezug auf Ziele und Methoden. Oftmals besteht noch nicht mal ein nationaler Konsens zum Umgang mit dem Reich der Mitte.16

Schwierig ist auch, dass die europäischen und speziell deutschen Vorstellungen über die Gestaltung des strategischen Verhältnisses zu China durch eine eher statische Interpretation von systemischer Konkurrenz geprägt sind. Eine Interpretation, die eine gemeinsame Gestaltung der internationalen Ordnung eigentlich nur als Durchsetzung der eigenen Positionen gegenüber China denkbar macht. Noch immer gibt es Hoffnungen, selbst in Fragen der Weltwirtschaftsordnung wirkungsmächtige "liberale" Koalitionen der Willigen unter Ausschluss Chinas

¹⁶ Siehe auch: Barbara Lippert, Nicolai von Ondarza, Volker Perthes (Hg.): Strategische Autonomie Europas. Akteure, Handlungsfelder, Zielkonflikte, SWP-Studie 2, Februar 2019, Berlin, S. 37.

bewerkstelligen zu können, die dann gegebenenfalls selektiv auch mit dem Reich der Mitte kooperieren.¹⁷

Selbst in Deutschland fehlt es noch immer an einer wirklich offensiven und konstruktiven Gesamtstrategie gegenüber China, die gleichermaßen von Selbstbewusstsein und Selbstreflexion geprägt ist. Warum nicht das Stichwort vom gegenseitigen Lernen auch in ordnungspolitischen Fragen aufnehmen? Vielleicht gäbe es auch bei uns Anlass, neu über die Rolle des Staates in der Wirtschaft, über das Verhältnis von Gemeinwesen und Unternehmertum oder über die am besten geeigneten Eigentums- und Organisationsformen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge nachzudenken. Vielleicht kann man auch in China überlegen, ob ein offener politischer Wettbewerb samt der dafür notwendigen Voraussetzungen auf Dauer nicht doch die größte Nachhaltigkeit bringt.

17 Ebenda, S. 26.

ANZEIGE



WeltTrends 116, Juni 2016 Neue Seidenstraßen

Mit der Initiative "One Belt, One Road", auch "Neue Seidenstraße" genannt, will China eine alte Idee wiederbeleben und in den Kontext der Globalisierung stellen. Es geht um die weitere ökonomische Erschließung Eurasiens, der riesigen Landmasse zwischen Peking und Lissabon. Das kann große Vorteile für die beteiligten Staaten bringen, aber auch die Geopolitik ist im Spiel. Strebt China eine Rolle als Moderator oder Schiedsrichter in Eurasien an? Experten aus China, Deutschland, Kasachstan und Russland analysieren im Thema die chinesische Initiative und ihre möglichen Auswirkungen.

> WeltTrends, Potsdam 2016 ISSN 0944-8101 | als ePaper bestellbar

Aktuelle Integrationsprozesse in Eurasien – Möglichkeiten und Risiken für Zentralasien

Bulat Sultanow

Der Übergang zur multipolaren Welt zeigt sich wohl am stärksten im eurasischen Raum. Aber was soll der institutionelle Rahmen dieser neuen Welt sein? Auf welchen Prinzipien soll sie beruhen? Vor welchen Herausforderungen und Gefahren steht dieser Transit? Darauf möchte ich hier am Beispiel Zentralasiens und meines Heimatlandes Kasachstan eingehen.

1. Zur aktuellen Lage In Zentralasien

Die Region befindet sich im Epizentrum eines "Dreiecks" zwischen Russland, China und der islamischen Welt. Im Hinblick auf Russland, China, Iran und einige muslimische Länder betreiben die USA eine Politik der Sanktionen.

Ein schwieriges Problem für Zentralasien ist das Anwachsen radikaler religiöser Bewegungen in Nachbarländern der Region – Afghanistan, Iran, Pakistan. Nicht zu übersehen sind die Bemühungen des "Islamischen Staates", in Zentralasien einzudringen, besonders nach den jüngsten Ereignissen an der Grenze zwischen der Türkei und Syrien.

Angesichts der schwierigen sozial-ökonomischen Situation in den zentralasiatischen Ländern sind in mittelfristiger Perspektive Versuche nicht auszuschließen, die säkularen Regime zu stürzen, vor allem in solchen armen Staaten wie Tadschikistan und Kirgistan. Zur Destabilisierung könnten die Kräfte genutzt werden, die hinter dem Drogenhandel, der illegalen Migration, dem internationalen Terrorismus und dem religiösen Extremismus stehen.

Immer größere Aufmerksamkeit gewinnt deshalb in jüngster Zeit der Prozess des Wechsels der politischen Führer in den Staaten Zentralasiens. Bisher kam es in vier Ländern zu einem unblutigen Wechsel. Von der "alten Garde" blieb nur der Präsident Tadschikistans – Emomalij Rahmon – an der Macht.

2. Zu den außenpolitischen Prioritäten der Länder Zentralasiens

Die außenpolitischen Prioritäten der Länder Zentralasiens unterscheiden sich stark von einander. Nur Kasachstan hat Grenzen mit Russland und China - kein Wunder also, dass beide Länder für Kasachstan die wichtigsten außenpolitischen Richtungen darstellen. Eine ähnliche Position bezieht Kirgistan, das sich auf China vor allem in finanziell-ökonomischer Hinsicht orientiert und auf Russland auf militärpolitischem Gebiet. Für Usbekistan ist charakteristisch die Priorität der bilateralen Beziehungen und die Zurückhaltung bei der multilateralen Zusammenarbeit. Infolge geografischer, ethnischer und sprachlicher Faktoren ist Tadschikistan interessiert an der Vertiefung der Zusammenarbeit mit Iran und Afghanistan, gerät aber immer mehr in finanzielle Abhängigkeit von China. Eine besondere Position bezieht Turkmenistan, das sich mit seiner Politik der Neutralität faktisch isoliert.

3. Die schwierige sozial-ökonomische Lage in den Ländern Zentralasiens

Grundfaktoren einer möglichen Destabilisierung der Situation in Zentralasien sind vor allem:



- der Prozess der gesellschaftspolitischen und sozial-ökonomischen Umgestaltung der Länder der Region ist noch nicht vollendet;
- ihre politischen Eliten sind nicht an einer innerregionalen Integration interessiert.

Infolgedessen sind in den Ländern Zentralasiens folgende Prozesse zu beobachten:

- ein Wachstum der sozialen Polarisierung;
- die Senkung des Lebensniveaus der Masse der Bevölkerung und
- ein Anwachsen der sozialpolitischen Spannungen.

Kasachstan ist das flächenmäßig neuntgrößte Land der Erde und gehört zu den 50 am meisten entwickelten Staaten. Eine winzige Gruppe von Oligarchen verfügt über einen riesigen Teil der nationalen Ressourcen. Wirtschaftsexperten schätzen, dass 162 Menschen 55 Prozent der Reichtümer des Landes besitzen. In Usbekistan beträgt die Arbeitslosigkeit etwa 30 Prozent; ungefähr drei Millionen Menschen sind als Gastarbeiter im Ausland tätig. Von den acht Millionen Einwohnern Tadschikistans sind etwa eine Million Gastarbeiter in Russland. Nach internationalen Schätzungen gehört Kirgistan zu den 20 ärmsten Ländern der Welt.

4. Desintegration in Zentralasien

In der riesigen Region, die bis 1991 Teil der Sowjetunion war, mangelt es an Kooperation. Deshalb schlug die Führung Kasachstans mehrmals Integrationsprojekte vor:

- eine Zentralasiatische Union (1994),
- ein Zentralasiatisches Forum (2001),
- eine Union zentralasiatischer Staaten (2007).

Trotz gegenseitiger Beteuerungen über Gemeinsamkeiten historischer, kultureller und anderer Faktoren kam es nicht dazu. Eine gemeinsame Lösung der Probleme Zentralasiens ist deshalb derzeit nicht zu erwarten.

Zwischen den Staaten der Region bestehen ernsthafte wirtschaftliche Widersprüche.

Wichtige Ursachen, welche die ökonomische Integration in Zentralasien hemmen, sind die investiven Möglichkeiten der Länder und das fehlende Streben nach gegenseitig vorteilhafter Lösung der Probleme auf dem Gebiet von Energie, Wasser, Transport und Landwirtschaft.

Im März 2018 fand erstmals in den letzten 10 Jahren ein Treffen der Führer der fünf Länder in Astana statt, auf dem die Erweiterung der regionalen Zusammenarbeit eine große Rolle spielte. Im Ergebnis konnten schon einige Probleme gelöst werden.

Neben dem offiziellen Außenhandel existiert in Zentralasien ein illegaler Handel, vor allem mit Drogen, Waffen, Menschen. Die Einnahmen daraus kassieren Vertreter der herrschenden Eliten der Region. Im Mittelpunkt steht die Herstellung, der Transport und der Handel mit Drogen in Afghanistan, Zentralasien, Russland und Europa durch internationale Drogenkartelle.

Ein wichtiges Problem ist die fehlende Regulierung von Grenzfragen: zwischen Usbekistan und Kirgistan, zwischen Usbekistan und Tadschikistan, zwischen - Kirgistan und Tadschikistan. Grenzstreitigkeiten können jederzeit zu zwischenstaatlichen Konflikten führen, wie der Zusammenstoß an der kirgisisch-tadschikischen Grenze im September diesen Jahres zeigte. Die Lösung dieser territorialen Fragen ist in absehbarer Zeit nicht möglich. Dazu bedarf es der Kooperation der zentralasiatischen Staaten.

5. Religiosität in Zentralasien

Angesichts eines schwachen gesellschaftspolitischen Lebens, des Fehlens einer normalen weltlichen Opposition, aber auch des Anwachsens von Armut, Arbeitslosigkeit und Korruption ist eine stärkere Religiosität der Bevölkerung zu verzeichnen. Immer mehr Menschen folgen radikalen islamischen Organisationen. Besorgnis erregt die Teilnahme von Kämpfern aus Zentralasien in den Kämpfen in Syrien und Irak. Mehr als 1000 Tadschiken kämpften beispielsweise allein auf Seiten des "Islamischen Staates", der Nusra-Front und anderer Terrororganisationen, ebenso etwa 500 Kasachen und mehr als 500 Kirgisen.

6. Afghanistan und Zentralasien

Seit Herbst 2015 verschlechtert sich die Lage im Norden Afghanistans infolge des Vordringens der Taliban, aber auch der Kämpfer des "Islamischen Staates". Der Konflikt kann zu einer direkten Bedrohung der zentralasiatischen Länder, Russlands und Chinas führen.

Im Grunde würde sich die die Grenze zwischen den postsowjetischen Staaten und Afghanistan verwandeln in eine Grenze

- zwischen Stabilität und Konflikt,
- zwischen Säkularität und islamischem Radikalismus.

Die ganze Region könnte sich in eine militärische Konfliktzone verwandeln.

Sicherheit und Stabilität in Zentralasien sind also untrennbar verbunden mit der Prosperität Afghanistans. Gemeinsame Aktivitäten zur Unterstützung Afghanistans sind damit von besonderer Bedeutung für die zentralasiatischen Staaten.

Entsprechende internationale Maßnahmen wurden in Angriff genommen. In Zentralasien geht man davon aus, Afghanistan nicht so sehr als Bedrohung sondern als wichtigen und perspektivischen Partner zu betrachten.

7. Die Rivalität zwischen globalen und regionalen Mitspielern in Zentralasien

Die sich verstärkende Konfrontation zwischen den USA auf der einen Seite und Russland, China sowie Iran auf der anderen bedroht auch die Stabilität in Zentralasien.

Die USA verfolgen ihr Projekt "Neue Seidenstraße", eine modernisierte Konzeption des Projektes "Großes Zentralasien". Es zielt auf die Wiederherstellung von wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen zwischen den Ländern Zentral- und Südasiens. Im Jahr 2015 initiierten die USA eine Dialog-Plattform mit den fünf Ländern Zentralasiens: C5+1.

Russland ist interessiert, die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) in Zentralasien voranzubringen. Moskau geht es dabei nicht nur um die Kooperation mit Ländern des nahen, sondern auch des weiteren Auslands (z.B. ASEAN, Iran, Ägypten, Serbien). In diesem Jahr hat Russland eine Dialogplattform mit den fünf Staaten Zentralasiens initiiert. Nicht zu unterschätzen ist sein Interesse an der Zusammenarbeit mit einigen postsowjetischen Staaten in der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS).

Für China ist vor allem die Lösung solcher Fragen wichtig wie:

- Umsetzung der Belt and Road Initiative (BRI), auch "neue Seidenstraße" genannt, über Zentralasien zur Europäischen Union sowie den Nahen und Mittleren Osten;
- Gewährleistung eines "zuverlässigen Hinterlandes" in Zentralasien;
- garantierter Zugriff auf die Ressourcen der Region;
- Sicherheit der Öl- und Gas-Pipelines sowie der Transportverbindungen auf Straße, Schiene und in der Luft;

- Verhinderung des Eindringens terroristischer und extremistischer Gruppen nach Westchina (Xinjiang).

8. Kasachstan, die EAWU und BRI

Für Kasachstan sind die Eurasische Wirtschaftsunion und das chinesische Projekt des Wirtschaftsgürtels Neue Seidenstraße von grundlegender Bedeutung. Immerhin geht es bei der Eurasischen Wirtschaftsunion um einen Markt von 183 Millionen Menschen. Die Idee zu einem solchen Projekt äußerte bereits 1994 der damalige Präsident Kasachstans. 2015 trat der Vertrag über die EAWU in Kraft. Der Anteil der anderen vier Mitgliedstaaten am Außenhandel Kasachstans beträgt derzeit 21 Prozent. Zum Vergleich: Der Anteil der 28 EU-Staaten beläuft sich auf 30 Prozent.

Hauptziel der Integration ist die freie Bewegung von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit zwischen den Mitgliedstaaten. Auf der Tagung des Höchsten Wirtschaftsrates Anfang Oktober in Jerewan wurden dazu weitere Entscheidungen getroffen, beispielsweise über eine Konzeption für einen gemeinsamen Finanzmarkt.

Daneben wird die internationale Zusammenarbeit ausgebaut:

- Bisher gibt es Freihandelsabkommen mit Vietnam, Singapur und Serbien. Ein Interimsabkommen wurde 2018 mit Iran abgeschlossen.
- Verhandelt wird mit Ägypten, Indien und weiteren Staaten.
- Im Oktober trat das bereits ratifizierte Abkommen mit China über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit in Kraft.

Für das chinesische BRI-Projekt Kasachstan ein außerordentlich wichtiger Verkehrsknotenpunkt, der den Norden und Süden, den Osten und Westen Eurasiens verbindet. Nicht zufällig verkündete der chinesische Präsident Xi Jinping die Initiative "neue Seidenstraße" 2013 in der Hauptstadt Kasachstans.

Neu- bzw. ausgebaut werden zum Beispiel die Eisenbahnstrecken und die Autostraßen wie auch die Häfen am Kaspischen Meer. Im letzten Jahrzehnt investierte Kasachstan mehr als 30 Milliarden US-Dollar in seine Transport-Infrastruktur. Über den chinesischen Hafen Ljanjungan erhält es erstmals eine direkte Verbindung zum Pazifik. Zwischen 2010 und 2018 erhöhte sich der Container-Transport von China über Kasachstan von 3.500 Einheiten auf 537.000. Nach Russland ist China zweitgrößter Handelspartner Kasachstans. Im Mittelpunkt steht derzeit die Kooperation auf dem Energie-Gebiet - Erdöl. Erdgas und Uran. Etwa 25 Prozent des in Kasachstan geförderten Erdgases gehen nach China. Kasachstan ist mit 33 Prozent weltgrößter Uranproduzent. Pro Jahr importiert China 18.000 Tonnen Uran aus Kasachstan (aus Russland: 600 Tonnen).

9. Die Kooperation Chinas mit den Staaten Zentralasiens zur Umsetzung der "neuen Seidenstraße"

Alle Länder Zentralasiens unterstützen das chinesische Projekt einer "neuen Seidenstraße". Sie hoffen natürlich, mit Hilfe chinesischer Investitionen ihre wirtschaftlichen Probleme zu lösen, vor allem die nationale Infrastruktur auszubauen. So wurden mit Hilfe Chinas in den letzten zwei Jahren 20.000 Kilometer Straßen gebaut; der jährliche Handel mit China erreichte 2017 30 Milliarden US-Dollar. Allerdings ist in der Region eine gewisse Chinaphobie nicht zu übersehen. Zugleich gibt es unter den regionalen Experten verschiedene Meinungen zur chinesischen Initiative: einerseits hohe Erwartungen, andererseits Pessimismus in den Prognosen. Hier widerspiegelt sich auch der Kampf innerhalb der Eliten. So gab es im September am Vorabend des China-Besuchs des neuen Präsidenten Kasachstans, Kasym-Schomart Tokajew, antichinesische Aktionen in fünf Städten des Landes.

10. Verbindung zwischen Eurasischer Wirtschaftsunion und BRI

Bereits vor vier Jahren sprachen sich die Präsidenten Russlands und Chinas für eine Verbindung zwischen der Eurasischen Wirtschaftsunion und der "Belt and Road Initiative" aus. Darunter wird die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums in Eurasien verstanden.

Nach Meinung Wladimir Putins würde eine solche Verbindung eine der "tragenden Säulen" des "Großen Eurasien". Jetzt geht es darum festzulegen, auf welchen Gebieten und bei welchen Projekten die Zusammenarbeit aufgenommen werden soll.

11. Die Konzeption "Großes Eurasien"

Vor drei Jahren schlug Kasachstans damaliger Präsident Nasarbajew in Washington vor, einen "Vereinigten Eurasischen Wirtschaftsraum" zu schaffen; 2017 sprach Präsident Putin in Peking von einem "Großen Eurasischen Raum". Dabei ging es dem russischen Präsidenten um die Zusammenführung der Potenziale der Eurasischen Wirtschaftsunion, der chinesische Belt and Road Initiative, der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, der ASEAN und der EU, also um einen Kooperationsraum vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean.

Das hört sich heute noch utopisch an. Die Wirtschaft ist jedoch sehr interessiert. So beträgt der Außenhandel Deutschlands mit Kasachstan 5,1 Mrd. US-Dollar, damit 85 Prozent des gesamten Handels Deutschlands mit Zentralasien. In Berlin wurde ein Arbeitskreis aus Geschäftsleuten und Experten "Gemeinsamer Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok" gegründet, der sich für einen Dialog zwischen EU und EAWU einsetzt. Auch offizielle deutsche Vertreter wie z.B. Dirk Wiese, Koordinator der Bundesregierung für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft, sprechen sich dafür aus, über eine Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen nachzudenken.

12. Die Rolle der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit

Der Kampf gegen Terrorismus und Extremismus wird nicht nur auf nationaler Ebene geführt, sondern auch im multilateralen Rahmen -Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) und Organisation des Vertrages über Kollektive Sicherheit (OVKS). Die SOZ verfügt dafür über die Regionale Antiterroristische Struktur (RATS) mit Sitz in Taschkent.

Die Aktivität ausländischer extremistischer und terroristischer Organisationen in Zentralasien konnte so erheblich verringert werden. Des Weiteren geht es um die Bekämpfung der illegalen Migration, des Waffenund Drogenhandels.

Zu dieser Zusammenarbeit gehören auch gemeinsame militärische Übungen der Mitgliedstaaten.

Mit der jüngsten Erweiterung durch Indien und Pakistan stärkte die SOZ ihre Rolle als weltweit größte Regionalorganisation. Aus dieser Erweiterung ergeben sich allerdings auch bestimmte Risiken angesichts der Widersprüche zwischen Indien und Pakistan, aber auch eines möglichen indischen Anspruchs auf eine führende Rolle in der Organisation. Gleichzeitig scheint aber auch die Mitgliedschaft Indiens in der SOZ zu einem stärkeren Dialog mit China geführt zu haben, wie die inoffiziellen Gipfelgespräche in Wuhan im Oktober 2018 und Chennai im April 2019 zeigen.

13. Vertrauensbildende Maßnahmen und kontinentale Sicherheit in Asien

Bereits 1992 schlug Kasachstan vor, eine Konferenz für Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA) zu schaffen. Denn ohne die Lösung der Sicherheitsprobleme würde das asiatische Wirtschaftswunder "ein Koloss auf tönernen Füßen" bleiben, wie Präsident Tokajew kürzlich erklärte.

Dem Dialogforum gehören heute 27 Staaten an. Als Vorsitzender der Konferenz in 2020 orientiert Kasachstan auf ihre Umwandlung in eine eigenständige Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Asien sowie auf eine enge Kooperation mit der OSZE.

Zurück zu Zentralasien: Das fehlende Vertrauen zwischen den politischen Eliten der Staaten der Region verhindert eine abgestimmte Politik zur Lösung der sozial-ökonomischen Probleme Zentralasiens wie auch der Gewährleistung kollektiver Sicherheit. Zu beobachten ist aber auch ein Mangel an Vertrauen zwischen den zentralasiatischen Staaten auf der einen Seite und den Nachbarn China und Russland auf der anderen. Das kann sich nur negativ auf die Integrationsprozesse in Eurasien auswirken.



WeltTrends 121, November 2016

Zentralasien - 25 Jahre Unabhängigkeit

Die riesige Region im Zentrum Eurasiens, bis vor 25 Jahren noch Teil der Sowjetunion, steht heute im Fokus der Weltpolitik. Russland, China, die USA und die EU ringen um Einfluss. Die jungen Staaten Zentralasiens gehen unterschiedliche Wege: von Turkmenistan mit seiner Politik der Selbstisolation über Usbekistan, das sich auf die bilateralen Beziehungen konzentriert, bis zu Kasachstan und Kirgisistan, die Mitglieder des postsowjetischen Integrationsprojekts Eurasische Wirtschaftsunion sind. Weitere im Heft diskutierte Probleme sind eine Bilanz der Außenpolitik Präsident Obamas, die Aufrüstung Japans und die Lage in der Westsahara.

WeltTrends, Potsdam 2016 | ISBN 978-3-945878-33-0 | 4,80 €

Russland und China in der Großen Eurasischen Partnerschaft

Vladislav Belov

Im September 2013 kündigte der chinesische Präsident Xi Jinping bei seinem offiziellen Besuch in Kasachstan den Start von Projekten des Wirtschaftsgürtels der Seidenstraße des 21. Jahrhunderts mit dem Ziel an, Land- und Seetransportkorridore in Eurasien zu schaffen. Anschließend fusionierten sie in das Projekt "One Belt, One Road" (heute "Belt and Road Initiative", BRI). Am 1. Januar 2015 nahm die Eurasische Wirtschaftsunion ihre Tätigkeit auf. Im selben Jahr, am 8. Mai, unterzeichnete Peking eine gemeinsame Erklärung mit Moskau, um sein kontinentales Projekt mit der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) zu koppeln¹. Am 17. Juni 2016 kündigte der russische Präsident Wladimir Putin während der 20. Tagung des Internationalen Wirtschaftsforums in St. Petersburg das Projekt "Groß-Eurasien" an.

Objektiv gesehen, ergänzen sich beide Projekte und vom Anfang an hatten sie gute Voraussetzungen ohne große Probleme gekoppelt zu werden. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war das am 17. Mai 2018 geschlossene Abkommen zwischen der EAWU und China über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit, das am 25. Oktober 2018 in Kraft trat². Russland gehört zu den Ländern, die BRI sowohl auf politischer, als auch auf Expertenebene stets positiv bewertet haben. Für Moskau ist China der zweitwichtigste Wirtschaftspartner nach der Europäischen Union, und der russisch-chinesische Handel wächst ständig. In Russland herrscht Einigkeit darüber, dass es wichtig sei, die Beziehungen auf allen Ebenen zu China auszubauen³.

In russischen offiziellen Quellen fing die Idee der Groß-Eurasien an zum Grundkonzept zu werden und seit 2016 ersetzt es allmählich das Konzept des Groß-Europas (aber ohne die wichtige Rolle der europäischen

¹ Der Text der Erklärung s.: URL: http://kremlin.ru/supplement/4971 (Letzter Zugriff am 24.11.2019)

² URL: https://deu.belta.by/economics/view/abkommen-uber-handel-und-wirtschaftliche-zusammenarbeit-zwi-schen-eawu-und-china-tritt-in-kraft-46119-2019/ (Letzter Zugriff am 24.11.2019)

³ Es sei hier auch bemerkt, 2019 war ein Jubiläumsjahr für Russland und China. Man feierte 70 Jahre der Herstellung der diplomatischen Beziehungen und 400 Jahre der ersten offiziellen Kontakte zwischen dem Russischen Staat und China. Im April 2019 Putin nahm am Zweiten internationalen Forum der gehobenen Vertreter, One Belt, One Road" in Peking teil. Im Juni 2019 Xi Tsinpin war der Gast des Peterburger Internationales Wirtschaftsforums in Sankt Petersburg.

Richtung aufzugeben). Wobei die faktische Gründung und lokale Umsetzung der Idee des Aufbaus der "Großen Eurasischen Partnerschaft" begann lange vor der erwähnten offiziellen Ankündigung⁴. Daher schien es zunächst nicht wie eine Chimäre. Neben der Eurasischen Wirtschaftsunion und China wurde das nah am Herzen des russischen Präsidenten liegende Projekt sofort von einer Reihe von GUS-Staaten sowie Indien, Pakistan und dem Iran unterstützt. Dann kamen viele andere Länder. V. Putin forderte die Europäische Union auf, sich der Initiative anzuschließen und äußerte die Hoff-



nung auf einen baldigen Beginn des Dialogs zwischen der Eurasischen Wirtschaftsunion und der EU im Rahmen seines Projektes, erhielt aber eine höfliche Ablehnung aus Brüssel.

Objektiv spielen Russland und China eine führende Rolle im Großraum Eurasien. Dafür trägt auch ihre enge Zusammenarbeit im Rahmen der Shanghai Cooperation Organization (SCO), der BRICS, der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC), des Asia-Europe Forums (ASEM) und im Rahmen der trilateralen Projekte "Russland - Mongolei - China", "Russland - Indien - China".

Moskau versteht, dass Peking im Rahmen der BRI darauf abzielt, Eurasien aus der Sicht seiner Bedürfnisse neu zu organisieren. Dazu entwickelt seine Führung strategische Industrien und gewinnt den Vorrang bei der Entwicklung der fortschrittlichsten Technologien im Rahmen der neuen industriellen Revolution. Dies sollte es ihm ermöglichen, Eurasien in Chinas technologische Ökosysteme zu integrieren. Neue Land- und Seetransportkorridore sollten den Beitrag für die physische Vereinigung des Großraumes Eurasien leisten. Neue wirtschaftspolitische Instrumente und Organisationen (Silk Road Fund, Asian Infrastructure Investment

⁴ Siehe D. Novikov. Development of Multilateral Economic Institutions in Greater Eurasia: Problems, Prospects and Implications for Russia. URL: https://iorj.hse.ru/en/2018-13-3/228114053.html (Letzter Zugriff am 24.11.2019)

Bank⁵ usw.) garantieren die finanzielle Sicherheit vom BRI. In der Tat ist die Rede von der Erhöhung der industriellen, technologischen, Verkehrs- und Finanzinfrastruktur Konnektivität von Eurasien, an dem auch Russland interessiert ist, aber in Bezug auf die Einbettung in diese Prozesse im Rahmen der "Großen eurasischen Partnerschaft" der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Russland hält an einer Reihe klarer Positionen in den Beziehungen zu China⁶. Insgesamt geht es:

- um die Koordinierung der nationalen Entwicklungs- und Sicherheitsstrategien unter den Bedingungen der existierenden Asymmetrie der wirtschafts-technologischen / militär-strategischen Potentiale;
- um die Komplementarität dieser Potenziale als Voraussetzung der strategischen langfristig orientierten Nachhaltigkeit des Zusammenwirkens von RF und China.

Im Kontext einer asymmetrischen Wirtschaftspartnerschaft mit China lässt der Kreml keine übermäßige Abhängigkeit von Peking zu. Die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit hat für Moskau absolute Priorität. Sie stellt z.B. sicher, dass die chinesischen Hersteller der russischen Industrie nicht schaden. Gleichzeitig gibt es Bedenken hinsichtlich der anhaltenden relativen Schließung des chinesischen Marktes für bestimmte Warengruppen aus der EAEU.

Russland ist hochinteressiert, das BRI-Projekt im Rahmen der Großen Eurasischen Partnerschaft in einer für sich günstigen Richtung zu nutzen. Um dies zu erreichen, hat es eine Reihe objektiver Vorteile. Es ist das einzige Land mit einer gemeinsamen Grenze sowohl mit China als auch mit der EU. Im Gegensatz zu allen anderen potenziellen BRI Strecken gibt es auf russischem Territorium ein funktionierendes Eisenbahnnetz. In den letzten Jahren hat die groß angelegte Modernisierung der Verkehrs- und Logistikinfrastruktur und der Bau neuer Straßen begonnen - für V. Putin ist dies eine der wichtigsten Aufgaben seiner neuen Amtszeit als Präsident (2018-2024). Unter seinen ehrgeizigen Zielen: um das Anderthalbfache des Frachtumsatzes von Transsib und BAM bis 2024 zu erhöhen, die

⁵ Russland ist nach China und Indien drittgrößter Aktionär in der Bank.

⁶ Die beiden Staaten haben zum 2019 klare Vorteile in gegenseitigen Beziehungen erreicht, darunter: Aufbewahrung der Freiheiten in den Partnerschaften mit Drittstaaten; einwandfreie / ausgewogene militär-technische und wirtschaftlichpolitische Kooperation; Positionierung als selbstständige geopolitische Kräfte/Zentren; Fähigkeit die Partnerschaft an die Lösung jeweiligen Aufgaben in bestimmten Regionen der Welt (Nah Osten, Lateinamerika, koreanischen Halbinsel) schnell anzupassen. S.: Russian-Chinese Dialogue: The 2019 Model: Report No. 46/2019 / [S.G. Luzyanin (Head) et al.; Zhao Huasheng (Head) et al.]; [I.S. Ivanov (Editor-in-Chief)]; Russian International Affairs Council (RIAC). – Moscow: NPMP RIAC, 2019. - 112 p.

Fahrzeit für Containerzüge zwischen dem Fernen Osten und der westlichen Grenze auf sieben Tage zu reduzieren, den Transit von Containerschiffen um das Vierfache zu vervierfachen. Darüber hinaus setzt der russische Staat seine eigene autonome Strategie zur Schaffung eurasischer Verkehrswege um: den Nord-Süd-Korridor in Richtung Indien; Projekte der Verbindung mit Japan und Südkorea.

Russland wurde nie Mitglied der chinesischen Belt and Road Initiative und wählte 2015 das Format der Beteiligung durch seine "Paarung" mit der Eurasischen Wirtschaftsunion. Dieses Format bestätigt die Gleichheit Russlands und Chinas: "Eine Großmacht kann nicht Teil der nationalen Strategie einer anderen Großmacht werden." Moskau hat Pekings Versuche, es in chinesische Initiativen hineinzuziehen, immer wieder sanft widergespiegelt / abgelehnt, wenn die Initiativen des Partners offen asymmetrisch aussahen oder in seine eigenen Initiativen eingriffen. So ist die russische Seite unzufrieden mit den Versuchen, die von Putin aktiv geförderte Nordseeroute als "Eisseidenstraße" darzustellen. Aus ihrer Sicht könnte die weit verbreitete Verwendung eines solchen Namens durch die Chinesen einen falschen Eindruck von Moskaus "Sekundärität" in der arktischen Zusammenarbeit erzeugen⁷.

Für Russland weist immer auf die Bestimmungen der Gemeinsamen Erklärungen mit China vom Juni 2018 und Juni 2019 hin, wo die beiden Seiten die Wichtigkeit der Zusammenarbeit auf der Grundlage der gleichberechtigten Beteiligung aller Länder an der globalen Governance, der Achtung des Völkerrechts, der gleichen und unteilbaren Sicherheit, der gegenseitigen Achtung und der Berücksichtigung der Interessen des jeweils anderen, der Nichtkonfrontation und -konflikts, Bildung einer gerechteren und rationaleren polyzentrischen Weltordnung vereinbart haben⁸.

Die gleichzeitige Umsetzung der Projekte von Moskau und Peking im Rahmen der Großen Eurasischen Partnerschaft beinhaltet eine Kombination aus Wettbewerb und Zusammenarbeit. Russland (sowie die EAWU als Ganzes) verfügt nicht über solche industriellen und finanziellen Möglichkeiten wie China, welches in seiner Strategie auf die Logik der transnationalen Integration setzt. Es bevorzugt daher die Logik der

⁷ Die Bedeutung der Zusammenarbeit für beide Länder ist so wichtig, dass Peking angesichts des Widerstands aus Moskau fast immer sich zurückzieht und einer Kompromissoption zustimmt. Dennoch sollte man zugeben, dass Chinas Position immer wird und es in Zukunft schwieriger werden könnte, solche "Angriffe" abzuwehren.

⁸ http://kremlin.ru/supplement/5312; http://www.kremlin.ru/supplement/5413 (Zugriff am 24.11.2019)

supranationalen Integration auf der Ebene der regionalen Institutionen. Dies ermöglicht es ihm, ein bedeutender wirtschaftlicher und politischer Partner für seine Nachbarn zu bleiben, vor allem für die zentralasiatischen Staaten, die sich auf Russland verlassen, um Chinas Hegemonie entgegenzuwirken. Moskau fördert die Vereinheitlichung des eurasischen Raums durch die EAWU, die ein politisches und wirtschaftliches Kontinuum von China bis Europa schafft. Einerseits verhindert die EAWU die direkten Kontakte zwischen China und Zentralasien. Andererseits ist sie eine verlässliche Brücke zwischen China und Europa.

Daher sind beide Staaten, indem sie ihre eigenen strategischen Probleme lösen, daran interessiert, im Rahmen der Großen Eurasischen Partnerschaft ein gemeinsames Ziel zu erreichen. Es besteht in einer Synergie der beiden Projekte durch die Schaffung eines neuen Raums der gemeinsamen Entwicklung, die auf dem eurasischen Transport und Logistik Gerüst basiert.

Für Russland ist es wichtig, diese Partnerschaft für die interne wirtschaftspolitische Transformation, für die Förderung der Integrationsprozesse in der EAWU (dadurch ihre Annäherung mit Europäischen Union in Bewegung zu bringen) und Erhöhung seiner Rolle im asiatisch-pazifischen Raum zu nutzen. Chinas Führung ist nicht dagegen. Der Erfolg aber hängt weniger von der Kooperation zwischen Russland und China ab, sondern mehr vom Verlauf der Reformen, die Präsident Putin und seine Mannschaft bis 2024 durchzusetzen haben. Und hier gibt es noch viel zu tun.



Detlev Hummel (Hrsg.)

EU's Connectivity in Times of Eurasian Dynamics

Dieses Buch dokumentiert eine Konferenz im Rahmen der "Ostpartnerschaften" der Universität Potsdam. Versammelt sind Beiträge von Wissenschaftlern aus Russland, Polen, Weißrussland, Italien und Deutschland. Dieser Austausch in Zeiten schwieriger politischer und ökonomischer Rahmenbedingungen bleibt wichtig, denn die Welt wird gerade neu geordnet. Die Europäische Union hat ihre Rolle noch nicht gefunden. Deutschland und Russland sollten aufgrund ihrer Bedeutung in verschiedenen Bündnissen der gemeinsamen Verantwortung in den Eurasischen Beziehungen gerecht werden.

WeltTrends, Potsdam 2020, 268 S. | ISBN 978-3-947802-44-9 | 24,90 €

"Ein neues globales Machtzentrum in einer multipolaren Welt"

Welt Trends-Interview mit Vladimir Norov, Generalsekretär der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ)

Herr Norov, der Rat der Staatsoberhäupter der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit hat Sie zum Generalsekretär der Organisation ernannt. Herzlichen Glückwunsch! Welche Schwerpunkte haben Sie sich für diese neue Funktion gesetzt?

Ich betrachte die Ernennung zum Generalsekretär der SOZ als Zeichen hohen Vertrauens und auch als besondere Verantwortung. In meiner künftigen Arbeit geht es mir um folgende Themen: *Erstens*, die Aktivierung der ökonomischen Zusammenarbeit. Bisher ist es den Mitgliedstaaten trotz aller Erklärungen über die Vertiefung der wirtschaftlichen Kooperation als einer der Prioritäten der SOZ nicht gelungen, multilaterale gemeinsame Projekte auszuarbeiten und umzusetzen. Die Kooperation auf diesem Gebiet ist am wenigsten entwickelt.

Zweitens geht es um die Einführung moderner, innovativer Technologien. Die Digitalisierung der Gesellschaft wird heute ein unumkehrbarer Faktor der Globalisierungsprozesse. Daher die Notwendigkeit, die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur gemeinsamen Realisierung innovativer Programme und Projekte zu vereinen. Diese Partnerschaft muss auf die Entwicklung und breite Einführung von Hochtechnologien, der digitalen Wirtschaft, alternativer Energien abzielen.

Drittens halte ich den Ausbau der Landwirtschaft für wichtig. Vor der internationalen Gemeinschaft und damit auch vor den SOZ-Ländern, in denen mit 3,2 Milliarden Einwohnern fast die Hälfte der Menschheit lebt, steht die Frage der Nahrungsmittelsicherheit. Besondere Beachtung verdient der auf dem Quingdao-Gipfel 2018 unterbreitete Vorschlag für "grüne Korridore" für den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten und die Entwicklung eines umfassenden Systems zur Verarbeitung von Landwirtschaftsprodukten. Der Beschluss zur Ausarbeitung eines Programmentwurfs für die Kooperation in der Nahrungsmittelsicherheit ist von besonderer Aktualität.

Im Westen wird die SOZ oft als "Gegengewicht" zur NATO apostrophiert. Wie sehen Sie die Rolle ihrer Organisation in Eurasien?

Diese Vorstellung erscheint mir grundfalsch. Die SOZ strebt nicht die Bildung einer Militärorganisation an, um die westliche Allianz auszubalancieren. Die NATO ist eine militärpolitische Vereinigung westlicher Staaten, die über ständig aktive Streitkräfte und Rüstungen verfügt. Im Unterschied dazu ist es Ziel der SOZ, das Zusammenwirken auf politischem, ökonomischem und kulturell-humanitärem Gebiet zu stärken. Die Mitgliedschaft großer Militärmächte, die über Kernwaffen verfügen – Russland, China, Indien und Pakistan – ist kein Grund dafür, die SOZ in eine militärpolitische Organisation zu transformieren. Die gemeinsamen antiterroristischen Militärübungen der SOZ stellen keine Bedrohung für irgendein Land dar. Erstens ist die SOZ gemäß ihrer Charta keine militärische Vereinigung, die Entwicklung einer Militärkomponente gehört nicht zu ihren Grundrichtungen.

Zweitens würde die Umwandlung der Shanghaier Organisation in einen militärpolitischen Block den Bestimmungen der 2015 auf dem Gipfel in Ufa angenommenen Entwicklungsstrategie bis 2025 widersprechen. In dem Dokument geht es um die Vervollkommnung der SOZ als vielseitige Regionalorganisation, jedoch nicht um die Formierung einer militärpolitischen Union. Und drittens entspricht die weitere Stärkung der SOZ als offene, außerhalb der Blöcke stehende Organisation den langfristigen Interessen aller Mitglieder der Organisation.

Wie kann die SOZ zur Lösung von Konflikten und zur Gestaltung einer neuen Sicherheitsstruktur in der riesigen Region zwischen Wladiwostok und Lissabon beitragen?

Die SOZ umfasst den größten Teil Eurasiens. Für die Stabilität des Kontinents ist die Organisation deshalb von großer Bedeutung. Nach dem Zerfall der Sowjetunion ist in Gestalt der Shanghaier Organisation ein einzigartiger Mechanismus entstanden, der mit Russland und China die führenden Staaten Asiens und fast alle Länder Zentralasiens vereint. Die regulären Kontakte auf allen Ebenen der SOZ – derzeit gibt es 28 Dialogforen – sind ein wichtiger Faktor für die gemeinsamen Anstrengungen und die Verhinderung von Missverständnissen zwischen den Mitgliedstaaten. Im Grunde ist die Shanghaier Organisation ein Forum, wo man ständig

"die Uhren abgleichen" kann. Zweifellos wird das Festhalten der Mitglieder an den Grundprinzipien der Offenheit, der Blockfreiheit und des Konsensus entscheidende Bedeutung für die Zukunft der Organisation, ihre Wirksamkeit und ihre Anziehungskraft haben. Jeglicher Versuch, diese Prinzipien zu revidieren, kann sich nicht nur negativ auf die Tätigkeit der Organisation auswirken, sondern auch zu ihrer Fragmentierung fiihren



Im Verlauf von fast zwei Jahrzehnten hat die Shanghaier Organisation einen wesentlichen Beitrag zur Gewährleistung von Sicherheit und Entwicklung in einer riesigen Region geleistet. Dazu nur einige Zahlen. Nach den Angaben der Regionalen Antiterroristischen Struktur (RATS) der SOZ wurden allein in den Jahren zwischen 2013 und 2017 etwa 600 terroristische Verbrechen im Vorbereitungsstadium unterbunden und mehr als 500 entsprechende Basen liquidiert. Auch die Tätigkeit von mehr als 2.000 Mitgliedern internationaler terroristischer Organisationen konnte gestoppt werden.

Lassen Sie mich daran anknüpfen. Ein wichtiges Ziel Ihrer Organisation ist die Bekämpfung des grenzüberschreitenden Terrorismus. Was wurde bisher erreicht? Welche Probleme gibt es?

In den letzten Jahren war ein beispielloses Wachstum des internationalen Terrorismus und Extremismus zu verzeichnen. Geopolitische Widersprüche verstärkten sich. Konflikte weiteten sich aus. Das hatte auch einen negativen Einfluss auf die Stabilität und die Sicherheit in der Region der SOZ. Gemeinsame Aktionen der SOZ-Mitglieder sind erforderlich, damit es eine Atmosphäre gibt, in der Terrorismus und Extremismus in allen Formen abgelehnt wird. Ich möchte nur auf die wesentlichen Herausforderungen und Bedrohungen im Raum der Shanghaier Organisation aufmerksam machen. Erstens sind Frieden und Stabilität in Afghanistan ein entscheidender Faktor der regionalen Sicherheit. Die weitere Instabilität Afghanistans zieht extremistische Gruppierungen aus anderen Weltregionen an, insbesondere angesichts des Rückzugs von Kämpfern aus Irak und Syrien. Zweitens wirkt sich der zunehmend schärfere Charakter des internationalen Terrorismus und Extremismus auch negativ auf die regionalen politisch-ökonomischen Beziehungen aus.

Die Lage in einigen instabilen Regionen zeigt, dass ein Machtvakuum günstige Bedingungen für die schleichende Ausdehnung des Extremismus und die Verbreitung des Terrorismus auf globaler Ebene schafft. Diese Gefahren werden unter den Bedingungen der Entwicklung moderner Informationsmöglichkeiten noch verschärft. So verwandelte sich das globale Internet in ein effektives Instrument zur Verbreitung extremistischer Ideen und zur Rekrutierung von Kämpfern in der ganzen Welt, vor allem unter der Jugend. Deshalb ist es wichtig, der Aufklärung der Jugend, ihrer geistigen und moralischen Erziehung besondere Aufmerksamkeit zu widmen und dabei auch die wahren Werte des aufgeklärten Islam zu fördern, die doch immer darauf gerichtet waren, Gutes zu tun, auf Frieden und Toleranz. Auf Initiative Usbekistans hat die SOZ einen Gemeinsamen Appell der Staatsoberhäupter an die Jugend und ein Aktionsprogramm zu dessen Umsetzung angenommen. Drittens vereint die Länder der Organisation das Interesse an der Gewährleistung der Sicherheit und die Notwendigkeit, gemeinsam den gegenwärtigen Herausforderungen und Gefahren entgegenzutreten.

Neben ihren acht Mitgliedern hat die SOZ vier Beobachterstaaten und sechs Dialogpartner. Wie läuft die Zusammenarbeit mit diesen Staaten? Werden demnächst weitere von ihnen Mitglieder werden?

Die Vertiefung der Partnerschaft mit den Beobachtern und Dialogpartnern ist eine wichtige Richtung für meine Arbeit. Die Ressourcen und Märkte der Beobachter sollten noch besser genutzt werden. Das fördert sowohl die gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit in Handel. Wirtschaft und anderen Feldern als auch die sozialökonomische Entwicklung in allen Ländern der Organisation. Der Astana-Gipfel nahm 2017 Indien und Pakistan als vollberechtigte Mitglieder auf, was davon zeugt, dass unsere Organisation immer mehr zu einem neuen globalen Machtzentrum in einer multipolaren Welt wird. Jetzt kommt es darauf an, die innere Konsolidation der Organisation voranzubringen, ihre Wirksamkeit bei der Reaktion auf aktuelle Sicherheitsprobleme in der Region.

Bei einer künftigen Erweiterung sollte vor allem folgendes beachtet werden: erstens die strikte Einhaltung des Konsensusprinzips - die Aufnahme neuer Staaten muss den Interessen aller Mitglieder entsprechen; zweitens die Einhaltung der für die Aufnahme neuer Mitglieder in den SOZ-Dokumenten vereinbarten Verfahren; drittens darf eine Erweiterung nicht zu einer verringerten Wirksamkeit der Organisation führen und schließlich dürfen viertens bilaterale Probleme beitretender Länder nicht in die Organisation verlagert werden. Manche Experten meinen, der Beitritt Indiens und Pakistans sei ein Präzedenzfall für die Erweiterung der SOZ-Mitgliedschaft und habe den Weg geöffnet für andere Staaten, die ebenfalls Mitglieder werden möchten. Ich denke aber, dass man die Dinge nicht überstürzen sollte. Es ist wichtig, dass die Aufnahme neuer Mitglieder schrittweise erfolgt, unter Berücksichtigung aller Vor- und Nachteile, damit in der Organisation problematische Fragen nicht überhand nehmen.

Zurück zur Kooperation in Wirtschaft und Handel. Welche Schwerpunkte sehen Sie auf diesem Gebiet?

Die Zusammenarbeit auf den Gebieten Sicherheit und Wirtschaft sehe ich als zwei Pfeiler für die Arbeit der SOZ an. Bisher steht das Thema Wirtschaftskooperation leider im Schatten der Aufmerksamkeit, die man der Zusammenarbeit im Kampf mit Terrorismus, Extremismus und



Separatismus widmet. Aber die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Kooperation ist nun mal eine dringliche Aufgabe. Deshalb sollten die Mitgliedsländer Regeln annehmen, um den Handel zu vereinfachen und den Zustrom von Investitionen in die Region zu erleichtern.

Um die Wirksamkeit der SOZ zu verbessern, erscheint mir ein direkter Dialog mit der Geschäftswelt wichtig. Da sollte es um konkrete Projekte gehen. In dieser Hinsicht denke ich, dass die Initiative Neue Seidenstraße günstige Bedingungen für die weitere Entwicklung der sozialen und industriellen Infrastruktur der SOZ-Länder schaffen wird. Aber es wird auch mehr Investitionen geben. Es geht mir um die Vergrößerung der Gütertransporte, die Erweiterung des Netzes von Schienenwegen, Straßen und Flugverbindungen, insgesamt also um eine moderne Infrastruktur. Meiner Ansicht nach nutzen die Mitglieder der Organisation die Transportmöglichkeiten bisher nicht im vollen Umfang. Deshalb hat die Inbetriebnahme neuer Transportwege strategische Bedeutung für alle SOZ-Länder, insbesondere die zentralasiatischen, die weit entfernt von den Seehandelswegen liegen.

Seit 2012 hat die Islamische Republik Afghanistan Beobachterstatus. Wie kann die SOZ noch stärker zur Lösung des Afghanistan-Problems beitragen? Könnten hier die besonderen Erfahrungen Ihres Landes, Usbekistans, genutzt werden?

Angesichts ihrer geografischen Nachbarschaft fördern unsere Mitgliedstaaten aktiv die friedliche Wiederherstellung des Landes. Die Organisation hat dafür ein großes Potenzial - das Territorium Afghanistans ist umgeben von Mitglied- und Beobachterstaaten der SOZ. Wir treten ein für ein unabhängiges, neutrales, friedliches und blühendes Afghanistan und unterstützen die zentrale und koordinierende Rolle der UNO bei den internationalen Anstrengungen und bei der Hilfeleistung für das afghanische Volk. Ziel der Kontaktgruppe SOZ - Afghanistan ist, den Dialog und die Zusammenarbeit zur Lösung des Afghanistanproblems zu fördern.

Für Usbekistan ist die Perspektive einer stabilen und nachhaltigen Entwicklung in Zentralasien untrennbar verbunden mit Frieden im benachbarten Afghanistan. Dabei sollten wir Afghanistan nicht so sehr als Problem betrachten, sondern als strategische Chance. Wenn wir Afghanistan in das System der Beziehungen auf dem Gebiet von Wirtschaft,

Handel, Transport, Kommunikation, Kultur und Gesellschaft einbeziehen, wird dies erheblich zur Normalisierung der Situation und zur Rückkehr des Landes in ein friedliches Leben beitragen. Die Zusammenarbeit unserer zwei Länder hat regulären Charakter angenommen. In jüngster Zeit haben sich die Präsidenten Schawkat Mirsijojew und Aschraf Ghani fünfmal getroffen. 2017 wuchs der Warenaustausch um 15 Prozent und betrug etwa 600 Millionen US-Dollar. Beide Länder schlossen beispielsweise Vereinbarungen über den Bau der Stromverbindung Surchan – Puli Chumri und der Eisenbahn Masar i Scharif – Herat. Anfang 2018 wurde im usbekischen Termes ein Bildungszentrum für afghanische Jugendliche eröffnet.

Was die politisch-diplomatische Ebene betrifft, so fand in Taschkent am 27.3.2018 eine Internationale Konferenz über Afghanistan statt, an der hohe Vertreter der UNO, NATO, EU, SOZ wie auch Russlands, der USA, Chinas, Deutschlands, Indiens, Pakistans, der zentralasiatischen und anderer Länder teilnahmen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte und übersetzte aus dem Russischen Hubert Thielicke. Die ungekürzte Fassung des Interviews finden Sie unter www.welttrends/ institut de



WeltTrends 147, Januar 2019

Machtpol Eurasiens

Jahrtausende lang stellte Eurasien das Zentrum der Weltpolitik dar, galt als Ursprung der Zivilisation, der Weltreligionen, des Handels und der Wissenschaft. Wichtige Länder dieser Region versammeln sich heute in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), deren Ziel eine gerechtere Weltordnung ist; was auch heißt, das Ungleichgewicht zugunsten des Ostens auszugleichen. Die AutorInnen widmen sich im Thema diesem Umstand und den zukünftigen Herausforderungen der SOZ, die neben einer stärkeren wirtschaftlichen Integration weiterhin in der regionalen Sicherheit liegen.

WeltTrends, Potsdam 2019 | ISBN 978-3-947802-01-2 | 4,80 €

"Muslimische Renaissance" im Zentrum Eurasiens

Soziokultureller und religiöser Perspektivenwechsel im eurasischen Umfeld

Arne C. Seifert

Die gängigen Diskurse über das Verhältnis Europas zu Eurasien¹, dessen Perspektiven, Projekte wie "Seidenstraße", regionale Strategien von OSZE und EU setzen auf die Beständigkeit des gegenwärtigen Stabilitäts- und Sicherheits-Status quo. Dabei scheinen sie denkbare Erschütterungen auszublenden, welche der Umgang mit der gegenwärtigen muslimischen Renaissance am eurasischen Kreuzweg, Zentralasien, zeitigen könnte. Bedrohlich ist vor allem deren Beeinflussung durch externe islamistische Indoktrination mit der geopolitischen Agenda: Zentralasien in ein "Kalifat Chorasan" zu integrieren, welches Afghanistan, Pakistan, Iran, das Wolgagebiet, den Nordkaukasus, Teile Sibiriens, Westchinas, Indiens und Bangladeschs umfasst.

Der folgende Text versteht sich als stimulierendes Plädoyer für die Anpassung an sich verändernde soziokulturelle Umfeldbedingungen eurasischer Kooperation. Untersucht wird primär Zentralasien als eurasischer geopolitischer Kreuzweg, dessen Staaten der OSZE als gemeinsame Klammer friedlicher Koexistenz und Zusammenarbeit angehören. In drei Abschnitten - Erkenntnisse, Einschätzungen, Umgang mit dem soziokulturellen Perspektivenwechsel - umreißt der Text im ersten die Komplexität und Tragweite der Islamisierungsproblematik anhand von Erläuterungen zu Islamisierung und säkularer Staat, Terrorgefährdung, islamistische Strömungen, Ursachen islamischer Renaissance. Die Einschätzungen verallgemeinern die empirischen Erkenntnisse mit Blick auf politische Erfordernisse für die innere Stabilität der Staaten. Teil drei ist Aspekten der politischen Anpassung an Konsequenzen der muslimischen Renaissance gewidmet.

Komplexität und Tragweite muslimischer Renaissance

Als sich die fünf jungen zentralasiatischen Staaten 1992 nach der Auflösung der UdSSR als souverän konstituierten, verstand sie der

¹ Als "Eurasien" definiert die OECD folgenden geographischen Raum: Afghanistan, Armenia, Azerbaijan, Belarus, Georgia, Mongolia, Republic of Moldova. Dieser Artikel bezieht sich auf jene Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit: Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan, Turkmenistan, Usbekistan. s://www.oecd.org/eurasia/countries/.

Westen in ordnungspolitischer Hinsicht als sozusagen säkularen "Appendix" einer säkularen Sowjetunion und nahm sie als Mitglieder der OSZE in seine Reihen auf. Aber bereits seit ca. zwei Jahrzehnten ließ sich im Kontext von Systemtransformation und Staatsformung eine Vitalisierung traditioneller konfessioneller Bindungen an den Islam beobachten, welche in der sowjetischen Periode geknebelt wurden. Inzwischen nahm jene Vitalisierung Massencharakter an: Von 57 Millionen Zentralasiaten bekennen sich 52.8 Millionen oder etwa



neunzig Prozent der Bevölkerung zum Islam.² Dieser Zulauf wird bei einem jährlich durchschnittlichen Bevölkerungszuwachs von 1,7 Prozent und einem dreißig prozentigen Jugendanteil unter 15 Jahren zukünftig weiter steigen. Die zentralasiatischen Gesellschaften können heute im Wesentlichen als muslimische gelten. Der Islam hat sich folglich «nationalisiert». Eine regionale Akademikerin qualifizierte diesen Prozess auch als "Emanzipation des Islams".

Die überwiegende Masse der Bevölkerung huldigt heute das freie Ausleben ihrer Religion als hohes Gut, dessen Beschneidung als Persönlichkeitsverletzung. Die Wurzeln jenes Prozesses sind primär autochthone, somit innenpolitisch nicht "schleifbar", von außen jedoch beeinflussbar, wie noch gezeigt wird.

Die Konfliktträchtigkeit zweier paralleler Vorgänge – die hohe Dynamik der islamischen Renaissance, Drängen auf Religionsfreiheit und Durchsetzen islamischer Werte, einerseits, und andrerseits der undemokratische, selbst die OSZE-Regularien3 für die Freiheit von Glaube und Religion missachtende Umgang der säkularen Regierungen mit der islamischen Problematik - geht mit dem Potential eines "Kulturkampfes" schwanger "als politisch-virulente Auseinandersetzung über die Art und

² Ausgenommen sind numerisch kleinere nationale, atheistische und religiöse Minderheiten.

³ Freedom of Religion of Belief and Security Policy Guidance, https://www.osce.org/odihr/429389?download=true.

Weise, wie die öffentliche Ordnung gestaltet werden soll".4 Das sollte als Zeitbombe ernstgenommen werden. Um diese Problematik schlagen jedoch sowohl die OSZE mit ihrer Strategie "Countering Violent Extremism and Radicalisation that Lead to Terrorism" (VERLT)", als auch die EU-Strategie "The EU and Central Asia - New Opportunities For a Stronger Partnership 2019" einen weiten Bogen. Sie übersehen die spezifischen sozialen Umfeldbedingungen einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit, welche diese zur überwölbenden Bezugsgröße und Erfolgsbedingung für wirkungsvolle Präventionsstrategien machen. Auch deren zentrale Säulen, wie Zivilgesellschaft, entsprechen nur noch bedingt dem westlichen Bilde, rekrutieren sie doch aus der muslimischen Mehrheit, was islamische Werte und Regeln zu unverzichtbaren Präventionsbrücken auch zu Anhängern radikaler islamistischer Positionen macht. Somit verändern sich die gesellschaftspolitische "Statik" des konzeptionelles Gebäudes der jetzigen Antiterrorstrategien, die im Wesentlichen westliche Binnensichten prägen.

Der Schwerpunkt dieser Strategie liegt auf der sicherheits- und militärpolitischen Dimension. "Much of the work that takes place on countering terrorism is located within the first that is, (the) political-military dimension", wie Peter Neumann, "Special Representative on Countering Radicalisation and Violent Extremism" des östereichischen OSZE-Vorsitzes 2017, bestätigte.⁵ Diese Mittelwahl ist berechtigt und unabdingbar, wo und wenn es Menschen vor Terror zu bewahren gilt und der Ausbreitung gewaltorientierter dschihadistischer Bewegungen vorzubeugen, wie Daesh oder Al-Qaida. Sie greift jedoch gegenüber der eigentlichen religiösen und ordnungspolitischen Kreuzwegsituation zu kurz, vor welcher die Region steht: zu verhindern, dass neo-salafistische Bewegungen die Hegemonie über den nicht abgeschlossenen Prozess islamischer Orientierungssuche - modern oder islamistisch – erringen, wie später erläutert wird. Letzteres birgt in sich Risiken bis zur Machtfrage "säkularer Staat oder Kalifat?", welche bereits einmal im tadschikischen Bürgerkrieg (1992/97) einen hohen Blutzoll forderte.

Säkularer Staat und islamischer Aufbruch

Die umfassende islamische "Renaissance" kann als fundamentaler Einschnitt der Unabhängigkeitsperiode der jungen zentralasiatischen Staaten verstanden werden. Er ist eine Zäsur für Beides, Säkularismus

⁴ Dieter Senghaas, Zivilisierung wider Willen, Suhrkamp, Frankfurt am Main 1998, S. 189.

^{5 ???????????????}

und Islam, mit denkbaren Rückwirkungen auf die ordnungspolitische Orientierung der Region, welche irreversibel muslimisch bleibt. Weil den Islam ein holistisches Religionsverständnis als unteilbare Einheit von Religion und Staat prägt, werden seine politischen Aktivisten, zurzeit noch eine Minderheit, ein alle Lebensbereiche durchdringendes Gesellschaftssystem einfordern. Die individuelle Verbundenheit von Muslimen mit dem Islam könnte das zum (säkularen) Staat schwächen. All das verändert die Bezugs- und Koordinatensysteme der säkularen Regierungen. Deren Umgang mit politischen, gesellschaftlichen und religiösen Problemen könnte in islamischen Dogmen einen Richter finden. Entweder vermag es die säkulare Staatsmacht, sich anzupassen oder ihr droht Selbstisolierung mit konfliktträchtigen Konsequenzen.

Unter religiösen, weltanschaulichen und politischen Gesichtspunkten ist folglich eine für beide Seiten schwierige Pluralität von Religions- und Staatsdoktrinen entstanden. Einerseits, auf islamischer Seite, eine religiös theologische Engführung durch die Dogmatik der Einheit von Gott, Glaube und Gemeinschaft, welche die weltliche Pluralität ablehnt. Andrerseits die säkulare Staatsmacht mit ihrer noch immer sowjetisch geprägten dogmatischen Säkularismusinterpretation. Ihr zufolge sind Staat und Religion voneinander zu trennen, was im Unterschied zum ursprünglichen europäischen Säkularismus steht, welcher voneinander Staat und Kirche trennt. Da jedoch im Islam zwischen Gott, Gläubigen und Umma, der irdischen Gemeinschaft, kein Platz für eine kirchlich institutionelle Bindung der Gläubigen ist, läuft die sowjetische Separierung des Staats von der Religion auf eine Entfernung des Staats von seiner religiös orientierten Bevölkerung hinaus. Ein säkularer Staat kann sich nicht von seinen religiösen Staatsbürgern trennen, sondern ist auf ein demokratisches, kooperatives Arrangement mit diesen angewiesen.

Obgleich den säkularen Regierungen nicht vorzuwerfen ist, sie würden Islam und Islamisierung nicht achten, fürchten sie beides zugleich als Quellen politischer Konkurrenz. Sie bemühen sie sich um Reaktionsmöglichkeiten, es ermangelt ihnen jedoch keinen effektiven, vor allem demokratischen, kooperativen Ansatz. Sie schwanken zwischen uneffektiver gesetzlicher Regulierung, Einmischung in religiöse Angelegenheiten, Beschränkung der Religionsfreiheit und Repression. Einige zählen sogar zu den international zehn Ländern mit den höchsten Verletzungen von Religionsfreiheit. Sie haben nicht verstanden, dass sich die Stärke des politischen Islams in den Misserfolgen der Staatsmacht begründet. Im Ganzen haben sie sich als hauptsächliche Handlungsrichtung für eine Strategie der "Versicherheitlichung" des Islams entschieden. Das steht im Konflikt dazu, dass der Hauptschlüssel zur Prävention islamischer Radikalisierung eine Reformierung der jetzigen Religionspolitik ist mit dem Ziel, zwischen säkularem Staat und Islam Brücken zu schlagen und deren Verhältnis demokratisch und partnerschaftlich zu modernisieren.

Terrorgefährdung und islamistische Strömungen

Die Niederlage des "Islamischen Staats" (IS oder Daesh) in Irak und Syrien bedeute keineswegs die Aufgabe seiner geopolitischen Agenda. Auf dieser nehmen Zentralasien sowie das angrenzende Nordafghanistan zentrale Plätze ein. In Letzterem zogen sich bereits fünf- bis sechstausend Kämpfer aus zentralasiatischen und angrenzenden Ländern zusammen. Darunter Kampferfahrene aus dem drittgrößten Kontingent ausländischer Kämpfer des "Islamischen Staats" in Irak und in Syrien. Sie könnten den Kern einer sich in Afghanistan bildenden vereinten internationalen Front von IS, Al-Qaida, Teilen der Taliban, Islamischer Bewegung Usbekistans u.a. bilden. Sie bedient sich einer Taktik des "einsamen Dschihad" mit Schläferzellen in einzelnen Ländern. Befürchtet wird auch, dass neue Technologien wie Drohnenangriffe zum Einsatz auf strategische Einrichtungen und zivile Infrastrukturen in Zentralasien kommen könnten, wie Partner in der Region einschätzen.

Die benachbarten Staaten nehmen diese Bedrohungen äußert ernst. So beriet ein Gipfeltreffen der Shanghaier Organisation am 13./14. Juni diesen Jahres in Bischkek, darunter Afghanistan, China, Indien Iran, Mongolei, Pakistan, über Gegenstrategien, erweiterte militärische Maßnahmen sowie Zusammenwirken im Rahmen des "Vertrags über kollektive Sicherheit". Die Russische Föderation beabsichtigt, ihre militärische Präsenz in Kirgisistan und Tadschikistan zu erweitern. Diese gewaltorientierten Bewegungen agieren in einem nicht konkurrenzlosen muslemischen Raum. Die sunnitische Strömung des Islams brachte in Zentralasien ihre spezifische Ausformung hervor. Das sind vornehmlich eine auf gesellschaftlichen Ausgleich orientierende hanafitische Rechtsschule⁶ sowie Scharia orientierte sufistische Bruderschaften. Diese könnten als religiöses Gegengewicht zu den vordringenden externen Bewegungen dienen, befinden sich jedoch, insbesondere die hanafitische, in theologischer und geistlicher Stagnation. Der säkulare Staat zögert damit, sie aus dieser Situation herauszuführen, ihre Theologen und Imame zu stärken, um mit ihnen ein modernes islamisches Gegengewicht zu den externen islamistischen Bewegungen zu entwickeln.

Davon profitieren insbesondere als "neofundamentalistisch" apostrophierte, zumeist arabisch bzw. pakistanisch gesteuerte salafistische Bewegungen. Ihnen sind die Partei Hizb at-Tahrir (Partei der islamischen Befreiung), die Bewegungen der Salafiyya sowie Tablīghī Jamā'at zu zuordnen. Sie sind in der Religion seit langem im Untergrund tätig, andere sogar legal, wie Tablīghī Jamā'at in Kasachstan. Ihr Bestreben ist, die Gesellschaft "von unten" mit Hilfe "ziviler" Methoden auf Graswurzelebene zu islamisieren. Es geht ihnen nicht um die eine oder andere Veränderung, sondern um eine Neuordnung des politischen Systems: neue Verfassung und ihr entsprechende Veränderungen in unterschiedlichen Politikbereichen, wie Bildung, Medien, Strafrecht, weltanschauliche Werte, Abwertung der Stellung von Frauen und Mädchen usw.

Jene "neo-fundamentalistische" Strömung ist als die unheilvollere einzuschätzen. Sowohl kurzfristig wegen ihres religiösen Hegemoniestrebens über den nicht abgeschlossenen Islamisierungsprozess und perspektivisch als ordnungspolitische Konkurrenz zur säkularen Konstitution der zentralasiatischen Staaten. Im Gegensatz zu gewaltsamen terroristischen Bewegungen agieren Salafisten personen-, familien- und gemeindebezogen geschmeidig individuell, weshalb sie weniger als Gefahr wahrgenommen werden.

Die Regierungen beherrschen mit ihrer sicherheits- und militärischen Orientierung zwar terroristische Randgruppen, es entgleiten ihnen jedoch die in der Mitte der Gesellschaften agierenden Salafisten. Die gesellschaftliche Breite aber, welche die "zivile" neofundamentalistische Radikalisierung im Blick hat, erweist sich somit als mehr oder weniger als "offene Flanke". Somit wird die Frage der religiösen Hegemonie über den Islamisierungsprozess – arabisch/pakistanisch salafistisch oder indigen zentralasiatisch hanafitisch - zu einer strategischen Schlüsselfrage.

Antriebe islamischer Renaissance, Politisierung und Radikalisierung

Eine im November 2015 in Wladikawkas, Hauptstadt der russischen Teilrepublik Nordossetien-Alanien, vorgestellte Studie stellte fest, dass sich von der Programmatik des IS insbesondere Angehörige aus den Jahrgängen ab 1991 angezogen fühlen. Diese sind unter Bedingungen geboren und aufgewachsen ohne überzeugende Staatsideologie, mit sinkendem Bildungsniveau, Zerbrechen sozialer Bindungen und Familien, ohne Arbeit, Geld, Möglichkeiten sozialen Aufstiegs, Perspektiven und Selbstverwirklichung. Aus diesem Kontext erklärt sich auch, dass insbesondere Jugendliche zum bevorzugten Werbemedium islamistischer Indoktrinierung zählen. Auch verdeutlicht die Studie, dass sowohl "islamischem Aufbruch", als auch religiöser Radikalisierung nicht die eine, monokausale Ursache zu Grunde liegt. Beides profitiert vielmehr von einer diffusen sozio-psychologische Massenbefindlichkeit, die sich aus einem krisenhaften Zustand des Beziehungsdreiecks Soziales, Religion, inadäquate Regierungsführung speist. Dieser Zustand ist vor allem Fehlsteuerungen der Transformationsprozesse, in erster Linie neoliberalen Methoden der Wirtschafts- und Sozialpolitik, geschuldet, welche heute die gesellschaftspolitische Krisendynamik in Zentralasien befeuern.

Auch regionale Untersuchungen zu den Motivationsursachen religiöser Idealisierung sehen darin einen kausalen Zusammenhang. "Die Motivationen" so die kasachstanische Soziologin Elena Burowa, "leiten sich aus einer von den Prozessen des sozialen Wandels erzeugten existenziellen Krise her. [...] Die menschliche Wahrnehmung wehrt sich gegen das Bewusstseinsvakuum indem es in der Religion Antworten auf weltanschauliche Fragen sucht."7 Im Gefolge von Transformation, so der Friedens- und Konfliktforscher Dieter Senghaas, "vervielfältigen sich Interessen, Identitäten, insbesondere Gerechtigkeitsvorstellungen und Wahrheiten." Senghaas beschreibt einen solchen Sachverhalt als "Fundamentalpolitisierung".8

Summarisch ist festzuhalten, dass die primären Ursachen und Motive für Radikalisierung und Andockansätze islamistischer Kräfte überwiegend im subjektiven Bereich liegen, vor allem der Regierungen.

⁷ Elena Burowa, Trends neuer Religiösität in Kasachstan: Erkenntnisse aus der soziologischen Praxis. Almaty 2014, Institut für Philosophie, Politologie und Religionswissenschaft, S. 42/43 (Übersetzung aus dem Russischen – A.S.)

⁸ Senghaas, a.a.O., S. 30.

Mit anderen Worten: Prävention wäre real möglich, hängt jedoch weitgehend von subjektivem Verständnis, Willen und Bereitschaft der relevanten Akteure ab. Im Vordergrund steht, die Politik der "Versicherheitlichung" des Islams, seiner Gemeinden, Eliten, Würdenträger und politischen Sprecher anstatt eines der Demokratisierung und Religionsfreiheit zu schaffen. Nicht weniger wichtig ist, Ursachen sozioökonomischer Defizite, durch staatliche Stützungsprogramme sozial schwacher Bevölkerungsgruppen, Stimulierung privatwirtschaftlichen sozialen Engagements, rechtliche soziale Steuerungsinstrumente und Wirtschaftsreformen zu überwinden. Hodscha Akhbar Turadschonsoda, Chefunterhändler der bewaffneten tadschikischen Opposition zur Beendigung des innertadschikischen Bürgerkriegs (1994/97) forderte, dass "anstelle der Frage, "wie Extremismus vernichten?" die Frage ,wie ist dem Auftauchen extremistischer Ansichten vorzubeugen?' ins Zentrum zu rücken sei."9

Einschätzungen

Nachdenken über Folgen und Konsequenzen jenes eingangs apostrophierten "soziokulturellen und religiösen Perspektivenwechsels" erheischt zunächst einige generelle Verallgemeinerungen. Deren Eingangsthese lautet: Der massenhafte Aufschwung des Islams in Zentralasien ist keine optionale, konjunkturelle Variabel, die zu berücksichtigen oder nicht zu berücksichtigen innerer Politik oder äußeren Partnern freigestellt ist. Daraus leitet sich ab, dass die islamische Renaissance nicht nur eine Perspektive hat, sie ist auch eng mit den weiteren Staatsformungsprozessen verbunden und wirkt auf sie zurück. Die Stabilität dieser Prozesse hängt davon ab, ob es gelingt, den nunmehr mehrheitlich muslimischen Staatsbürgern und ihrer Religion eine konstruktive Rollen zu zubilligen. Als Konsequenz daraus bekommt es auch jeder in diese Prozesse eingreifende äußere Akteur direkt oder indirekt mit Islam, Muslimen sowie deren politischen Eliten zu tun. Dabei wird es auch um Kollegialität, ja Vertrauen gehen, wofür die gängige europäische Islamphobie Gift ist.

Zu den grundsätzlichen Fragen zählt weiter die Tatsache, dass Strategien, die Stabilität, Sicherheit und demokratische Orientierungen

⁹ Vortrag von Hodscha Akhbar Turadschonsoda auf einem Symposium des Marshall European Center of Security Studies zu: "Enhancing the Security of States in a Multipolar World: Focus on Extremism", September 2000 (Material beim Verfasser, eigene Übersetzung).

stimulieren und konsolidieren wollen, unter den konkreten Bedingungen Zentralasiens um eine Koexistenz zwischen Säkularismus und Islam - nach innen im Staatsformungsprozess, nach außen im Verhältnis zu säkularen Nachbarn – nicht herumkommt. Die politikrelevanten Fragen daraus lauten: Wie lässt sich verhindern, dass unterschiedliche werte- und gesellschaftspolitische Orientierungen miteinander in Konflikt geraten? Was muss getan werden, um zu verhindern, dass Religion dabei an diesen Unterschiedlichkeiten politisiert wird und in radikal-islamistische Bewegungen umschlägt? Und schließlich: Wie können solche Bewegungen, sofern sie einmal entstanden sind, in eine friedliche, reformerische Richtung transformiert werden? Schließlich, wie es gelingen kann, den "Dialog mit Repräsentanten eines modernen demokratischen Islams über deren eigene Konzepte" zu entwickeln.¹⁰

Die Eingangsthese birgt eine Reihe für Europa sowie die gemeinsame politische Organisation der eurasischen Staatengruppe, OSZE, relevanter konkreter Schlussfolgerungen in sich:

Es gilt zu realisieren, dass zu ihren Mitgliedern eine regionale muslimische Staatengruppe zählt. Sie hat nunmehr ihren "eigenen" Islam. Konstitutionell verstehen sich die zentralasiatischen Mitgliedsstaaten zwar als säkular, doch ist vor dem Hintergrund islamischer Renaissance jene Orientierung nicht endgültig in Stein gemeißelt. Mit offenen möglichen Konsequenzen für den europäisch definierten Wertekonsens der OSZE. Letztere sollte folglich ohne weiteren Zeitverzug beginnen, an diese neue Konstellation den Erfahrungsschatz friedlicher Koexistenz anzuwenden demzufolge "alle Völker jederzeit das Recht (haben), in voller Freiheit, wann und wie sie es wünschen, ihren inneren und äußeren politischen Status ohne äußere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu verfolgen. "11 Konkret: Es gilt zu verhindern, dass sich im gemeinsamen eurasischen OSZE-Raum die schon fast traditionelle Negativfixierung Islam versus Säkularismus, Säkularismus versus Islam, Islam versus Westen und Westen versus Islam nachgerade "schicksalshaft" wiederholt. Noch ist dafür ein Zeitfenster offen.

¹⁰ Vortrag von Hodscha Akhbar Turadschonsoda auf einem Symposium des Marshall European Center of Security Studies zu: "Enhancing the Security of States in a Multipolar World: Focus on Extremism", September 2000 (Material beim Verfasser, eigene Übersetzung).

¹¹ Vergl. Arne Seifert, Dialog und Transformation, 25 Jahre OSZE- und Zentralasienforschung, Nomos, Baden Baden 2017, S. 139.

Misstrauensdilemma – Zum Umgang mit dem soziokulturellen Perspektivenwechsel

Dass ungesteuertem soziokulturellem Pluralismus die Gefahr immanent ist, in Kulturkampf¹² auszuarten, verdeutlicht in Zentralasien ein tiefes "Dilemma des Misstrauens" zwischen säkularer Staatsmacht und politischem Islam. In seinem Zentrum steht die Machtfrage. Um sie entbrannte 1992 in Tadschikistan, unmittelbar nach der Staatsgründung, ein desaströser Bürgerkrieg. Sie blieb selbst noch nach einem Friedensvertrag (1997) virulent, welchen die säkulare Regierung und die Vereinigte Tadschikische Opposition (VTO) mit der "Partei der islamischen Wiedergeburt" (PIWT) als stärkste politische Kraft miteinander schlossen. Vermittler waren die UNO, Russland und Iran.

Jenes "Dilemma des Misstrauens" speist sich vor allem aus dem Fehlen von Garantien davor, dass die eine oder andere Seite, nachdem sie an die Macht gekommen ist, den unerwünschten Partner über Bord werfen könnte. So befürchten die säkularen Führer, dass die islamische Partei im Falle einer Machtergreifung auf demokratischem, parlamentarischem Weg den Aufbau eines theokratischen Staates in Angriff nimmt. Umgekehrt besorgt die islamischen Führer nicht nur, dass ihre Organisationen verboten werden könnten. Sie befürchten auch, dass selbst die Legalität ihrer Parteien deren Existenzperspektive in den politischen Strukturen des Staates nicht ausreichend garantiert, solange dieser Staat für sich die Frage der Koexistenz mit den politischen Vertretern des Islam im Kontext eines nationalen, demokratischen Staates nicht geklärt hat. Das heißt, die Befürchtungen der politischen Vertreter des Islam laufen auf Unsicherheit in der Frage hinaus, ob ihnen die säkulare Macht eine gleichberechtigte Perspektive im eigenen nationalen Staat garantiert. Dieselben Befürchtungen existieren bei ihnen auch in Bezug auf den euro-asiatischen Raum und seiner Organisationen, wie die OSZE.

Diesen Verdacht bekräftigte ein Verbot der Partei der islamischen Wiedergeburt Tadschikistans im Jahr 2015. Unter dem Vorwand einer terroristischen Organisation wurden die Funktionäre der ehemaligen Friedenspartnerin eingekerkert. Der säkulare Friedenspartner machte sich selbst erneut zum Feind, ignorierend, dass die PIWT ihren Weg in den Parlamentarismus fand und sich für ein partnerschaftliches Verhältnis zur

OSZE aussprach.¹³ Dieser Vorgang, seine Brutalität sowie die europäische Quasitolerierung des Verbots verunsicherten zentralasiatische islamische Politiker nachhaltig. Sie überzeugten diese davon, dass mit demokratischer Kompromissbereitschaft gegenüber den säkularen Regierungen, ja sogar Verzicht auf militärische Mittel, weder einen gleichberechtigten Platz im politischen System, noch Religionsfreiheit in der eigenen Heimat erzielbar sind. So weitete sich das "Misstrauensdilemma" auch auf Europa aus. Für diese Politiker ist inzwischen fraglich, ob europäische OSZE-Staaten islamische Parteien anerkennen würden, die mit demokratischen Mitteln an die Macht kommen.

Diese Vorgänge verdeutlichen exemplarisch, dass und wodurch zivilisatorische, soziokulturelle Gegensätze in Antagonismen und dschihadistischen Extremismus umschlagen können. Europa und vor allem die OSZE als gemeinsame eurasische Klammer friedlicher Koexistenz wären gut beraten, den Islamisierungsprozessen im eurasischen Zentrum, aber auch anderen muslimischen post-sowjetischen Regionen gesteigerte Aufmerksamkeit zu widmen. Es handelt sich um Regionen, die sich in einen Kampfplatz mehrerer islamistischer und dschihadistischer Bewegungen verwandeln, in denen diese um Einfluss auf die eurasische Nachbarschaft Europas, Russlands und Chinas ringen. Für Zentralasien besteht als Teil der islamischen Welt die Gefahr, zu derem Manövrierraum zu werden.

Die OSZE als die umfassendste eurasische Sicherheitsorganisation mit ihrem kooperativen, inklusiven und konfliktpräventiven Selbstverständnis sollte sich fragen, wie die Beziehungen zu Staaten, ja ganzen Regionen mit muslimischen Bevölkerungsmehrheiten aussehen könnten. Dies müsste im Konsens mit allen Mitgliedstaaten geschehen, zentralasiatische regierende säkularen Eliten sowie das Spektrum islamischer Vertreter eingeschlossen. Aufbau säkular-islamischen Vertrauens ist der Schlüssel zur Prävention religiöser Radikalisierung. Dafür wäre ein Ansatz nach der Formel geeignet: Kooperation dort, wo beider Positionen übereinstimmen, friedlich koexistieren, wenn Meinungsverschiedenheiten oder Widersprüche zu tief gehen. Anhand einer solchen Formel könnte die "OSZE dazu beitragen, die Tür für den Dialog zwischen säkularen und islamischen Eliten und Vertretern der Zivilgesellschaft zu öffnen. Zu diesem Zweck kann die OSZE alle an der Aufrechterhaltung der Stabilität

Interessierten, einschließlich säkularer und reformistischer islamischer Kräfte, zusammenbringen. Obwohl dieses Problem verschiedene Staaten auf unterschiedliche Weise betrifft, könnte die OSZE das Misstrauen zwischen säkularen Politikern und dem politischen Islam angehen."14

Ausklang

Die abschließenden Worte sollen regionalen Ursprungs sein: "Der Islam ist zu einem Bestandteil des Staates geworden und möglicherweise auch zu einem der wichtigen Bestandteile zentralasiatischer Staatlichkeit neuen Typs auf regionaler Ebene. In Bezug auf die evolutionäre Ausbreitung des Islam stellt sich die Frage, ob, wie und unter welchen Bedingungen dieser Prozess zu einer politisch aufständischen Dynamik führen kann und ob dies zum Verlust der Loyalität der Mehrheit der gläubigen Bevölkerung gegenüber dem Staat führt. Für die muslimische Gemeinschaft wiederum ist es wichtig zu bestimmen, inwieweit gegenseitige Beeinflussung dazu beitragen kann, die Regierungsstrukturen zu stärken und die Möglichkeiten für den weiteren Staatsaufbau zu erweitern."

14 Begriff sie FN 4, S. 2.



WeltTrends 108, Oktober 2015

Politischer Islam

Beim Politischen Islam geht es um eine gesellschaftspolitische Ideologie, die sich auf islamische Referenzen stützt. Unsere Autoren zeigen, wie im Zuge des "Arabischen Frühlings" unter dem Deckmantel des Politischen Islam Regionalmächte um die Vorherrschaft im Nahen und Mittleren Osten ringen. Dabei ist der IS weder ungewollt entstanden, noch geht es ihm um ausschließlich religiöse Ziele. Der Islam und die konfessionelle Unterscheidung zwischen Schiiten und Sunniten werden instrumentalisiert, um die Region politisch neu aufzuteilen und den Einfluss säkularer Regime zurückzudrängen.

> WeltTrends, Potsdam 2015 ISSN 0944-8101 | 4,80 €

Gemeinsame Interessen, divergierende Positionen

Deutschland, die Europäische Union und China

Beata Molo

Seit Ende der 1990er Jahren verstärken die Europäische Union und die Volksrepublik China ihre gegenseitigen Beziehungen, was in der Ausweiterung der Zusammenarbeit.

1998 wurde "der strategische Dialog" beschlossen, inklusive jährlicher Gipfeltreffen EU-China. Am 1. März 2002 veröffentlichte die Europäische Union ihr 1. Strategisches Programm für die Jahre 2001-2006, in dem die wichtigsten Probleme, die gelöst werden müssen, genannt wurden. Die Notwendigkeit die Politiken der EU und China auf vielen Gebieten zu koordinieren wurde im Grundsatzpapier der Kommission vom 10. September "Die Beziehungen EU-China: Gemeinsame Interessen und Aufgaben in einer heranreifenden Partnerschaft" betont.¹ Auf dem Gipfeltreffen im September 2006 wurde die Entscheidung über die Aufnahme der Verhandlungen über ein neues EU-China Partnerschafts- und Kooperationsabkommen getroffen, dass das seit dem Jahre 1985 geltende Abkommen über die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit ersetzen sollte. In der am 24. Oktober 2006 durch die Europäische Kommission bekanntgegebenen Mitteilung "Die Beziehungen EU-China: Mit der engeren Partnerschaft wächst die Verantwortung" wurde auf die Entwicklung der Zusammenarbeit sowie die zunehmende Bedeutung der EU und Chinas auf der internationalen Bühne hingewiesen². Ein zweites strategisches Programm für die Jahre 2007–2013 hob hervor, dass EU und China gleichberechtigte Partner sind, und ihre Beziehungen sich zur Partnerschaft entwickelt haben, die auf politischem Dialog, wirtschaftlicher und handelspolitischer Zusammenarbeit und sektoralem Dialog beruht.

Gemeinsame Interessen

Die geschlossenen Abkommen führten zur Intensivierung der Beziehungen EU-China. Das war vor allem die Konsequenz der wirtschaftlichen

¹ Die Erwartungen islamischer Organisationen an die Zentralasienpolitik der OSZE, PIWT-Forschungszentrum "Dialog", Anna Kreikemeyer, Arne C. Seifert, Zur Vereinbarkeit von politischem Islam und Sicherheit im OSZE-Raum, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2002/03, DSF Band 151, S. 267/76.

² Towards a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community – From Vision to Reality, Network of Academic Institutions of OSCE member states, Hamburg, Paris, Moscow, Warsaw 2012, S. 24.

Entwicklung und der zunehmenden Bedeutung China auf internationaler Ebene, und somit des Aufbaus des eigenen politischen Einflussbereichs. Die Grundvoraussetzung für die dynamische Entwicklung der Beziehungen sind die gemeinsamen Interessen von China und der EU in der multipolaren Welt, die sich auf den Multilateralismus und nachhaltige Entwicklung konzentrieren. Erstens wird auf die Unterschiede in der Vision der multipolaren Welt, auf die für die EU entscheidende



Bedeutung der internationalen Organisationen, und für China - Rückgriff auf die Mächte mit gleicher Position und Bedeutung hingewiesen. Zweitens wird das Potenzial für die Zusammenarbeit zwischen der EU mit China u. a. im Bereich der CO2-neutralen Energiequellen und der umweltfreundlichen Hochtechnologie betont.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit ist das Fundament und zugleich das wichtigste Element der Beziehungen zwischen der EU und China. Die Gesamtbilanz der Handelsbeziehungen ist deutlich vorteilhaft für China. Im Jahre 2018 lag das Handelsdefizit der EU mit China bei 185 Mrd. Euro. In diesem Jahr war China mit 11 Prozent der zweitgrößte (nach den USA, 21 Prozent) Importeur von Waren aus der EU und der größte Exporteur von Waren in die EU (20 Prozent), vor den USA (13 Prozent), Russland (8 Prozent), der Schweiz (6 Prozent) und Norwegen (4 Prozent). Die größten Exporteure nach China waren Deutschland (93,7 Mrd. Euro), Großbritannien (23,4 Mrd. Euro) und Frankreich (20,9 Mrd. Euro). Die größten Importeure von Waren aus China waren dagegen: Holland (85,3 Mrd. Euro), Deutschland (75,5 Mrd. Euro) und Großbritannien (53,3 Mrd. Euro). Nur Deutschland hatte mit 18,3 Mrd. Euro einen bedeutenden Handelsüberschuss mit China; 25 EU-Mitgliedsstaaten hatten jedoch ein Handelsdefizit, insbesondere Holland (74,2 Mrd. Euro), Großbritannien (30 Mrd. Euro) und Italien (17,6 Mrd. Euro)3.

³ Politisches Grundsatzpapier der Kommission zur Vorlage im Rat und im Europäischen Parlament, Die Beziehungen EU-China: Gemeinsame Interessen und Aufgaben in einer heranreifenden Partnerschaft, KOM(2003) 533.

Die Ziele der EU-Politik gegenüber China sind gegenseitige Vorteile in den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu erreichen. China ist für die EU ein bedeutender Investitionsmarkt. Aus Sicht der EU ist dabei die Gegenseitigkeit und Gewährleistung des fairen Wettbewerbs wichtig. Diese Fragen werden insbesondere im Zusammenhang mit den Arbeiten am Abschluss der seit dem Jahre 2013 verhandelten Investitionsvereinbarung ausgedrückt. Überdies bemüht sich die EU die Zusammenarbeit mit China in den Angelegenheiten der Auslands- und Sicherheitspolitik zu intensivieren, wozu das im Jahre 2013 vereinbarte "Strategische Agenda 2020 für die Zusammenarbeit zwischen der EU und China" gut ist. Es bezieht sich auf folgende Gebiete: Frieden und Sicherheit, Wohlstand, nachhaltige Entwicklung und zwischenmenschliche Kontakte4. Es setzt u. a. die Kooperation bei der Entwicklung der Infrastruktur durch die gemeinsame Finanzierung und Umsetzung von Projekten voraus. Die EU versuchte auch - bisher erfolglos - eine kohärente Politik gegenüber China auszuarbeiten.

Veränderte Position zu China

China wurde viele Jahre als wichtiger Wirtschaftspartner betrachtet und die Zusammenarbeit mit ihm brachte Vorteile für die größten europäischen Exporteure (hauptsächlich den deutschen). Jedoch hat sich Ende des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts die Einstellung der EU zu China geändert. Dies fand seinen Ausdruck in der Mitteilung der Europäischen Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für die Auslands- und Sicherheitspolitik vom 12. März 2019 "EU-China - strategische Perspektiven", in welchem China als "ein Systemrivale, der alternative Governance-Modelle propagiert" und "ein wirtschaftlicher Konkurrent in Bezug auf technologische Führung" genannt wurde. China wurde aufgefordert mit der unfairen Behandlung der europäischen Unternehmen und mit den Investitionspraktiken aufzuhören, welche die Rechtsstaatlichkeit in den Empfängerländern bedrohen und das Risiko erhöhen diese in Schulden zu stürzen. Im Dokument wurde zu mehr nachhaltigen und gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen aufgefordert und dabei festgestellt, dass China seinen Markt ausschließlich für eigene Leader schützt sowie den Zugang der ausländischen Unternehmen zum Markt begrenzt indem es

⁴ Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, Die Beziehungen EU-China: Mit der engeren Partnerschaft wächst die Verantwortung, KOM(2006) 631.

lokale Konkurrenten subventioniert und Rechte des geistigen Eigentums nicht bewahrt. Es wird versucht Druck auf China auszuüben u. a. durch die Erarbeitung des gemeinsamen Ansatzes zur Sicherheit des 5G-Netzes, um die kritische Infrastruktur zu schützen⁵.

Trotz der kritischen Einstellung zu China bemüht sich die EU um Kooperation. Im Zusammenhang mit den Änderungen in der US-Außenpolitik während der Amtszeit von Donald Trump, bleibt China der Schlüsselpartner der Europäischen Union in der globalen Klimapolitik und bei der Förderung des freien Handels. Die Zusammenarbeit entwickelt sich auf manchen Gebieten dynamisch, z. B. Beteiligung der EU und der Volksrepublik China an der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens von 2015. Interessenkonflikte gibt es vor allem beim Handel, bei den Investitionen sowie bei der Menschenrechtsproblematik. Voraussetzung für die Annahme der rechtlich normierten Investitionen von China in der EU ist, dass die Unternehmen aus den EU-Mitgliedstaaten vergleichbare Bedingungen für ihre Investitionen auf dem chinesischen Markt haben und dass es zu mehr Ausgeglichenheit im gegenseitigen Handel kommt.

Angesichts des Handelskriegs mit den USA, ist China gegenüber der EU nachgiebiger, was sich in den Ergebnissen des 21. EU-China-Gipfels im April 2019 widerspiegelt. Es wurde u. a. die Annahme der Absichtserklärung über einen Dialog im Bereich der Kontrolle staatlicher Beihilfen und des Systems zur Kontrolle des fairen Wettbewerbs vereinbart. In Bezug auf die Zusammenarbeit im Bereich Handel und Investitionen, bestätigten die EU und China die Bereitschaft sich gegenseitig einen breiteren und nichtdiskriminierenden Zugang zum Markt zu beschaffen. Es wurde ein Mechanismus für die Überwachung der Fortschritte in den Verhandlungen über die Investitionsvereinbarung eingeführt. Diese Verhandlungen sollen im Jahre 2020 abgeschlossen werden⁶.

Bilaterale Beziehungen zu China

Die bilateralen Beziehungen der EU-Mitgliedstaaten mit China sind die zweite Ebene der Kontakte zwischen China und der EU. Diese werden in gewissem Maße unabhängig von der europäischen Politik entwickelt, was Schwierigkeiten in der Beibehaltung der Kohärenz der EU in der Einstellung zu China bereitet. China ist bemüht, sich auf die bilateralen

⁵ Imports, exports and trade balance in goods between the EU and China, 2008-2018, Eurostat, March 2019.

⁶ EU-China 2020 Strategic Agenda for Cooperation, https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/20131123.pdf.

Beziehungen mit den EU-Mitgliedstaaten zu konzentrieren, um die kritische Haltung der EU abzuschwächen. Zu diesem Ziel nutzt China Formate wie "17+1" oder Besuche hochrangiger chinesischen Führungskräfte in den einzelnen Staaten, um beispielsweise Investitionen im Rahmen der Neuen Seidenstraße anzubieten.

Deutschland gehört zu den EU-Mitgliedstaaten, die vorsichtiger gegenüber China sind und neben dem Nutzen aus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch die mit der expansiven chinesischen Politik verbundenen Risiken bemerken.

In den Wirtschaftsbeziehungen von Deutschland und China zeigt sich Asymmetrie. Im Jahre 2018 war China mit dem Umsatz in Höhe von 199,3 Mrd. Euro der wichtigste Handelspartner der Bundesrepublik. China war der drittgrößte Abnehmer deutscher Waren, nach den USA (113,5 Mrd. Euro) und Frankreich (105,3 Mrd. Euro). In Deutschland sind ca. 900 chinesische Unternehmen tätig, in China sind dagegen rund 5.200 deutsche Firmen7. Im Jahre 2011 wurde China als erstes Schwellenland in den Kreis der Länder einbezogen, mit denen Deutschland regelmäßige Regierungskonsultationen abhält. Die Interessen Deutschlands konzentrieren sich auf die Gewährleistung gleicher Konkurrenzbedingungen und einen breiten Zugang zum chinesischen Markt für ausländische Investoren, inklusive die deutschen. Der Zugang zum chinesischen Markt ist auf vielen Gebieten beschränkt. Jeder, der in China investieren möchte ist oft gezwungen joint ventures mit chinesischen Partnern zu gründen. Angesichts des Interesses chinesischer Investoren, Unternehmen mit Schlüsseltechnologien zu übernehmen, ist es das Ziel der Bundesregierung, sich vor ausländischen Investoren zu schützen, die solche Unternehmen übernehmen, insbesondere in sicherheitsrelevanten Bereichen.

Man kann über eine fast ideale Komplementarität der deutschen und chinesischen Wirtschaft sprechen: China braucht Technologie und Deutschland braucht Märkte. Deutschland entwickelt die Industriezweige, die China in strategischer Hinsicht für wichtig hält, wie Automobilindustrie, erneuerbare Energien und fortgeschrittene Technologien. Es wird geschätzt, dass der Wettbewerb zwischen Deutschland und China in

⁷ Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat und den Rat, EU-China - strategische Perspektiven, Europäische Kommission, Hoher Vertreterin der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik, JOIN(2019) 5.

diesen Sektoren wachsen wird.8 Dennoch wird die zunehmende gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit zwischen Deutschland und China zu einer Grundlage der politischen Beziehungen. Aufgrund des militärischen Potenzials kann China ein wesentlicher Partner im Bereich internationaler Sicherheit sein. Die gemeinsamen Interessen von Deutschland und China beziehen sich auf die internationalen Maßnahmen für den Frieden in Syrien und Afghanistan, politische Lösung der koreanischen Frage, Beibehaltung von Iran-Atomabkommens (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPoA) sowie Umsetzung des Pariser Klimaabkommens.

Die Partnerschaft mit Deutschland wurde für China zur Methode für die Entwicklung der Beziehungen mit der Europäischen Union. Aus Sicht der EU die Beziehungen von Deutschland mit der Volkrepublik China sowohl eine Chance, als auch eine Herausforderung für die EU-China Zusammenarbeit. In diesem Zusammenhang wurden Bedenken geäußert, dass Deutschland die Beziehungen mit China zur Umsetzung der eigenen wirtschaftlichen Interessen auf Kosten der EU-Interessen nutzen würde. In den letzten Jahren hatte Deutschland oft eine andere Einstellung als die Europäische Union, wie der Widerspruch gegen die Einführung der Antidumpingzölle im Jahre 2013 durch die Europäische Kommission auf die Einführung von Solarzellen und Solarmodulen aus China. Es wurde vorgebracht, dass die Solarelemente unterhalb der Kosten verkauft würden, was eine Beherrschung des Unionsmarkts zur Folge hätte.

Deutschland ist sich jedoch der Notwendigkeit bewusst, eine kohärente EU-Position gegenüber China zu entwickeln. Dies zeigt sich in der Herangehensweise an das Problem der Möglichkeit, Übernahmen von Unternehmen aus EU-Mitgliedstaaten durch chinesische Investoren zu kontrollieren und relevante rechtliche Lösungen auf EU-Ebene zu verabschieden. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie legte einen Vorschlag zur Änderung der Vorschriften vor, welche vorsieht, dass der Schutzbereich der Unternehmen aus der EU vor den Übernahmen durch die Investoren aus Drittländern erweitert werden kann. Diesem Vorschlag zufolge könnten die EU-Institutionen die Transaktion für Unternehmen mit "Schlüsseltechnologien, die für den weiteren industriellen Fortschritt in Europa wichtig sind", blockieren.9

⁸ Der EU-China-Gipfel: Wiederherstellung des Gleichgewichts im Rahmen der strategischen Partnerschaft, 09.04.2019, Europäische Kommission, Pressemittteilung.

⁹ Deutschland und China: bilaterale Beziehungen, 21.03.2019, Auswärtiges Amt.

China braucht neue, aus dem Ausland, auch aus der EU, gewonnene Technologien. Daher der Versuch, High-Tech-Unternehmen oder strategischer Infrastruktur zu übernehmen. Als Antwort nahm die EU entsprechende Maßnahmen vor, um die Investitionen besser kontrollieren und eventuell blockieren zu können. Am 14. September 2017 hat die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Regulierung ausländischer Direktinvestitionen im Kontext ihrer Auswirkungen auf die Sicherheit und die öffentliche Ordnung in der EU vorgelegt. Der neue EU-Rahmen für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen ist am 10. April 2019 in Kraft getreten. Sie sollen einen Kooperationsmechanismus schaffen, durch den die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission Informationen austauschen und Bedenken in Bezug auf bestimmte Investitionen äußern können. Darüber hinaus sollen sie der Europäischen Kommission die Möglichkeit geben, Stellungnahmen abzugeben, "wenn eine Investition die Sicherheit oder die öffentliche Ordnung in mehr als einem Mitgliedstaat gefährdet oder die Durchführung eines Projekts oder Programms von Interesse für die gesamte EU beeinträchtigt". Der neue Rahmen schafft Anforderungen für die EU-Mitgliedstaaten, die den Überwachungsmechanismus auf nationaler Ebene beibehalten oder einführen möchten. Die EU-Staaten haben auch das letzte Wort bezüglich der Angelegenheit, ob die gegebene Investition auf ihrem Gebiet zustande kommt (ausgeführt wird).10

Übernahmen, beziehungsweise Versuche der Übernahmen der strategischen deutschen Unternehmen führten zu einer Änderung der Haltung der Bundesregierung zu chinesischen Investitionen. Die Bundesregierung wurde kritisch in Bezug auf diese Investitionen auf dem deutschen Markt; man begann auf das Risiko des Kaufs der Unternehmen aus den Schlüsselsektoren der deutschen Wirtschaft hinzuweisen, und somit auf die Möglichkeit die Kenntnisse über fortgeschrittene Technologien zu erlangen. 2017 wurden sowohl die Liste der Sektoren, die die staatliche Sicherheit und die öffentliche Ordnung in Deutschland treffen, erweitert und ebenfalls die formalen Anforderungen erhöht. Im Juli 2018 zog sich Yantai Taihai vom Kauf von Leifeld Metal Spinning zurück, einem Hersteller von Maschinen und Ersatzteilen, einschließlich für die Luftund Raumfahrtindustrie. Dies lag an der Ankündigung der deutschen

¹⁰ H. Kundnani, J. Parello-Plesner, China and Germany: Why the Emerging special Relationship Matters for Europe?, ECFR/55, May 2012.

Behörden, die Transaktion aus Sicherheitsgründen zu sperren, da sich herausstellte, dass das chinesische Unternehmen mit dem Nuklearsektor verbunden ist und seine Aktivitäten militärischen Zwecken dienen könnten. Ein anderes Beispiel bezieht sich auf zweimalige Verhinderung des Kaufs von Aktien des Übertragungsnetzbetreibers 50Hertz durch das chinesische Fonds SGCC.

Diese Maßnahmen können als Signal interpretiert werden, dass Deutschland chinesischen Investoren nicht zustimmen wird, wenn sie die Tatsache ausnutzen, dass der Markt sehr offen ist, insbesondere in Bezug auf Technologie und strategisch wichtige Bereiche. Die chinesischen Investoren versuchten weiter, trotz der eingeführten Änderungen, deutschen Unternehmen zu übernehmen, deswegen wurde am 19. Dezember 2018 eine weitere Novellierung der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) beschlossen. Im Falle des Erwerbs der Firmen-Aktien durch die Investoren außerhalb der EU, wurde der Anteil an Aktien, von dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie auf 10 Prozent (vorher 25) gesenkt.11

In Deutschland verändert sich allmählich die Wahrnehmung der wachsenden Macht von China. Es wurde darauf hingewiesen, dass die EU-Mitgliedstaaten eine gemeinsame Außenpolitik gegenüber China betreiben müssen, während die Zusammenarbeit der VR China mit ausgewählten Mittel- und Osteuropäischen Ländern im Rahmen der Neuen Seidenstraße-Initiative eine Bedrohung für die Einheit der EU darstellt. In diesem Zusammenhang werden auch Fragen zu den Auswirkungen Chinas auf die EU-Politik aufgeworfen, da China die 17+1-Initiative für politische Zwecke nutzt, d. h. um Unterstützung für seine Opposition gegen Unilateralismus, Protektionismus und Handelskrieg zu erhalten. Darüber hinaus werden kritische Stimmen über 17+1-Initiative durch seine Wahrnehmung in Deutschland als Mittel zur Steigerung der chinesischen Investitionen in Mittel- und Osteuropa hervorgerufen, was häufig deutschen Interessen zuwiderläuft. Es wird eingeschätzt, dass häufige Treffen im Rahmen des Formats den Versuch darstellen, Mittel- und Osteuropäische Länder in die politische und wirtschaftliche Einflusszone von China einzubeziehen, was die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands beeinträchtigen könnte.

Was muss Deutschland beachten?

Bei der Entwicklung der Beziehungen mit China muss Deutschland zwei Fragen berücksichtigen: erstens, der bestehende Widerspruch zu Interessen der Union als Ganzes und zweitens, die Möglichkeit, dass Deutschland China zur Verwirklichung eigener Ziele nutzt. Das Ziel von China ist, nach Verbündeten in der EU im Zusammenhang mit den die chinesische Wirtschaft negativ beeinflussenden Maßnahmen zu suchen. China versucht die Spannungen in den transatlantischen Beziehungen zu nutzen, z. B. das WTO-Problem, Iran-Atomabkommen oder Kritische Äußerungen des USA Präsidenten Donald Trump über die EU und einige Mitgliedstaaten, um die EU im Konflikt mit den USA zu gewinnen. Deutschland fürchtet sich vor den negativen Auswirkungen des Wettbewerbs zwischen China und den USA für die deutsche Wirtschaft. Gleichzeitig nutzt Deutschland seine wachsende Bedeutung für China im Kontext des Handelskrieges mit den USA, um Konzessionen für deutsche Investoren zu erlangen. Der Verwirklichung des vorstehenden Ziels in Bezug auf Deutschland sollte die Zusage vom April 2018 über die Aufhebung bis 2022 der Anforderung der Schaffung von joint venture mit einem zumindest 50 Prozent-Anteils des chinesischen Partners im Falle der Tätigkeit der ausländischen Investoren in der Automobilindustrie in China. Neben Postulaten für den diskriminierungsfreien Zugang ausländischer Investoren zum chinesischen Markt und die Gewährleistung des Schutzes des geistigen Eigentums stehen für Deutschland vor allem Probleme im Zusammenhang mit der Ausweitung des Systems sozialer Kredite auf Unternehmen (Social Credit Systems) und Regelungen zur Cybersicherheit im Vordergrund, die den Schutz Wirtschaftsdaten erschweren.

Angesichts der wachsenden internationalen Position Chinas müssen Maßnahmen ergriffen werden, um eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und der EU, insbesondere im Bereich der neuen Technologien, zu verhindern. Chinesische Unternehmen werden in den EU-Mitgliedstaaten zu Wettbewerbern in den Sektoren, in denen sie zuvor Technologien importiert haben. Die Europäische Union kann es sich nicht leisten, den Bau des 5G-Zellennetzes zu verzögern, da dies zu einer Verlangsamung der Entwicklung führen kann, und die Nutzung dieser Technologie ist auch für die deutsche und europäische Sicherheitspolitik von Bedeutung. Im Zusammenhang mit geplanten Frequenzauktionen für den Aufbau des 5G-Netzes werden Bedenken hinsichtlich der Beteiligung von Huawei geäußert, die im Verdacht steht, enge Beziehungen zur chinesischen Regierung zu unterhalten und Spionage betreibt.

Fazit

Die Zusammenarbeit der Europäischen Union mit China hat ein großes Potenzial. Problematisch bleibt vom Standpunkt der EU-Mitgliedstaaten die wirksame Aktivität der chinesischen Investoren, insbesondere die Übernahme von Unternehmen aus den innovativen und strategischen Wirtschaftssektoren. Durch die Investitionen auf den einzelnen Märkten der EU-Mitgliedstaaten baut China auch seinen politischen Einfluss aus. Der Übergang zu einer Politik, die sich auf Schutzmaßnahmen und die Bereitschaft zum Wettbewerb mit China konzentriert, ist eine Reaktion auf Sicherheitsbedenken. Die bilaterale Zusammenarbeit Chinas mit den EU-Mitgliedstaaten, insbesondere mit Deutschland, kann nicht ohne Einfluss auf die Möglichkeiten bleiben, eine einheitliche Politik der Europäischen Union gegenüber China zu entwickeln. Es muss ein Kompromiss zwischen den EU-Mitgliedstaaten erzielt werden, da sich ihre Interessen in den Beziehungen zu China und die der Europäischen Union insgesamt oft widersprechen. Aus diesen Gründen ist jedoch unklar, ob die neue strengere Politik gegenüber China umgesetzt wird. Die Beziehungen Deutschlands zu China waren durch die ökonomischen Faktoren dominiert, erst in letzten Jahren, insbesondere im Zusammenhang mit den Änderungen in der US- Politik während der Präsidentschaft von Donald Trump, wurde mehr Aufmerksamkeit auf die Einbeziehung von China in die Lösung der Probleme der internationalen Sicherheit gelegt. China wird in zunehmendem Maße mit den EU-Mitgliedstaaten, insbesondere mit Deutschland, um günstige Produktionsstandort konkurrieren. China hat dabei begonnen, Wirtschaftszweige zu entwickeln, die fortschrittliche Technologien nutzen, wie die Automobil- und Maschinenindustrie, den Eisenbahn- und Luftfahrtbau, die Raumfahrt- und Satellitentechnologie.

Perspektiven einer polnisch-deutschen Zusammenarbeit in der europäischen China-Politik

Tomasz Morozowski

Polen und Deutschland haben jeweils ihre eigenen Schwierigkeiten in den Beziehungen zu China. Manches daran sind aber Aspekte gemeinsamer Probleme, und dies eröffnet die Perspektive einer Zusammenarbeit. Beide Staaten sind bemüht, die Balance zwischen den eigenen Interessen am Ausbau der Beziehungen zu der asiatischen Großmacht und ihrer Verantwortung als Bündnispartner gegenüber den USA, aber auch der EU zu finden. Eine kohärente und wirksame europäische China-Politik liegt im Interesse sowohl Polens, als auch Deutschlands. Sie zu entwerfen, setzt aber Offenheit und politischen Willen auf beiden Seiten voraus. Deutschland ist sowohl der wichtigste Wirtschaftspartner Chinas in Europa als auch der wichtigste Handelspartner der MOE-Staaten. Das erlaubt der Bundesrepublik, die Rolle eines Koordinators zu spielen, der die Beziehungen im Dreieck EU-MOE-China mitgestaltet und gleichzeitig die Kohärenz der Chinapolitik der EU verteidigt.

Polen-China: Stagnation in den Beziehungen

2019 war es 70 Jahre her, dass Polen als eines der ersten Länder der Welt diplomatische Beziehungen zu der neugegründeten Volksrepublik China aufnahm. Für die Gegenwart aber fällt es schwer, den polnisch-chinesischen Beziehungen eine Blütezeit nachzusagen. Im Gegenteil hatten sie sich verschlechtert, nachdem Anfang 2019 ein für den polnischen Markt zuständiger leitender Mitarbeiter der Firma Huawei in Warschau unter dem Verdacht der Spionage für die chinesische Regierung festgenommen wurde. Als Konsequenz sagte China den fur Anfang 2019 geplanten Besuch seines Außenministers Wang Yi in Polen ab. Die Ermittlungen gegen den Verdächtigen dauern an, er ist weiterhin in polnischer Untersuchungshaft; unterdessen hat sich aber der Kontext der Situation wesentlich verändert. Denn inzwischen ist die internationale Diskussion um die Rolle der Firma Huawei durch die gegen das Unternehmen vorgebrachten Vorwürfe der USA hitziger geworden. Mehrere europäische Staaten haben erwogen, den Zugang von Huawei zum Aufbau des 5G-Netzes aus Sorge

um ihre nationale Sicherheit einzuschränken¹. So weit ist Polen explizit nicht gegangen, aber im September 2019 wurde eine polnisch-amerikanische Erklärung zu den Sicherheitsstandards des 5G-Netzes unterzeichnet. Dadurch verschärfte sich die polnische Rhetorik gegenüber China, und der Standpunkt Polens näherte sich dem der USA an.

Der Zwischenfall mit dem Huawei-Mitarbeiter kam für beide Seiten unerwünscht, und Polen ist inzwischen bemüht, seine Beziehungen zu China zu stabilisieren. Dabei lässt es sich aber weiterhin vor allem durch die Solidarität mit dem US-Standpunkt und der EU-Politik leiten. Zum Thema 5G plädiert die polnische Regierung für EU-weite Standards und Leitlinien für das Auftreten von Unternehmen aus Drittstaaten, die in der EU 5G-Netze aufbauen. Ziel ist es, Transparenz und Sicherheit zu erreichen, eine explizite Kritik an China aber zu vermeiden. Der Besuch von Außenminister Wang Yi kam im Juli 2019 letztlich doch noch zustande und wurde als Normalisierung der polnisch-chinesischen Beziehungen interpretiert. Wang traf mit Staatspräsident Andrzej Duda und Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sowie Außenminister Jacek Czaputowicz zusammen; außerdem fand im Rahmen von Wangs Besuch die zweite Sitzung der polnisch-chinesischen Regierungskommission (gegründet 2015) statt². Beide Seiten kündigten an, Synergien zwischen der polnischen Strategie für Verantwortliche Entwicklung, der EU-China Connectivity Platform und der chinesischen Belt and Road Initiative anzustreben³. Dies bedeutet, dass Polen die Beziehungen zu China nicht nur unter Berücksichtigung des Standpunkts der USA gestalten will, sondern auch im Einklang mit der EU-Linie, die in der EU-China 2020 Strategic Agenda for Cooperation niedergelegt ist. Auf der anderen Seite haben es polnische Politiker vermieden, auf die sensiblen Themen Hongkong oder Menschenrechtslage in China einzugehen, die zur selben Zeit – im Juli 2019 – beim Besuch von Wang Yi in Bratislava die kritischer gegenüber China eingestellte Präsidentin der Slowakei, Zuzana Čaputová, angesprochen hatte⁴.

Unter einem breiteren Blickwinkel erweist sich, dass die polnisch-chinesischen Beziehungen schon seit einigen Jahren stagnieren. Zwar halten

¹ Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates (EU) 2019/452 vom 19. März 2019 zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Union, Amtsblatt der EU, L79 I/1, 21.03.2019.

² Zwölfte Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung vom 19. Dezember 2018, BAnz AT 28.12.2018 B1.

Siehe: Voelsen, D., Rühling, T. und Seaman, J. (2019): 5G and the US-China tech rivalry – a Test for Europe's Future in the Digital Age, SWP Comment 2019/C 29, Juni 2019, https://www.swp-berlin.org/10.18449/2019C29/, 7.11.2019.

⁴ Bachulska, A. (2019): Środkowoeuropejska wizyta Ministra Spraw Zagranicznych CHRL. Implikacje dla Polski oraz regionu [Die Mitteleuropareise des Außenministers der VR China. Implikationen für Polen und die Region], The Bulletin of the Asia Research Centre, Centre for Security Studies, War Studies University in Warsaw, Vol. 30 August 2019.

beide Staaten offiziell an der 2011 vereinbarten strategischen Partnerschaft fest, es finden regelmäßige diplomatische Besuche und Begegnungen auf Ministerebene statt; Polen hat seine Unterstützung für die Belt and Road Initiative (BRI) erklärt und ist Mitglied der auf chinesischen Anstoß hin entstandenen Initiative Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB). Doch nach anfänglichem Eifer sind auf polnischer Seite aktuell ein zurückgehendes Engagement und eine Reduktion des Personalaufwands für die dynamische Entwicklung der Kontakte zu China zu beobachten. Symbolcharakter hatte hier die Senkung des Ranges der polnischen Delegation auf dem zweiten BRI-Forum in Peking (April 2019), wo Polen nur noch durch den damaligen Finanzminister vertreten war, während auf der Gründungssitzung die damalige Ministerpräsdentin Beata Szydło anwesend gewesen war. Seit 2017 wird China in Polen als "anspruchsvoller Partner" wahrgenommen, und im November 2018 erklärte Ministerpräsident Morawiecki sogar, China stelle eine Herausforderung für die NATO und darüber hinaus die demokratische Welt dar⁵.

Die Quelle für die Verschlechterung der Beziehungen liegt zweifellos in der aus polnischer Sicht entscheidenden Orientierung am Bündnis mit den USA; dies markiert Grenzen für ein polnisches Engagement zugunsten der Beziehungen zu China, zumal im Kontext des gegenwärtigen Handelsstreits zwischen den USA und China und vor dem Hintergrund der Probleme rund um die Firma Huawei. Ein anderes, tieferliegendes Problem ist ein Defizit an gegenseitigem Verständnis sowie unzureichendes Wissen über China in Polen und umgekehrt⁶. China kommt in den polnischen Medien im Grunde nur im Zusammenhang mit Wirtschaftsthemen, Berichten über die neue Seidenstraße und neuerdings den Kontroversen um Huawei vor; ein tieferes Wissen über Chinas Geschichte und seine innenpolitische, geographische und soziale Situation fehlt dagegen weitgehend.

In Warschau wird überdies das sich vertiefende Handelsdefizit Polens im Austausch mit China immer kritischer gesehen. Es erreichte 2018 mit über 17 Milliarden USD seinen bisherigen Höchststand. Der polnischchinesische Handel wuchs 2018 um 15,5 % auf den Rekordwert von fast

⁵ Ministerstwo Spraw Zagranicznych [Auβenministerium] (2018): II posiedzenie Polsko-Chińskiego Komitetu Międzyrządowego. Wspólne Konkluzje. [II. Sitzung der polnisch-chinesischen Regierungskommission. Gemeinsame Schlussfolgerungen], 8.07.2019, https://www.gov.pl/web/dyplomacja/wizyta-ministra-spraw-zagranicznych-chinskiej-

⁶ Reuters (2019): Slovakia's new president takes aim at China's rights record, 10.06.2019, https://www.reuters.com/article/ us-slovakia-china/slovakias-new-president-takes-aim-at-chinas-rights-record-idUSKCN1U523H, 7.11.2019.

25 Mrd. USD; davon entfällt der überwiegende Teil auf den polnischen Import aus China (plus 16,8% auf gut 20 Mrd. USD). Der polnische Export nach China betrug 2018 3,64 Mrd. USD, was ebenfalls einen Zuwachs bedeutete. Doch ist er im Vergleich zu anderen Staaten der EU gering; mit seinen Exporten nach China nimmt Polen unter den EU-Staaten den 16. Platz ein⁷.

Die ehrgeizigen Ankündigungen einer wachsenden wirtschaftlichen Aktivität Chinas auf dem polnischen Markt haben sich nicht bewahrheitet. Von 2010 bis 2018 betrugen die chinesischen Investitionen in Polen insgesamt etwa 1,4 Mrd. EUR. In den Jahren 2015-16 betraf dies hauptsächlich Projekte in den Branchen Elektronik, Metallverarbeitung und Haushaltstechnik. 2017 stach die etwa 9,4 Mio. EUR betragende Investition der Firma Nuctech (Produktion von Sicherheitstechnik, u.a. Gepäckscannern) hervor, 2018 wurden drei Projekte aus China im Gesamtwert von 54,9 Mio. EUR aus den Sektoren Elektromobiliät, Forschung und Entwicklung realisiert8. Polen geht es dabei nicht um die Quantität der chinesischen Investitionen, sondern um ihre Qualität: starkes Entwicklungs- und Innovationspotential steht im Mittelpunkt der polnischen Interessen.

Chinas Aktivitäten in Mittelosteuropa und die Skepsis Deutschlands

China hatte mit Polen ursprünglich große Pläne. Polen sollte Hauptansprechpartner im Rahmen der 2012 in Warschau ins Leben gerufenen Plattform 16+19 sein. Als sich dynamisch entwickelnde Volkswirtschaft und gleichzeitig für die Aktivität Chinas offenes Land sollte Polen eine führende Rolle in der Region spielen und ein wichtiger Transport- und Logistikhub zwischen China und Europa werden.

- Kancelaria Prezesa Rady Ministrów [Kanzlei des Ministerpräsidenten] (2018): Premier Mateusz Morawiecki w Hamburgu: Polska jest jednocześnie proamerykańska i proeuropejska [Ministerpräsident Mateusz Morawiecki in Hamburg: Polen ist gleichzeitig proamerikanisch und proeuropäisch], premier.gov.pl, 17.11.2018, https://www.premier.gov.pl/wydarzenia/aktualnosci/premiermateusz-morawiecki-w-hamburgu-polska-jest-jednoczesnie-proamerykanska.html, 30.10.2019
- 8 Vgl. z.B.: Klub Jagielloński (2018): Góralczyk: W Polsce Chinami nikt specjalnie się nie interesuje [In Polen interessiert sich kaum jemand ernsthaft für China], klubjagiellonski.pl, 18.11.2018, https://klubjagiellonski.pl/2018/11/18/goralczyk-wpolsce-chinami-nikt-specjalnie-sie-nie-interesuje/, 7.11.2019; Gazeta.pl (2019): Bogusz: Jeśli nie powstrzymamy autorytarnych Chin, to będą nam mówić, jak mamy żyć [Wenn wir dem autoritären China keine Grenzen setzen, wird es uns vorschreiben, wie wir zu leben haben], next.gazeta.pl, 30.09.2019, http://next.gazeta.pl/next/7,151003,25251991,boguszjesli-nie-powstrzymamy-autorytarnych-chin-to-beda-nam.html, 7.11.2019.
- Kalwasiński, M. (2019): Handel polsko-chiński bije kolejne rekordy [Polnisch-chinesischer Handel erneut auf Rekordniveau], bankier.pl, 23.01.2019, https://www.bankier.pl/wiadomosc/Handel-polsko-chinski-bije-kolejnerekordy-7638452.html, 30.10.2019.

Die Plattform 17+1 ist ein wesentliches Element von Chinas wirtschaftlicher Offensive in Europa. Deren Ziel ist es, die Zusammenarbeit Chinas mit den MOE-Staaten auszuweiten, besonders bei Infrastrukturprojekten. Im Rückblick auf die letzten sieben Jahre muss man jedoch feststellen, dass die Projekte kaum vorangekommen sind und bisher keine konkreten, messbaren Auswirkungen zu verzeichnen sind. Die Ergebnisse bleiben bisher hinter den Erwartungen zurück. Wegen der Heterogenität der Zielgruppe und seiner mangelnden Anpassung an die regionalen Begebenheiten erinnert das 17+1 Format eher an eine Ansammlung von 17 bilateralen Plattformen als an ein kohärentes multilaterales Projekt; Vieles hat eher symbolischen Charakter. Der 17+1-Gipfel in Dubrovnik hat jedoch gezeigt, dass China diese Initiative ausbauen will. Davon zeugt auch die Einbeziehung Griechenlands. Von den 16 nichtchinesischen Teilnehmern des Projekts sind 12 Mitglieder der EU. Gleichzeitig bewahren sie aber divergente Standpunkte (z.B. ist Ungarn gegenüber chinesischen Vorschlägen weit offener als die zurückhaltende Slowakei); dies deutet darauf hin, dass sie das 17+1-Format weniger als Ebene wahrnehmen, auf der koordinierte Ansätze für die China-Politik der Region oder auch der ganzen EU gestaltet werden könnten, denn als Chance, jeweils partikulare wirtschaftliche und politische Interessen wahrzunehmen.

Deutschland gehört innerhalb der EU zu den größten Kritikern des Formates. Dort wird es als Instrument gesehen, die Einheit der EU gegenüber der Volksrepublik im Sinne einer Strategie des Teilens und Herrschens aufzuweichen und die Staaten der MOE-Region auf Distanz zur EU zu bringen, indem China sie von sich wirtschaftlich abhängig mache. Staaten, die von chinesischen Investitionen profitieren, könnten, so die Befürchtungen, weniger bereit sein, eine entschiedene Politik der EU, etwa bei der Wahrung der Menschenrechte in China oder gegenüber den Aktivitäten Pekings im Südchinesischen Meer, mitzutragen. Diese Argumentation stützt sich auf einige Beispiele aus den letzten Jahren, als Ungarn, Griechenland, Slowenien oder Kroatien ihr Veto gegen ein entschiedenes Vorgehen der EU einlegten.

Zweifellos kann das wirtschaftliche Engagement Chinas in Polen und den MOE-Staaten politische Probleme heraufbeschwören. Der Vorwurf aber, die Staaten der Region begäben sich in eine Abhängigkeit von China, ist jedoch wenig nachvollziehbar. Die meisten Auslandsinvestitionen in der Region kommen nach wie vor aus der EU bzw. den USA. Auch pflegen die Staaten Westeuropas selbst mit China weit intensivere wirtschaftliche

Beziehungen als Mittelosteuropa. Nach Angaben des MERICS-Instituts in Berlin haben chinesische Unternehmen 2018 in Deutschland 2,1 Mrd. EUR bzw. 12 Prozent der Gesamtinvestitionen Chinas in der EU angelegt. Großbritannien ist mit 4,2 Mrd. EUR, d.h. 24 Prozent der Gesamtinvestitionen, von noch größerer Bedeutung für chinesische Investitionen gewesen. Dagegen hat China in Osteuropa nur 2 Prozent seiner Gesamtinvestitionen im EU-Raum getätigt¹⁰. In diesem Kontext muss man die Vorwürfe, die Mittelosteuropäer würden die Einheit der EU durch ihre Beteiligung an dem 17+1-Format untergraben, klar zurückweisen.

Auch Deutschland hat Probleme in seinen Beziehungen zu China

China ist seit 2016 der wichtigste Handelspartner Deutschlands und liegt damit vor Frankreich und den USA. Die Zusammenarbeit mit China hat der deutschen Wirtschaft starke Gewinne eingebracht, sowohl beim Handel als auch bei den Investitionen. Aktuell wird der chinesische Markt zum Zukunftslabor für die deutschen Autohersteller, wenn es um Elektromobilität geht. Gleichzeitig ist Deutschland einer der wichtigsten Zielmärkte für chinesische Investitionen. Die Bundesrepublik verfügt über Potential und Technologien in Branchen wie dem Maschinen- und Fahrzeugbau, die für Chinas "Made in China 2025"-Strategie bedeutsam sind. In den letzten Jahren ist Deutschland jedoch skeptischer gegenüber der Politik der asiatischen Großmacht geworden. Zweifel wecken die Aktivitäten staatlich



kontrollierter chinesischer Unternehmen bei der Übernahme von Unternehmen aus sensiblen Sektoren der deutschen Volkswirtschaft. Dazu kommen andere Probleme in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und China, wie Marktzugangsbeschränkungen oder die Frage des Schutzes von geistigem Eigentum. Wendepunkt in der deutschen Sicht waren sicherlich die Übernahmen von KUKA, KraussMaffei und Osram/Ledvance. In den politischen und wirtschaftlichen Eliten der Bundesrepublik wuchs die Überzeugung, dass es erforderlich sei, die deutsche Politik gegenüber den Großmachtambitionen Chinas neu zu definieren. Dies gilt insbesondere für die chinesische "Neue Seidenstraße"-Initiative, Kennzeichnend für diesen Wandel in der deutschen Haltung ist die Beschreibung Chinas als "systemischer Wettbewerber" durch den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)¹¹ und die von Wirtschaftsminister Peter Altmaier angestoßene Debatte zur deutschen und europäischen Industriepolitik.

Der Problemkomplex Huawei/5G belastet auch die deutsch-chinesischen Beziehungen. Freilich hat die Bundesregierung trotz intensiver öffentlicher Debatten und ungeachtet an ihre Adresse gerichteter Forderungen der USA, den Zugang des chinesischen Unternehmens zum deutschen Markt zu beschränken, keine entschiedenen Schritte in diese Richtung eingeleitet. In einer am 15.10.2019 veröffentlichten Pressemitteilung der Bundesnetzagentur wird lediglich angekündigt, dass Hersteller und Lieferanten verpflichtet werden sollten, einen Nachweis der Vertrauenswürdigkeit einzuholen; einige andere eher weiche Maßnahmen sollen die Sicherheit beim Ausbau des 5G-Netzes gewährleisten¹². Es ist der Bundesrepublik unmöglich, einen harten Standpunkt gegenüber Huawei einzunehmen. Dies liegt einerseits an der Intensität der deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen und andererseits an internem Druck, den die deutschen Telekommunikationsunternehmen ausüben.

Kooperationsperspektiven - Deutschland als Brückenbauer?

Der deutsche Außenminister Maas hat gefordert, dass alle EU-Staaten die europäische Politik gegenüber China gemeinsam gestalten müssten, damit Peking Europa als gleichberechtigten Akteur behandle. "Subregionale

¹¹ China-CEEC/China-Central and Eastern European Countries Cooperation Initiative, 2019 durch den Beitritt Griechenlands auf dem Gipfel in Dubrovnik zu "17+1" erweitert.

¹² Hanemann, T., Huotari, M., Kratz, A.: Chinese FDI in Europe (2019): 2018 trends and impact of new screening policies, Rhodium Group and MERICS, https://www.merics.org, 27.08.19

Formate wie 16+1 (...) dürfen keine wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten schaffen und die EU dadurch spalten"¹³. Auch Kanzlerin Merkel hat die Teilnehmerstaaten davor gewarnt, nicht den gemeinsamen Standpunkt der EU zu "untergraben"14. Eine kohärente und entschiedene China-Politik der EU müsse im selben Grade im Interesse der MOE-Staaten wie auch Deutschlands liegen. Maas forderte zugleich, Deutschland solle dazu beitragen, die Trennungen zwischen dem Osten und dem Westen der EU abzumildern und auf diese Weise die Rolle eines "Brückenbauers" zu übernehmen.

Unter den Staaten Westeuropas ist Deutschland derjenige, der die intensivsten Wirtschaftsbeziehungen mit Mittelosteuropa, insbesondere den Staaten der Visegrad-Gruppe (V4), hat. Das war für beide Seiten von Vorteil. Deutschland wurde zum Scharnier zwischen den MOE-Staaten und der westeuropäischen Wirtschaft, hat die Einbindung in den internationalen Handel unterstützt. Zugleich ist Mittelosteuropa für Deutschland ein interessanter Investitionsstandort. 2018 erreichten Deutschland und die V4-Staaten ein Gesamthandelsvolumen von 293 Mrd. EUR, was weit über dem deutsch-chinesischen Handel (fast 200 Mrd. EUR) lag.

Erste positive Signale deutschen "Networkings" sind schon zu beobachten. So will man sich an Formaten beteiligen, die primär die MOE-Region betreffen, um somit die internen Prozesse unter Kontrolle zu halten und von innen her auf sie einzuwirken. Das deutsche Interesse an der von Polen und Kroatien ins Leben gerufenen "Drei-Meere-Initiative", die geographisch mit dem Einzugsbereich der 17+1-Initiative übereinstimmt, ist gewachsen. Heiko Maas nahm am Gipfel der Initiative in Bukarest 2018 teil und sprach die Perspektive eines Beitritts Deutschlands zu diesem Format an. Damals wurde Deutschland ein Beobachter-/Partnerland der Initiative; 2019 war auf dem folgenden Gipfel in Ljubljana Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu Gast. Eine Entscheidung, die Bundesrepublik als vollberechtigtes Mitglied der Initiative aufzunehmen, ist aber bisher ausgeblieben¹⁵. Deutschland war auch ein Gründungsmitglieder der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB), die eine wichtige

¹³ BDI (2019): Partner und systemischer Wettbewerber – Wie gehen wir mit Chinas staatlich gelenkter Volkswirtschaft um?, Grundsatzpapier China, https://bdi.eu, 27.08.19

¹⁴ Bundesnetzagentur (2019): Gemeinsame Pressemitteilung. Konsultationen zum Katalog der Sicherheitsforderungen gemäß § 109 Abs. 6 TKG, Bonn, 15.10.2019, https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Allgemeines/Presse/Pressemitteilungen/2019/20191014_ITSicherheitsk.pdf?__blob=publicationFile&v=4, 30.10.2019.

¹⁵ Maas, H. (2018): "Bukarest, Berlin, Brüssel – gemeinsam für ein souveränes, starkes Europa", https://www.auswaertigesamt.de, 27.08.2018

Finanzierungsquelle für die Infrastrukturprojekte im Rahmen der Seidenstraße-Initiative darstellen soll.

Denkbar ist, dass diese Strategie auch gegenüber der 17+1-Plattform fortgesetzt wird, vor allem, wenn China an seinem in den letzten Jahren geäußerten, konzilianteren Ansatz festhalten sollte. Auf den diversen Gipfel des 16/17+1-Formats bemühte man sich verstärkt, Berlin, Paris und Brüssel zu beschwichtigen. An der Aushandlung der Abschlussdokumente des Dubrovniker Gipfels nahmen auch Vertreter der EU-Institutionen teil. Die Texte verweisen auf EU-Standards und auf das Streben nach einer Harmonisierung der Projekte mit der EU-China Connectivity Platform. Kanzlerin Merkel wurde eingeladen, am 16+1-Gipfel in Sofia 2018 teilzunehmen; auch der chinesische Außenminister Wang Yi warb in Berlin im Mai 2018 dafür, die Potentiale Chinas und Deutschlands bei der Zusammenarbeit mit der MOE-Region zu verbinden. In welchem Maße es gelingt, die Projekte des Formats 17+1 unter den Schirm der Gesamtbeziehungen zwischen China und der EU zu nehmen, hängt in hohem Maße von der aktiven und gleichzeitig diskreten Rolle Deutschlands ab.

Ein Schlüsselbegriff dafür, dass Deutschland die Rolle als Koordinator ausfüllt, ist die Konnektivität. Es geht darum, Verbindungen zu schaffen. Telekommunikations-, Straßen- und Eisenbahnverbindungen bilden ein zentrales Element sowohl der 17+1-Initiative als auch des Drei-Meere-Projekts. Wenn die EU den MOE-Staaten entsprechende Angebote zur infrastrukturellen Zusammenarbeit und zur Stärkung der Vernetzung der Region macht (zum Beispiel im Rahmen von Trans-European Transport Network/TEN-T), stärkt sie auch ihre Position gegenüber chinesischen Angeboten. Dazu ist eine stärkere Mitfinanzierung nötig, z.B. das Investitionspaket von 4 Mrd. EUR, das die EU-Kommission im April 2019 für Infrastrukturprojekte in den Mitgliedsstaaten, hauptsächlich in MOE, freigegeben hat. Es geht aber auch um symbolische Akte. Wenn Brüssel und Berlin sich entscheiden, der Drei-Meere-Initiative den Charakter eines EU-Projekts zu verleihen, könnte daraus eine Plattform zur Werbung für das infrastrukturelle Angebot der EU und der Harmonisierung der im Rahmen von 17+1 entwickelten Projekte werden. Projekte mit dem Gütesiegel der EU werden in den Gesellschaften der MOE-Staaten nach wie vor positiv wahrgenommen, während chinesische Angebote oft vor dem Hintergrund fehlgeschlagener früherer Versuche und im Lichte des Stereotyps von "chinesischer Billigware" gesehen werden. Ein weiteres Zukunftsthema ist die Energiewirtschaft. Einige MOE-Staaten sind

frustriert darüber, dass die EU-Angebote ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse ignorieren. Die MOE-Staaten brauchen stärkere Unterstützung von Seiten der EU bei der Entwicklung alternativer Energiequellen, um den europäischen Obergrenzen der EU beim CO2-Ausstoß zu genügen. Dass chinesische Anbieter in dieser Hinsicht keinerlei Auflagen machen, trägt zu deren Attraktivität bei.

Es ist heute eine Herausforderung für die EU, nachhaltige Beziehungen zu China aufzubauen. Es liegt im Interesse aller EU-Staaten, das erhebliche Handelsdefizit gegenüber China abzubauen, auf eine weitere Öffnung des chinesischen Marktes zu drängen und die seit 2013 andauernden Verhandlungen über ein bilaterales Investitionsabkommen EU-China zum Abschluss zu bringen. Das Problem mit der Firma Huawei hat eine zusätzliche schwer zu bewältigende Herausforderung für das Erarbeiten eines gemeinsamen europäischen Standpunkts geschaffen, der einerseits Transparenz und Sicherheit gewährleisten soll, andererseits aber den für den innovativen Charakter der europäischen Wirtschaft und ihre Wettbewerbsfähigkeit entscheidenden Aufbau des 5G-Netzes in der EU nicht behindern darf. Die EU muss in der Chinapolitik nicht nur nach außen mit einer Stimme sprechen, sondern auch nach innen integrieren. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, einen Konsens über die gemeinsamen Interessen aller Mitgliedstaaten herauszuarbeiten. Deutschland kann hierbei eine Schlüsselrolle als Koordinator zu spielen. Damit würde es dazu beitragen, mögliche Gefahren in diesen Beziehungen zu China zu reduzieren. Dabei kann der Konflikt zwischen China und den USA helfen, denn er verstärkt in China das Interesse, gegenüber der EU einen konzilianteren Ton anzuschlagen, um sich deren Unterstützung zu sichern.

Bibliographie

Bachulska, A. (2019): Środkowoeuropejska wizyta Ministra Spraw Zagranicznych CHRL. Implikacje dla Polski oraz regionu [Die Mitteleuropareise des Außenministers der VR China. Implikationen für Polen und die Region], The Bulletin of the Asia Research Centre, Centre for Security Studies, War Studies University in Warsaw, Vol. 30 August 2019.

BDI (2019): Partner und systemischer Wettbewerber - Wie gehen wir mit Chinas staatlich gelenkter Volkswirtschaft um?, Grundsatzpapier China, https://bdi.eu, 27.08.19

- (2019): Gemeinsame Pressemitteilung. Bundesnetzagentur sultationen zum Katalog der Sicherheitsforderungen gemäß § 109 Abs. 6 TKG, Bonn, 15.10.2019, https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Allgemeines/Presse/ Pressemitteilungen/2019/20191014_ITSicherheitsk.pdf?__ blob=publicationFile&v=4, 30.10.2019.
- Gazeta.pl (2019): Bogusz: Jeśli nie powstrzymamy autorytarnych Chin, to beda nam mówić, jak mamy żyć [Wenn wir dem autoritären China keine Grenzen setzen, wird es uns vorschreiben, wie wir zu leben haben], next.gazeta.pl, 30.09.2019, http://next.gazeta.pl/ next/7,151003,25251991,bogusz-jesli-nie-powstrzymamy-autorytarnych-chin-to-beda-nam.html, 7.11.2019.
- Hanemann, T., Huotari, M., Kratz, A.: Chinese FDI in Europe (2019): 2018 trends and impact of new screening policies, Rhodium Group and MERICS, https://www.merics.org, 27.08.19.
- Janulewicz, Ł., Żornaczuk, T. (2019): Germany and the Three Seas Initiative, Polish Institute for International Affairs/PISM Bulletin No. 120, 22.08.2019.
- Kalwasiński, M. (2019): Handel polsko-chiński bije kolejne rekordy [Polnisch-chinesischer Handel erneut auf Rekordniveau], bankier.pl, 23.01.2019, https://www.bankier.pl/wiadomosc/Handel-polsko-chinski-bije-kolejne-rekordy-7638452.html, 30.10.2019.
- Kancelaria Prezesa Rady Ministrów [Kanzlei des Ministerpräsidenten] (2018): Premier Mateusz Morawiecki w Hamburgu: Polska jest jednocześnie proamerykańska i proeuropejska [Ministerpräsident Mateusz Morawiecki in Hamburg: Polen ist gleichzeitig proamerikanisch und proeuropäisch], premier.gov.pl, 17.11.2018, https://www. premier.gov.pl/wydarzenia/aktualnosci/premier-mateusz-morawiecki-w-hamburgu-polska-jest-jednoczesnie-proamerykanska.html, 30.10.2019.
- Klub Jagielloński (2018): Góralczyk: W Polsce Chinami nikt specjalnie się nie interesuje [In Polen interessiert sich kaum jemand ernsthaft für China], klubjagiellonski.pl, 18.11.2018, https://klubjagiellonski. pl/2018/11/18/goralczyk-w-polsce-chinami-nikt-specjalnie-sie-nieinteresuje/, 7.11.2019.
- Maas, H. (2018): "Bukarest, Berlin, Brüssel gemeinsam für ein souveränes, starkes Europa", https://www.auswaertiges-amt.de, 27.08.2018.

- Mazurkiewicz, P. (2019): Polska odpada z wyścigu po inwestycje z Chin [Polen fällt im Wettbewerb um chinesische Investitionen zurück], Rzeczpospolita, 11.03.2019, https://www.rp.pl/Inwestycje/303109942-Polska-odpada-z-wyscigu-po-inwestycje-z-Chin.html, 30.10.2019.
- Ministerstwo Spraw Zagranicznych [Außenministerium] (2018): II posiedzenie Polsko-Chińskiego Komitetu Międzyrządowego. Wspólne Konkluzje. [II. Sitzung der polnisch-chinesischen Regierungskommission. Gemeinsame Schlussfolgerungen], 8.07.2019, https://www.gov. pl/web/dyplomacja/wizyta-ministra-spraw-zagranicznych-chinskiejrepubliki-ludowej2, 7.11.2019.
- Reuters (2018): China investment must not undermine EU joint policy, warns Merkel, https://www.reuters.com, 27.02.2018.
- Reuters (2019): Slovakia's new president takes aim at China's rights record, https://www.reuters.com/article/us-slovakia-china/slo-10.06.2019, vakias-new-president-takes-aim-at-chinas-rights-record-idUSKCN-1U523H, 7.11.2019.
- Voelsen, D., Rühling, T. und Seaman, J. (2019): 5G and the US-China tech rivalry - a Test for Europe's Future in the Digital Age, SWP Comment 2019/C 29, Juni 2019, https://www.swp-berlin. org/10.18449/2019C29/, 7.11.2019.



WeltTrends 136, Februar 2018

Weltmächte im Wartestand?

Im November 2001 fasste der Chefökonom von Goldman Sachs die vier "Schwellenländer" Brasilien, Russland, Indien und China unter dem Akronym BRICS zusammen. Aus der finanzstrategischen Überlegung wurde eine politische der vier Staaten. Sie schlossen sich zu einer Gruppe zusammen, später kam Südafrika hinzu. Jährlich finden Treffen statt, auf denen nicht nur Positionen abgestimmt, sondern auch Institutionen aufgebaut werden. Im Thema des Februar-Heftes wird eine kritische Bilanz der BRICS gezogen, die deutlich macht, dass diese Gruppe trotz innerer Spannungen ein Pol der multipolaren Welt ist.

WeltTrends, Potsdam 2018 | ISBN 978-3-945878-80-4 | 4,80 €

An die Wurzel gehen!

Zwei Anmerkungen zu den Beziehungen zwischen Deutschland und China

Wolfram Adolphi

1. Nur eine Randnotiz?

Irgendwann zu Beginn der Konferenz wurde – ich glaube, von chinesischer Seite – erwähnt, dass die diplomatischen Beziehungen zwischen China und Deutschland 47 Jahre alt sind. Daraufhin gab es einen Zwischenruf, wonach es schon 70 Jahre seien, und der wiederum wurde verschiedentlich mit einem Lächeln quittiert. Ich bin – und sage das auch meinen chinesischen Partnerinnen und Partnern immer wieder – in dieser Frage kleinlich. Lege also Wert darauf, dass es im Jahre 2019 tatsächlich 70 Jahre sind, denn die DDR – der in dieser Zeit zweite deutsche Staat – hat bereits 1949 mit der Volksrepublik China solche Beziehungen aufgenommen. Und zwar unter Bedingungen, da beide Staaten ein solches Signal internationaler Unterstützung dringend brauchten.

Und das ist selbstverständlich keine Frage am Rande, sondern eine der historischen Wahrhaftigkeit in der Betrachtung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts insgesamt. Sie offenbart den tatsächlichen, sehr tiefen Riss, der nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Welt ging, und sie macht deutlich, dass es bei der Grenze zwischen der DDR und der BRD eben nicht - wie heute mit zeitgeistiger Selbstverständlichkeit immer wieder gern behauptet wird - um eine innerdeutsche, sondern eine zwei konträre Weltsysteme voneinander trennende ging. Die DDR stand an der Seite der VR China, die BRD an der Seite Taiwans. Die DDR – selbstverständlich im Bündnis mit der UdSSR – an der Seite der chinesischen Revolution; die BRD - ebenso selbstverständlich im Bündnis mit den USA – an der Seite des Antikommunisten und Konterrevolutionärs Tschiang Kaischek (Jiang Jieshi), der vor der Volksrevolution nach Taiwan geflohen war und dort – in jeder Hinsicht durch die USA gestützt – den Anspruch erhob, die 1911 gegründete Republik China fortleben und als einzigen legitimen Staat der Chinesen in der Welt anerkennen zu lassen.

Die gegensätzlichen Positionen hatten nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Effekte. Im Koreakrieg 1950-53 blutete die DDR-Wirtschaft - der 17. Juni steht in einem engen Zusammenhang mit dem zuvor seitens der UdSSR gegenüber der DDR geltend gemachten Fortdauern der Reparationsleistungen -; die BRD hingegen, von allen Reparationsleistungen befreit und durch den Marshallplan ohnehin befeuert, erlebte (wie übrigens auch der ehemalige Deutschlandverbündete Japan) dank des massenhaften Waffen- und Munitionsbedarfs der USA ihren ersten Nachkriegsboom bei Eisen und Stahl.



In der auch heute in der VR China wieder als erfolgreich geltenden Entwicklungsphase bis 1958 war die DDR ein durch vielfältige politische, wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen mit dem Land verbundener Partner der Volksrepublik, die BRD hingegen Bestandteil der Anti-Rotchina-Front. Und das änderte sich erst – und zwar im Rahmen weltweiter Verschiebungen des Kräfteverhältnisses – 1972. 1971 hatte sich die UNO entschlossen, nicht mehr Taiwan, sondern die VR China als ihr legitimes Mitglied anzuerkennen. 1973 wurden die DDR und die BRD gleichzeitig in die UNO aufgenommen. Dies alles hing zusammen mit der für die US-Politik überaus einschneidenden, Ende der sechziger Jahre manifest werdenden Erkenntnis, dass der Vietnamkrieg nicht gewonnen werden konnte und daher eine Umsteuern in der China- und in der Sowjetunion-Strategie unumgänglich war. Historische Wahrheit bleibt: Die DDR hatte - mit der UdSSR - an der Seite Vietnams gestanden, die BRD an der Seite der einen schmutzigen Krieg führenden USA.

2. An die Wurzel gehen

So ergiebig das Kolloquium hinsichtlich der Fülle an Informationen, Ansichten, Überlegungen und Streitgesprächen war, so wenig Antwort bot es am Ende in der alles entscheidenden Frage, wie die Zukunft der deutsch-chinesischen oder auch europäisch-chinesischen Beziehungen denn nun aussehen sollte. Mir fehlt - ich will es sehr deutlich sagen - die Entschlossenheit, ganz an die Wurzel zu gehen.

Diese Wurzel heißt: Der rasante Aufstieg Chinas zur Weltmacht bedeutet nicht Herstellung von Unnormalität, sondern von Normalität. Mit seiner jetzigen Entwicklung wächst China (wieder) in diejenige Rolle hinein, die ihm menschheitlich gesehen zukommt. Ein Land, dessen Bevölkerung rund ein Fünftel der Menschheit darstellt, hat - menschheitlich gesehen - selbstverständlich ein viel größeres Gewicht als eines, das - wie Deutschland - ein Hundertstel dieser Menschheit abbildet. In den vergangenen zweihundert Jahren wurde das in den westlichen Zentren des Kolonialismus und Imperialismus konsequent anders gesehen. Es herrschte die Auffassung, man habe, weil einem die Entwicklung der Produktivkräfte einen Vorsprung verschafft hatte, alles Recht der Welt, das schon damals weitaus größere und bevölkerungsreichere China zum Objekt unbegrenzter Ausbeutung zu machen. Ihre Rechtfertigung fand diese Auffassung nicht in demokratischen, sondern in rassistischen, chauvinistischen und nationalistischen Gesellschaftsauffassungen, die sich in einem gewaltigen Überlegenheitsdünkel vereinigten. Im 17. Jahrhundert – zu Zeiten des sich der Größe und Bedeutung Chinas im Weltgeschehen sehr wohl bewusst seienden Gottfried Wilhelm Leibniz - hatte es diesen Dünkel noch nicht gegeben. Nun aber haben wir es mit seinem verheerenden Erbe zu tun, und es ist dessen integraler Bestandteil, den westlichen Herrschern sehr grundsätzlich den Blick dafür verstellt zu haben, dass die Überlegenheit keine ewige sein werde. Dass man also schon in der Zeit der Überlegenheit den Unterlegenen hätte ernst nehmen und auf zukunftsträchtigen Ausgleich mit ihm bedacht sein müssen. Darin hätte sich wahre Überlegenheit erweisen können.

Tatsächlich aber vernichtete der politische, wirtschaftliche und kulturelle Imperialismus jede Idee des Ausgleichs schon im Keim. Wer im Westen nahm die Volksrepublik schon ernst, als sie Mitte der 1950er Jahre ihre Idee der friedlichen Koexistenz entwickelte?

Nun ist das Dilemma unübersehbar geworden. Den im Westen verachteten, verspotteten und von ihm mit komplexen internationalen Strategien bekämpften Sozialismus sowjetischer Prägung über Bord werfend, ließ die Volksrepublik einer westlich-kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung freien Lauf, die mit ihrer aus schierer Größe erwachsenden Wucht selbstverständlich den Westen übertrumpfen muss. Zumal sie sich mit

einer Staatsform und Herrschaftsordnung kombiniert, die - Sozialismus chinesischer Prägung genannt – sich im Sinne gesamtwirtschaftlicher Effizienz als überlegen erweist. Dennoch bleibt der Westen in seinem Überlegenheitsdünkel befangen. Und glaubt daher, man könne dem Aufstieg Chinas mit den Methoden und Mitteln der klassischen imperialistischen Konkurrenz begegnen: Wirtschaftskrieg, Propagandakrieg, Aufrüstung. Dazu – nicht klassisch, aber alles durchdringend – Cyberkrieg.

An dieser Stelle ist ein Wort zur westlichen Demokratie vonnöten. Sie ist - ihre Vorteilhaftigkeit für einen großen Teil der westlichen Bevölkerung außer Frage gestellt – niemals exportiert, niemals zur Bedingung globalisierten Wirtschaftens gemacht worden. Im Gegenteil: Die kapitalistische Globalisierung baute bisher stets auf jene Expansionsräume für das Kapital, die eben gerade nicht durch demokratische Teilhabe, komplexe Regulierung des Umweltschutzes oder gewerkschaftliche Mitbestimmung charakterisiert sind. Und dass die westliche Demokratie seit dem Zusammenbruch des sowjetisch-osteuropäischen Sozialismus auch in den kapitalistischen Hauptländern selbst immer weniger auch als Wirtschaftsdemokratie zutage tritt, kann niemand verborgen bleiben.

Warum dies hier betont werden muss? Weil es die Fragwürdigkeit einer Politik offenlegt, die diese Demokratie im Konflikt mit China zum Kampfinstrument zu machen versucht. Auch da lebt sich der Überlegenheitsdünkel aus. Auch in der Einbildung, die Chinesen kennten all diese Gebrechen nicht, wüssten nicht um all diese Demokratieprobleme.

Wie weiter?

Ich werbe seit vielen Jahren dafür, den unaufhaltsamen Aufstieg Chinas endgültig zum Anlass für eine komplexe Umgestaltung der internationalen Beziehungen zu nehmen. Also: Die Erde endlich menschheitlich zu betrachten und die Weltgesellschaft entsprechend menschheitlich zu organisieren. Eine Fortsetzung der kriegsbereiten Konkurrenz verschiedener Weltteile gegeneinander wird unweigerlich in die Katastrophe führen. Und selbst wenn sie nicht in große Kriege mündet, so wird sie doch eine sinnlose Verschwendung der so deutlich und schnell knapper werdenden Ressourcen bedeuten und damit neue Konfliktherde bisher ungeahnten Ausmaßes schaffen.

Dies alles - selbstverständlich - ist nicht neu. Das Wirken des Club of Rome in den siebziger Jahren, der von der sowjetischen Perestroika

beflügelte Aufruf von Gro Harlem Brundtland im Januar 1989 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos, eine weltweite Perestroika in Angriff zu nehmen, und auch die Weltsozialforen des ersten Jahrzehnts der zweitausender Jahre stehen für ein seit mindestens fünf Jahrzehnten immer wieder neu belebtes Ringen um solch einen Neuanfang.

Die chinesischen Vorschläge dazu, wie sie sich in den Gedanken von einer harmonischen, friedlichen Welt spiegeln, werden im Westen auf lange geübte - und eben: dünkelhafte - Weise ignoriert. Weder werden sie gründlich bekannt gemacht, noch werden sie angemessen erörtert. An Stoff für einen neuerlichen WeltTrends-Dialog zum Thema Europa und Asien ist kein Mangel.

ANZEIGE



WeltTrends 145, November 2018 Chinas Großer Sprung

"Großer Sprung nach vorn", so nannte Mao Zedong 1958 eine Kampagne, mit der die Volksrepublik China zu einem modernen Industrieland gemacht werden sollte. Das scheiterte; 1961 wurde die Kampagne abgebrochen. Nach Maos Tod setzten sich allmählich pragmatische Kräfte an der Spitze der Kommunistischen Partei Chinas durch. Unter Führung von Deng Xiaoping stellten sie vor 40 Jahren, auf der 3. Tagung des XI. Zentralkomitees, die Weichen neu und bereiteten so Chinas tatsächlichen "Großen Sprung" vor. Im Thema analysieren chinesische und deutsche Autoren historische, politische und ökonomische Aspekte dieser Entwicklung.

WeltTrends, Potsdam 2018 | ISBN 978-3-945878-98-9 | 4,80 €

Deutschland in EurAsien

Aspekte einer Strategie im multipolaren Zeitalter

Kai Kleinwächter und Lutz Kleinwächter

Das Rad der Geschichte dreht sich. Eine neue Weltordnung wird gestaltet. Globale Multipolarität ist Realität. Die Zivilisation bedarf einer neuen Reife.

Das 20. Jahrhundert war geprägt durch zwei von Deutschland ausgelösten Weltkriegen, dem bipolarem West-Ost-Systemkonflikt und fundamentalen Bedrohungsphobien vor einem nuklearen Armageddon. Instabile Phasen von Kaltem Krieg und Entspannung, Konfrontation und Dialog wechselten erratisch. Weltpolitik war vorrangig bestimmt durch die Großmächte USA und Sowjetunion und ihre Paktsysteme. Seit den 1980er Jahren, mit der Herausbildung der damals westlichen und östlichen "Triaden" – USA, Europäische Union, Japan sowie Sowjetunion, China, Indien – vollzog sich der Übergang von einer bipolaren zu einer multipolaren Weltordnung. Insbesondere der Zusammenbruch der Sowjetunion, die verlangsamte soziale und ökonomische z.T. krisenhafte Entwicklung in den westlichen Staaten sowie der Aufstieg Chinas beschleunigten diese langfristige Veränderung. In den letzten Jahrzehnten fand ein grundlegender Wandel der internationalen Beziehungen statt.

Die Europäische Union ist eine einflussreiche, große Macht in einer sich verändernden Welt. Ihre 70-jährige Integration ist seit den 1990er Jahren mit dem Gemeinsamen Markt (1993), der Währungsunion (1999) und der geografischen Erweiterung (1995, 2004) dynamisch vorangekommen. Frankreich und Deutschland verfolgen ein offenes Kerneuropa-Konzept. Die mehrfache Mitgliedschaft Deutschlands im UN-Sicherheitsrat signalisiert den Willen an einer Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, der Stärkung und Reform supranationaler Institutionen sowie der Übernahme eigener globaler Verantwortung. Die weltweiten Außenwirtschaftsbeziehungen wurden überproportional ausgeweitet. Widersprüchlich war und ist die militärpolitische Positionierung Deutschlands zu Kriegen (Teilnahme Kosovo/Serbien, Afghanistan) und dem Einsatz von Streitkräften im Ausland (Zurückhaltung/Enthaltung im Irak, Libyen, Syrien).

Mit ihrer "Lissabon-Strategie" (2000) bekundete die EU ihren Anspruch auf Weltmacht. Strategieinstitute betonen die "Neue Macht - Neue Verantwortung" (2013) einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik und empfehlen in einer multipolaren Welt die "Strategische Autonomie Europas" (2019). Deutschland ist in seiner Außenpolitik jedoch nicht auf der Höhe der Zeit. In den Führungskreisen vollziehen sich gegenwärtig Auseinandersetzungen über die Grundorientierung. Eine scheinbar dominante pro-atlantische Phalanx versucht Deutschland "Trotz alledem: Amerika" (2017), erneut in die Rolle eines "Protektorates", in die "Vasallenrolle" unter Vormacht der USA zu drängen. Irritierend bis falsch ist demgemäß die Politik gegenüber potentiell strategischen Partnern. Die deutsche Politik riskiert größere Brüche in den Beziehungen mit Russland und China. Das Festhalten an einer "wertegebundenen" Außenpolitik erhöht die außenwirtschaftlichen Risiken und schadet den europäischen und deutschen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen. Notwendig ist eine konsequente Interessenbestimmung und Prioritätensetzung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der EU, mit Blick auf eine multipolare Welt.

Dominante Großmächte sind out

Das 21. Jahrhundert wird bestimmt durch dynamische, widersprüchliche Verschiebungen der Kräfteverhältnisse im Rahmen der Internationalisierung sowie einer globalisierungskritischen Wiederbesinnung auf nationale staatliche Interessen. Diese Phänomene gehen einher mit einem qualitativen Prioritätenwechsel der Werte, der Themen und der Akteure: (1) Ins Zentrum der Aufmerksamkeit zivilisatorischer Gefahren und Programmatik rückt – unter dem Etikett einer bedrohlichen "Klimaveränderung" - die Komplexität des Umwelt- und Ressourcenschutzes (2) Damit im Zusammenhang steht unabdingbar die herausragende Aufgabe einer beschleunigten ökonomisch-sozialen Entwicklung der Staaten und Völker. Der Abbau des klassischen Nord-Süd-Gefälles ist existenziell. (3) Die Lösung der Krieg-Frieden-Problematik in den Konflikt-Regionen der Welt, die Beschränkung militärischer Aktivitäten insgesamt, sind dafür eine wichtige Grundlage.

In diesem Gesamtzusammenhang sind alle global relevanten Probleme neu zu durchdenken und entsprechende Maßnahmen, mit (einer sich



Lutz Kleinwächter

bereits andeutenden) notwendigen Radikalität, hoffentlich fortschrittlichrevolutionär, zu realisieren. Das sichtbare Festhalten an überkommenen
Denk- und Verhaltensweisen des vergangenen Jahrhunderts durch große
Teile der gegenwärtigen Führungseliten, verzögert erforderliche Veränderungen und führt zu anwachsenden nationalen und internationalen
(Groß)Konflikten. Eine Vorahnung vermitteln beispielhaft die zunehmenden Handels- und Verteilungskriege, wieder anwachsende Hungerkrisen, eine Zunahme von regionalen und Bürger-Kriegen, anschwellende
volatile Flüchtlings- und Migrationsströme, Zunahme autoritärer Herrschaftsstrukturen, ein Aufbrechen von Generationskonflikten sowie die
Entstehung neuartiger (radikaler) Jugendbewegungen.

Bei der Analyse der Akteure lassen sich mit Blick auf die Großmächte folgende Grundeinschätzungen treffen:

Die **USA** sind und bleiben eine multidimensionale Großmacht, die in allen wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen – Politik, Ökonomie/Technologie, Militärwesens, Kultur – die Weltprobleme entscheidend mit beeinflusst. Dabei ist der Trump'sche "Neo-Isolationismus", stringenter Versuch einer "America first"-Politik, ein hyperpatriotisches Konzept der Konzentration und Revitalisierung von Machtpotentialen zur Durchsetzung globaler US-Interessen. Illusionäres Ziel ist die Wiedererlangung einer dominanten Weltmachtstellung durch Umkehrung des v.a. ökonomischen Einflussverlustes seit den 1970er Jahren.

Russland ist eine zweidimensionale Großmacht. Nach dem Niedergang in der Ära Gorbatschow/Jelzin, wurde Russland unter Putin stabilisiert. Es stützt sich dabei auf die historisch traditionellen Faktoren als Militärmacht, insb. die nuklearstrategischen Kernwaffen, und die weltweit größten Rohstoffvorkommen. Aufgrund ihrer Strategiekompetenz und einer demokratisch-autoritären Staatsorganisation, gelingt es der russischen Führung, trotz deutlich beschränkter ökonomischer Möglichkeiten, wieder wachsenden politischen Einfluss zu gewinnen. Das betrifft in besonderer Weise die eurasischen Nachbarregionen Russlands.

China ist in den letzten vier Jahrzehnten mit einem außerordentlichen nach- und aufholendem Wirtschaftswachstum sowie gesellschaftspolitischen Reformen, zu einer selbstbewussten globalen Großmacht aufgestiegen. Es schickt sich an, in den zentralen Dimensionen der Macht – Wirtschaft, Politik und Militär – langfristig in Konkurrenz zu den USA zu treten. Großprojekte der terrestrischen, maritimen und arktischen Erschließung EurAsiens sollen v.a. die chinesische Wirtschaftsexpansion und internationale Vernetzung absichern. Auf vorhandene Probleme reagiert die chinesische Führung unter Xi traditionell, mit zunehmender (partei)politisch geführter Zentralisierung und staatlicher Machtkonzentration.

Die Europäische Union ist eine demokratische Großmacht der anderen Art - ein über 70 Jahre gewachsenes, vorrangig ökonomisches Integrationsbündnis von 27 Kontinentalstaaten (nach Vollzug des Brexit), mit einem starken Gemeinsamen Markt und der €-Währungsunion. Die politischen und militärischen Dimensionen der Integration wurde erst ab den 1980/1990er Jahren (inkonsequent) vorangetrieben. Die Achse Deutschland-Frankreich ist der hegemoniale EU-Nukleus im Kerneuropa. Die Spezifik der EU - ihre demokratische "Einheit in der Vielfalt" - wird von den zentralisierten anderen Großmächten im Wesen nicht verstanden bzw. abgelehnt. Die EU selbst leidet an Schwächen ihrer Führungseliten und einer Unterbewertung der eigenen zivilisatorischen Leistung als Großraum mit dem weltweit höchsten Lebensstandard. Das mangelnde Selbstvertrauen in ihre künftigen Möglichkeiten und spaltender nationalistischer Dünkel (typisch für die EU-Kleinstaaterei) sind profunde Handlungshindernisse. Innere Krisen muss die EU solidarisch eindämmen, wenn ihr erfolgreiches Bündnis das 21. Jahrhundert weltpolitisch mitgestalten will.1

Bei der Betrachtung großer Regionalmächte ist nüchterner Realismus angebracht. Japan bleibt absehbar eine vitale Volkswirtschaft, hat aber seinen Zenit der 1980er Jahre überschritten. Dem Inselreich fehlt das stabilisierende Hinterland eines großen Absatz- und Beschaffungsmarktes. Indien ringt mit existenziellen entwicklungshemmenden Problemen. Offensichtlich sind Disproportionen zwischen ungebremster Bevölkerungszunahme (vs. China) und einem nicht adäquaten Wirtschaftswachstum. Die katastrophale Umweltsituation und der angeschürte Hindu-Nationalismus sind darüber hinaus erschwerende Faktoren. Brasilien und Südafrika sind in der "globalen" BRICS-Vereinigung wohl doch eher krisengeschüttelte Problempartner. Historische Erfahrungen von disruptiven Brüchen in einer Vielzahl von Staaten Lateinamerikas, des Nahen und Mittleren Ostens sowie in Afrika in den letzten Jahrzehnten, erzwingen Skepsis bei Entwicklungsprognosen.

Das gilt differenziert auch für die Staatenwelt des sogenannten "Jahrhundert Asiens". In diesem Zusammenhang ist, besonders in der medialen Darstellung, aber auch in wissenschaftlichen Analysen, statt Realismus, eine positive wie auch negative "Idealisierung" schwerlich zu übersehen. Das betrifft sowohl das Gesamtkonstrukt Asiens als auch Einzelstaaten ("die Tiger Südostasiens" und Südkorea) sowie in besonderer Weise China. Bücher und Studien gibt es zuhauf. Einerseits die Überzeichnung der fraglos gewaltigen ökonomischen und sozialen Fortschritte sowie ihre lineare Fortschreibung in eine unbestimmbare Zukunft. Andererseits die Verdammung als totalitäre Diktatur nach innen sowie imperiale Expansionsmacht nach außen.

Es ist das Bewusstsein dafür zu schärfen, "dass der Fortschritt höchst ungleich verteilt und noch viel zu verbessern ist. Zu kurz kommt aber, dass die aufsteigenden Tendenzen auch wieder abbrechen können und extreme Ereignisse zwar sehr selten sind, dafür aber umso katastrophaler ausfallen."² Das 21. Jahrhundert wird von großen gesellschaftlichen Brüchen – wie schon jetzt sichtbar – nicht frei sein. Eine multipolare Welt gestaltet sich, noch dazu unter den Rahmenbedingungen destruktiver Klimaveränderung und Wirtschaftskriege, extrem widersprüchlich. Vereinfachte Auf- und Abstiegsszenarien (oft als vereinfachte "Nullsummenspiele" gedacht) unterschätzen die Komplexität, die zeitliche Dauer sowie die produktiven wie auch destruktiven Dimensionen

² Krell, Gert (2019): Weltordnung oder Weltunordnung, Leitperspektiven in den Internationalen Beziehungen. In: Zeitschrift für Politik, Nomos, Heft 1/2019, S. 6.

dieser Prozesse. Die Großmächte sind nicht mehr in der Lage eine überregionale bzw. globale (ordnende) Dominanz gegen andere Mächte durchzusetzen.

Staatsregulierte Wirtschaft

Wenden wir uns einer Fakten-Synopse und der Bewertung einiger traditioneller ökonomischer und militärischer Machtindikatoren sowie gesamtzivilisatorisch relevanteren Index-Vergleichen zu.

Als ausschlaggebende Kerngröße ökonomischer Entwicklung wird in der Mehrzahl der Publikationen trotz jahrzehntelanger kritischer Diskussionen das Bruttoinlandprodukt (BIP) gesehen. Mit dem Übergang der hochentwickelten Staaten von der Mangelwirtschaft zu Mega-Produktions- und Konsumgesellschaften in den 1950er bis 1970er Jahren ist die quantitative Steigerung des BIP nicht mehr die entscheidende Größe wirtschaftlicher Stärke moderner Volkswirtschaften. Wichtiger noch, sie untergräbt zunehmend die Existenzbedingungen dieser Gesellschaften sowie der menschlichen Zivilisation insgesamt. Der Club of Rome wies das in richtungsweisenden interdisziplinären Großstudien zu den "Grenzen des Wachstums" nach. Mit seinen Forderungen an die hochentwickelten Staaten nach "Null-Wachstum" (1972) und "Minus-Wachstum" (1992) wurde eine radikale Abkehr vom quantitativen sowie eine nachhaltig qualitative (!) Umorientierung des Wirtschaftswachstums eingefordert.3 Eine Steigerung des BIP von ca. einem Prozent bei Konzentration auf die Qualität ist in diesen Staaten ausreichend, um den Lebensstandard der Bevölkerung zu sichern und den Wohlstand qualitativ vernünftig auszubauen. Nachhaltige Konsequenzen werden sowohl durch die Führungseliten der schon damals hochentwickelten als auch die der nachfolgenden Aufstiegsstaaten seit Jahrzehnten blockiert. In den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts kommt es jetzt erwartungsgemäß und überfällig zu einer drastischen, anhaltenden Zuspitzung der Problemsituation.

Es existiert dafür durchaus ein globales Gefahrenbewusstsein, aber aufgrund von deutlich divergierenden Interessen keine globale Handlungsbereitschaft. Zur Lösung wären Grundsatzentscheidungen notwendig, insbesondere eine tiefgehende Umgestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen. Weg von der Konfrontation, von Handelskriegen, von extremer

³ Vgl. Meadows, Donella und Dennis, u.a. (1972): Die Grenzen des Wachstums. Zur Lage der Menschheit. DVA, Stuttgart 1972; Ders. (1992): Die neuen Grenzen des Wachstums. Bedrohung und Zukunftschancen. DVA, Stuttgart 1992.

wirtschaftsegoistischer Vorteilsnahme und schrittweise Hinwendung zu dauerhaft kooperativen Strukturen und Beziehungen. Das erfordert primär politische, nicht ökonomische Entscheidungen. Das marktwirtschaftliche System steht dabei grundsätzlich in Frage. Es gilt sich vom Irrglauben an die Wohlstands-Logik des Marktes sowie dem Euphemismus einer "freien Marktwirtschaft", bei Minimalisierung der Staatsaktivitäten, grundsätzlich zu verabschieden. Mit der Industrialisierung entstanden starke Staaten als Macht- und Herrschaftsinstrumente der Führungseliten. Eine ansteigende Staatsregulierung der Wirtschaft war und ist typisch für alle entwickelten Systemen seit Ende des 19. Jahrhunderts. Dabei gibt es graduelle (letztlich marginale) Unterschiede beim Wirtschaftsinterventionismus. Wesentlich für alle Wirtschaftssysteme sind anwachsende bzw. hohe Staatsquoten im Verhältnis zum BIP. Sie beliefen sich in den USA, Großbritannien, Deutschland und Frankreich um 1885 auf 10-15 Prozent und wurden bis zur Gegenwart auf 35-60 Prozent gesteigert. Dieser Aufwuchs wird sich, mit Blick auf die gegenwärtig anstehenden globalen Probleme, zu deren Lösung durchsetzungsfähige Staaten notwendig und in der Lage sind - im Gegensatz zu konkurrierenden Wirtschaftsunternehmen, mit hoher Wahrscheinlichkeit fortsetzen. Die Entwicklung hin zu staatsmonopolistischen Strukturen ist in allen fortgeschrittenen Wirtschaftssystemen unübersehbar.

Ökonomischer Vergleich "Großer Mächte" (2018)								
	Bevöl-							
	kerung	Bruttoinlandprodukt			Außenhandel			
					Export	Import	Saldo	Quote
	Mio.	Mrd\$	\$ pro Kopf	% global	Mrd\$	Mrd\$	Mrd\$	%
USA	333	20.580	61.800	24,2	1.664	2.614	-950	20,8
Russland	147	1.657	11.430	2,0	444	249	195	41,8
China	1.400	13.368	9.550	15,7	2.487	2.136	351	34,6
Indien	1.400	2.719	1.940	3,2	326	511	-185	30,8
Japan	127	4.972	39.150	5,9	738	749	11	29,9
Deutschland	83	3.951	47.600	4,7	1.560	1.286	274	72,0
Frankreich	68	2.780	40.880	3,3	582	673	-91	45,1
Italien	61	2.076	34.030	2,4	547	501	46	50,5
Großbritannien	67	2.829	42.220	3,3	486	674	-188	41,0
Quellen: IMF, WTO, eig. Berechnungen. Darstellung: Kai Kleinwächter (zeitgedanken.blog)								

Tabelle 1

Bei einem BIP-Vergleich der großen Einzelstaaten (s. Tab. 1) beindruckt vordergründig die täuschende "Magie der absoluten Zahlen". Die mit deutlichem Abstand "stärksten" Volkswirtschaften der Welt waren 2018 die Vereinigten Staaten mit ca. 20.600 Milliarden Dollar sowie die Europäische Union (ohne GB) mit ca. 15.000 Milliarden Dollar und China mit 13,400 Milliarden Dollar. Die höchsten Wachstumsraten der letzten 40 Jahre hatte China mit jährlich 14-8 Prozent. Seit 2010 sind diese kontinuierlich von 10 auf 6 Prozent gefallen und weniger wird erwartet. Das "Wirt-



Kai Kleinwächter

schaftswunder China" scheint seinem Ende entgegenzugehen (vergleichbar Japan und Deutschland in den 1950er-70er Jahren). Indien weist ein Wirtschaftswachstum von 8-6 Prozent auf und liegt mit dem BIP bei ca. 70 Prozent zu Deutschland. Die seit einem Jahrzehnt stagnierende Wirtschaft Russlands erreicht ca. 40 Prozent des BIP von Deutschland und ist z. Zt. schwächer als das aus EU-Sicht 'problematische' Italien.

Vorrangiger Indikator für den Wohlstand ist das BIP pro Kopf. Hochentwickelte Volkswirtschaften des "Westens" liegen bei ca. 35-60 Tausend Dollar pro Kopf. Russland und China hinken hier mit dem Faktor 1 zu 3-6; Indien sogar mit dem Faktor 1 zu 20-30 hinterher. Bei Ausbleiben große Kriseneinbrüche könnte China die USA zwar bis 2030 mit dem absoluten BIP überholen; aber noch 2050 beim BIP pro Kopf mit dem Faktor von 1 zu 2,5 hinter den USA zurück sein (China zu Deutschland 1 zu 2). In der Verteilungsbetrachtung von BIP pro Kopf kann China "den Westen" gegen Ende dieses oder erst Anfang des 22. Jahrhunderts einholen. Die Langfristplanung Chinas läuft darauf hinaus. Problematischer stellt sich die Lage für Indien dar. Es könnte in den nächsten Jahrzehnten zwar mit seinem absoluten BIP den Anschluss an die anderen Großmächte erreichen, hat aber beim BIP pro Kopf, als einem entscheidenden Faktor der Lebensqualität - angesichts von Bevölkerungsexplosion und instabiler Wirtschaft - bis tief ins nächste Jahrhundert wenig Aussicht auf einen positiven Durchbruch.

Bruttoinlandsprodukt "Großer Mächte" im Vergleich										
(1980 - 2050; in Mrd. US-\$)										
	1980 1990 2000 2010 2020* 2030 2050									
USA	2.857	5.963	10.252	14.992	22.322	23.475	34.102			
Russland	n.a.	92	279	1.636	1.658	2.111	5.127			
China	309	349	959	4.524	10.873	26.499	49.853			
Indien	189	327	477	1.708	3.202	7.841	28.021			
Japan	1.105	3.133	4.888	5.700	5.413	5.468	6.379			
Deutschland	947	1.765	1.950	3.417	4.000	4.347	6.138			
Frankreich	702	1.272	1.366	2.647	2.772	3.186	4.705			
Italien	482	1.171	1.145	2.129	2.040	2.278	3.115			
Großbritannien	605	1.191	1.651	2.455	2.717	3.530	5.369			
* ab 2020 Prognosen										
Quelle: Bundesstatistik (11/2019). Darstellung: Kai Kleinwächter (zeitgedanken.blog)										

Tabelle 2

Im Außenhandel ist mit Blick auf den von Trump zugespitztem Handels-/ Zollkrieg zu vermerken, dass die USA selbst, mit 950 Milliarden Dollar das größte Handelsdefizit aufweisen. Angesichts einer Außenhandelsquote von 21 Prozent weisen die USA die geringste Handelsverflechtung einer Großmacht mit dem Ausland aus. Sie können einen Handelskrieg gesamtwirtschaftlich besser verkraften können als ihre Hauptkonkurrenten. Im Gegensatz dazu ist China mit ca. 35 und Deutschland sogar mit über 70 Prozent viel empfindlicher von Handelskonflikten betroffen. Noch dazu, wenn der Außenhandelsüberschuss beider Staaten (2018: China 350, Deutschland 270 Milliarden Dollar) langfristig zulasten von Drittstaaten geht, handelspolitischen Konfliktstoff bietet und die konfrontative Argumentation von Trump partiell stützt. Das erklärt z.T. auch das kompromissbereite Einlenken Chinas bei den Zollverhandlungen mit den USA und das handelspolitische Lavieren Deutschlands.

Militär kontra Abrüstung

Das militärische Kräfteverhältnis zwischen den Großmächten im Doppelkontinent EurAsien ist überschaubar. Eine direkte Kriegsgefahr zwischen ihnen ist angesichts der gegenseitigen Verfügung über Raketenkernwaffen hochgradig unwahrscheinlich. Dadurch wird eine wesentliche (wenn auch sehr problematische) Rahmenbedingung für eine friedliche Entwicklung gewährleistet. Das seit den 1960er Jahren global wirkende Prinzip der

gegenseitig gesicherten Zerstörung (MAD) zwischen den USA und Russland deckt den eurasischen Raum mit ab. Durch die nukleare Aufrüstung von China, Indien und Pakistan, Israel und Nordkorea, kommen komplizierende Faktoren der (Selbst)Abschreckung hinzu. Eine weitere Verbreitung von Atomwaffen ist laut SIPRI-Analyse gering, aber möglich. Das ändert jedoch die Grundsituation nicht. Der Grenznutzen, die Grenzleistungsfähigkeit von Kernwaffen ist mehrfach überschritten: Es gibt keine militärisch sinnvollen Einsatzmöglichkeiten, keine Siegoption im Nuklearkrieg und eine Drohung ihrer Anwendung ist politisch unglaubwürdig. Es bedarf in diesem Zusammenhang einer Neubewertung der Rolle der Kernwaffen in den internationalen Beziehungen, von ihrer ein-/erst-maligen Anwendung 1945 in der Endphase des zweiten Weltkrieges bis zur Gegenwart. 4 Ende der 1990er Jahre konstatierte der US-Präsidentenberater Brzezinski: "Vor dem direkten Einsatz von Macht schreckt man heute mehr zurück als in der Vergangenheit. Angesichts der Atomwaffen hat der Krieg als Mittel der Politik oder auch nur als Drohung dramatisch an Sinn eingebüßt. ... Somit sind politisches Taktieren, Diplomatie, Koalitionsbildung, Mitbestimmung und der wohlerwogene Einsatz eigener politischer Aktivposten zu wesentlichen Kriterien einer erfolgreichen Geostrategie auf dem eurasischen Schachbrett geworden."5 In diesem Zusammenhang wäre über eine (objektiv erzwungene und subjektiv verstandene) Friedensfähigkeit der Führungseliten nuklearer Mächte nachzudenken.

Diese Gesamtsituation schließt extrem zerstörerische, konventionelle Bürgerkriege und Kriege zwischen Nichtkernwaffenstaaten sowie Stellvertreterkriege inklusive einer Initiierung-/Beteiligung von Groß- und Regionalmächten nicht aus. Der Nahe Osten ist dafür exemplarisch. Die beteiligten Großmächte achten dabei jedoch darauf, sich gegenseitig über wesentliche Militäraktionen, insbesondere Raketenschläge, Luftangriffe und wichtige Truppenbewegungen, vorher zu informieren, z.T. sich sogar abzustimmen. Eine direkte Konfrontation bzw. Eskalation zwischen ihnen soll ausgeschlossen werden. Die Kriege in Afghanistan und im Raum Syrien-Irak demonstrieren das seit Jahren. Parallel dazu, finden intensive politisch-diplomatische Kontakte statt. Trotzdem ist eine Beendigung der Regionalkriege sowie Lösungen der Konflikte nicht absehbar. Der seit

⁴ Vgl. Kleinwächter, Lutz (2018): Bedrohung durch einen Atomkrieg? Eine Schimäre! In: WeltTrends 142, August 2018 (s. a.

⁵ Brzezinski, Zbigniew (1999): Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Fischer, Frankfurt am Main 1999, S. 60.

über sieben Jahrzehnte andauernde arabisch-israelische Nahostkonflikt, mit vier Kriegen unter Beteiligung bzw. Unterstützung von Großmächten auf allen Seiten, ist dafür ein makabres Beispiel.

Militärischer Vergleich "Großer Mächte" (2018)								
	Soldaten	Militärhaushalt			Rüstungs- Exporte (2014-18)	Kernspreng- köpfe		
	Tsd.	Mrd\$	% BIP	% global	% global	gesamt		
USA	1.430	649	3,2	35,6	36,0	6.450		
Russland	1.040	61	3,7	3,3	21,0	6.850		
China	2.260	250	1,9	13,7	5,2 (?)	280		
Indien	1.325	67	2,5	3,7	n.a.	140		
Japan	247	47	0,9	2,6	n.a.	0		
Deutschland	182	50	1,3	2,7	6,4	0		
Frankreich	227	64	2,3	3,5	6,8	300		
Italien	176	28	1,3	1,5	2,3	0		
Großbritannien	147	50	1,8	2,7	4,2	215		
Quellen: SIPRI, eig. Berechnungen. Darstellung: Kai Kleinwächter (zeitgedanken.blog)								

Tabelle 3

Bei der Analyse der Militärhaushalte (s. Tab. 2) zeigen sich die USA im NATO-Bündnis mit westlichen Staaten, als Hauptverursacher des Wettrüstens. Allein der US-Militärhaushalt umfasst jährlich ca. 650 Milliarden Dollar, das entspricht knapp einem Drittel der globalen Rüstungsausgaben (1.822 Mrd. Dollar, lt. SIPRI). Hinzu kommen noch über 200 Milliarden Dollar der NATO-Partner. Eine gigantische Hochrüstung der Großmächte des "Westens" ohne reale Bedrohung – eine überzeugende Analyse steht aus.

China hat in den letzten Jahren seinen Haushalt beschleunigt auf 250 Mrd. Dollar aufgestockt, modernisiert seine konventionellen Streitkräfte und baut die Raketenkernwaffen im Rahmen einer "defensiven Landesverteidigung" zur "Erhöhung der Fähigkeit nuklearer Abschreckung und zur Führung von Gegenschlägen"6 aus.

Russland praktiziert offenbar - auch im Ergebnis der historischen Erfahrung einer auszehrenden Überdehnung während des Kalten Krieges - eine Militärdoktrin der "Minimalabschreckung". Entsprechend wurde das Militärbudget konzentriert und unter Berücksichtigung eines

⁶ Vql. Informationsbüro des Staatsrates der Volksrepublik China (2019); Chinas Landesverteidigung im neuen Zeitalter (Übersetzung und Bearbeitung von Bernd Biedermann), Juli 2019, S. 14.

vergleichsweise "kleinen BIP" sogar gekürzt. Demonstrativ wird eine nukleare Zweitschlagkapazität mit modernster Raketentechnik (u. a. Mehrfach-Hyperschallwaffen) ausgebaut. Diese "notwendige" Rüstungspolitik bremst dennoch die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung. Russland und China sind auf ihre militärische und ökonomische/ technologische Kooperation, wenn auch graduell unterschiedlich angewiesen. Für den russischen Außenminister Lawrow handelt es sich "um zwischenstaatliche Beziehungen eines neuen Typs, um ein neues Kooperationsmodell für das 21. Jahrhundert." (24.08.2015) Beide Staaten sehen sich gegenseitig in einer strategischen Partnerschaft.

Im weltweiten Handel mit Rüstungsgütern spiegeln sich ähnliche Prozesse wider. 2014 bis 2018 dominierten die NATO-Staaten den internationalen Rüstungsmarkt mit über der Hälfte der weltweiten Exporte: USA ca. 36 Prozent und die vier großen europäischen NATO-Partner zusammen ca. 20 Prozent. Russland belieferte den globalen Rüstungsmarkt mit 21 Prozent. Neuere SIPRI-Studien sehen China mit über 50 Milliarden Dollar noch vor Russland am internationalen Rüstungsmarkt. Deutschlands Anteil von 6-7 Prozent (2019 ca. 9 Milliarden Dollar) hat im Verhältnis zum Außenhandel eine Größe von unter einem Prozent. Hier sollte ernsthaft darüber nachgedacht werden, die Rüstungsindustrie Deutschland (mit ca. 80.000 Beschäftigten) zu verstaatlichen und den Rüstungsexport deutlich abzusenken, inklusive drastischer Exportverbote. Nationale und internationale Initiativen zur Einschränkung des internationalen Handels insbesondere von konventionellen Großkampfsystemen und schweren Waffen waren bislang erfolglos.

Der Prozess konventioneller und nuklearer Rüstungsbegrenzung und Abrüstung ist nach der Jahrhundertwende nahezu zum Stillstand gekommen. Verhandlungen werden verzögert, bestehende Verträge ausgesetzt und gekündigt.

Konventionell. Die seit 1973 verhandelte, gegenseitige Reduzierung konventioneller Streitkräfte vom Ural bis zum Atlantik (MBFR) wurde 1989 beendet und 1990 in den Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) mit entsprechenden Obergrenzen überführt. In den 1990er Jahren fand noch eine drastische Reduzierung schwerer konventioneller Waffen statt. Der Folgevertrag von 2004 zur Anpassung an die sich verändernden politischen und militärischen Rahmenbedingen wurde von den NATO-Staaten nicht in Kraft gesetzt und Russland beendete daraufhin 2007 die Umsetzung. Folgegespräche scheiterten und der Gesamtprozess endete (vorerst) 2015.

Nuklear: Den seit 1969 laufenden bilateralen Verhandlungen der Großmächte USA-Sowjetunion/Russland über die Begrenzung und Reduzierung der nuklearstrategischen Waffen (SALT, START) droht das Scheitern. Wichtige Verträge – zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen (ABM) und zur Beseitigung von Nuklearraketen mittlerer Reichweite (INF) - wurden durch die USA 2002 bzw. 2019 gekündigt. Ebenso verließ Trump 2019 den 13 Jahre lang ausgehandelten Vertrag mit dem Iran zur Einstellung der Nuklearrüstung.

Die während des Kalten Krieges geschaffene "Abrüstungs-Architektur" multi- und bilateraler Gremien genügt offenbar den gegenwärtigen Herausforderungen einer multipolaren Welt nicht mehr. Künftige Verhandlungen werden angesichts der veränderten militärischen Kräfteverhältnisse, geostrategischer Umbewertungen und neuartiger Rüstungsfelder (Cyberwar, Weltraumrüstung, automatisierte Gefechtsführung) stärker multilaterale Ansätze berücksichtigen müssen. Auf absehbare Zeit ist Vertrauensbildung, Rationalität und Deeskalation vorrangig. "Weiche Faktoren" der Außen- und Militärpolitik wie Gipfeldiplomatie, Dialoge zu sicherheitsbildenden Maßnahmen sowie umfassende Informationen sind zu verstetigen. Drastische Schritte zu einer regionalen, geschweige denn globalen Abrüstung sowohl nuklear wie konventionell sind mittelfristig nicht zu erwarten. Dazu bedarf es einer zivilisatorischen Reife, die die Menschheit noch nicht erreicht hat.

Beschränkte Zukunftsprognosen

Die Komplexität der zivilisatorischen Gesamtsituation von Staaten und Völkern ist mit Einzelkennziffern nur sehr bedingt darstellbar. Im Unterschied dazu haben Index-Kennziffern, die auf der Grundlage von Meta-Analysen erstellt werden und eine Vielzahl von Kennziffern in ihren Wechselbeziehungen zu einem Gesamtergebnis zusammenfassen und gewichten, eine deutlich höhere Aussagekraft. Der von der UNO seit 1990 jährlich ermittelte Index menschlicher Entwicklung (HDI) erfasst das BIP pro Kopf, die Lebenserwartung und die Dauer der Schulausbildung der Bevölkerung von ca. 190 Staaten. Die Positionierungen von China (Platz 85) und insbesondere Indien (129) zeigen hier im Vergleich mit den anderen Großmächten (USA 15, EU 4-30, Russland 49) gravierende Defizite einer nachzuholenden Entwicklung.

Überdeutlich wird der Krisenzustand beider Staaten unter Hinzuziehung der Umweltsituation. Der entsprechende Index erfasst 16 Indikatoren von 180 Staaten u. a. Gesundheit, Luft- und Wasserqualität, Biodiversität sowie Energie- und Rohstoffressourcen. Für Indien (177) und Teile Chinas (120) muss der Umweltstandard als hochgradig kritisch für große Teile der Bevölkerung eingeschätzt werden. Das dynamische Wirtschaftswachstum der Vergangenheit wurde wesentlich zulasten der Umwelt realisiert (ähnlich den Industriegesellschaften des Westens im 19./20. Jahrhundert). Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsgröße von jeweils 1.400 Milliarden, leben allein in Indien und China ca. ein Drittel der Menschheit in akut problematischen Umweltverhältnissen, die einer jahrzehntelangen Stabilisierungspolitik bedürfen und wesentliche Teile des BIP beanspruchen werden.

Zivilisatorischer Index-Vergleich "Großer Mächte" (2018)								
	Entwicklung Index (HDI) v. 189	Umwelt-Index (EPI) v. 180	Anzahl benö- tigte Erden	Militarisierung Index v. 155				
Platz				1990	2018			
USA	15	27	5,0	22	34			
Russland	49	52	3,2	8 (,95)	6			
China	85	120	2,2	97	95			
Indien	129	177	0,7	98	89			
Japan	19	20	2,8	86	111			
Deutschland	4	13	3,0	58 (,95)	100			
Frankreich	26	2	2,7	29	59			
Italien	29	16	2,7	44	83			
Großbritannien	15	6	2,7	85	74			
Quellen: UNDP, BICC 2018, EU-Kommission. Darstellung: Kai Kleinwächter (zeitgedanken.blog)								

Tabelle 4

Es bedarf einer grundsätzlichen Veränderung der Lebensweise – der Produktion und des Konsums, sowohl in den hochentwickelten, wie auch aufholenden Ländern. Die Grenze der "ökologischen Tragfähigkeit" der Erde wurde bereits in den 1980/90er Jahren überschritten.⁷ Das wird überdeutlich an der parasitären Lebensweise in den hochentwickelten Staaten, extrem in den USA: Wenn alle Menschen so leben wollten wie die dortige Bevölkerung, braucht die Menschheit 5 Erden (Deutschland 3). Indiens (0,7) Lebensstandard passt noch ins globale Ökosystem, dessen Lebensniveau wird jedoch von der Mehrheit der Erdbevölkerung nicht akzeptiert.

Das "Bonn International Center for Conversion (BICC)" veröffentlicht seit 1990 einen Index der Militarisierung. Anhand von drei Hauptindikatoren, die militärische und zivile Kriterien ins Verhältnis setzen, wird der Militarisierungsgrad von über 150 Staaten ausgewiesen: (1) Rüstungsbudget zu den Gesundheitsausgaben und BIP. (2) Militärpersonal zur Bevölkerungsgröße und Anzahl der Ärzte; (3) Schwere Waffen – Panzer, Artillerie, Flugzeuge, Kriegsschiffe – im Verhältnis zur Bevölkerung. Durch diese Kombination wird auch die zivilisatorische Belastung der Völker durch das Militär verdeutlicht. Seit Beginn der Erhebungen ist Israel mit Platz 1, das am höchsten militarisierte Land der Welt. Mit Platz 6 hat die Bevölkerung Russlands, die verhältnismäßig größten Militärlasten im Vergleich zu den anderen Großmächten zu tragen. Hier schlägt das niedrige BIP belastend zu Buche, angesichts der jahrzehntelangen gewaltigen Anstrengungen zur Aufrechterhaltung eines militärstrategischen Gleichgewichts. In der Systemkonkurrenz mit den USA (Platz 34) zeigen sich hier (anhaltende) Schäden einer Politik des "Kaputtrüstens". China (95) und insbesondere Japan (111) praktizieren ein ausgewogeneres Verhältnis von Militär- und Zivilausgaben. Die Hauptstaaten der EU (59-100) versuchen, trotz steigender Hochrüstung, die militärischen Belastungen in einen verträglicheren Ausgleich zum Lebensstandard der Bevölkerung zu bringen. Speziell Deutschland verzögert auch deshalb das von der NATO beschlossene "2-Prozent-Ziel" vom BIP für Rüstung.

Worldwide Governance Indicators und Demokratie-Index (2018)							
	Demo- kratie/ Freiheit	Politische Stabilität	Effektivi- tät Regie- rung	Staat- liche Regulie- rung	Herr- schaft Recht	Kontrolle Korrup- tion	Demo- kratie -Index
Platz von	100	100	100	100	100	100	10-1
USA	81	62	92	92	90	88	8,0
Russland	19	29	50	32	20	21	2,9
China	9	37	70	48	48	46	3,3
Indien	60	15	64	47	55	50	7,2
Japan	80	88	94	88	90	89	8,0
Deutschland	95	67	93	95	91	95	8,7
Frankreich	88	52	92	84	89	88	7,8
Italien	82	58	68	74	61	62	7,7
Großbrit.	94	48	88	96	92	93	8,5
Quellen: Worldbank 2019, The Economist. Darstellung: Kai Kleinwächter (zeitgedanken.blog)							

Tabelle 5

Die von der Weltbank publizierten globalen Governance-Indikatoren stützen sich auf zahlreiche Befragungen vorrangig westlich-staatsnaher Institutionen. Sie sind politisch stark geprägt von Positionen eines "ethischen Imperialismus". Ihre jährlichen Bewertungen unterliegen großen Schwankungen, oftmals abhängig von zeitweiligen konfrontativen Kampagnen. Bewertungsmaßstab ist das liberale anglo-amerikanische Staats-/ Gesellschaftssystem. Demgemäß kritisch werden Russland, China und Indien bei den Kriterien "Demokratie, Freiheit, politische Stabilität" bewertet. Zusammenhänge und Widersprüche zwischen den verschiedenen Staaten und Indikatoren bedürfen einer weitergehenden Analyse. So korrespondiert die relativ positive Bewertung Indiens gegenüber China nicht mir den sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Erfolgen beider Länder. Die Rollen von Staat, Regierung und Regulierung sind genauer zu untersuchen.

Seit 2006 erstellt von der britischen Zeitschrift "The Economist", erfasst der Demokratie-Index Regierungsfunktionen, Wahlen und Pluralismus, politische Teilhabe und Kultur sowie Bürgerrechte. Die Kriterien und ihre Bewertung orientieren sich inhaltlich-politisch auch am "westlichen" Wertekanon als globalem Maßstab. Demgemäß haben Russland (2,9) und China (3,3) die niedrigsten Bewertungen im Vergleich großer Mächte (Nordkorea 1,1). Indiens hinduistische Kastengesellschaft wird absurderweise als "größte Demokratie der Erde" mit der Kennziffer 7,2 bewertet, nahezu gleichauf mit den EU-Staaten, den USA und Japan (7,7-8,7). Für sachdienliche Vergleiche sind auch bei diesem Index die Einzelkennziffern differenzierter zu analysieren bzw. interkulturell zu erweitern.

Die Analyse und Bewertung der "zivilisatorischen" Index-Kennziffern zeigt die Beschränktheit eines Vergleichs der Entwicklung von Großmächten. Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung, der Aufstieg und Fall großer Mächte, ist in einer zunehmend globalisierten, interaktiven Welt nur mit großen Unsicherheiten und prekären Wahrscheinlichkeiten erfassbar. Großmächte sind Kernstaaten von Kulturen, die über Jahrhunderte, z. T. Jahrtausende, große Eigenständigkeit und Besonderheiten aufweisen. Eine kulturelle Dominanz von Großmächten – geschweige denn, eine missionarische Überwältigung anderer Großkulturen – ist in der heutigen Weltzivilisation ausgeschlossen.

Schlussfolgerungen

Die Zeitalter dominanter Imperien und Großmächte sind Vergangenheit. Die Entwicklungsmöglichkeiten der großen Mächte sind offen und allseitig ambivalent. Es ist angesichts der Darlegungen wahrscheinlich, "dass sich kein neuer Hegemon herauskristallisiert, was optimistisch gesehen ein multipolares, friedliches Gleichgewicht, pessimistisch interpretiert hingegen permanente Instabilität mit hoher Kriegsgefahr bedeuten kann."⁸ Beim Vergleich der Großmächte ergeben sich drei zentrale Schlussfolgerungen:

- 1. Ökonomie. Die zwei westlichen Zentren USA und EU sowie abgestuft Japan - werden wahrscheinlich im 21. Jahrhunderts ökonomisch führend bleiben. Das betrifft insbesondere ihr wirtschaftliches Potential, um der gesamten(!) Bevölkerung einen hohe Lebensqualität zu ermöglichen. China und vor allem Indien werden das in den nächsten Jahrzehnten noch nicht realisieren können.
- 2. Militär. Zwischen den Großmächten herrscht ein militärstrategisches Patt - sowohl im konventionellen als auch im Bereich der Massenvernichtungswaffen. Das instabile Gleichgewicht der Abschreckung bedeutet für die westlichen Mächte, das die Option der militärischen Unterwerfung – wie sie noch im 19. Jahrhundert bestand – endgültig unrealistisch ist.
- 3. Ökologie. Die großen Mächte leben über ihre Verhältnisse und sehen existentiellen ökologischen Herausforderungen entgegen. Alle müssen ihre Gesellschaftssysteme umgestalten. Das wird die zentrale Frage von Aufstieg und Fall der Mächte im 21. Jahrhunderts. Großmächte, die in den nächsten Jahrzehnten keine nachhaltige Gesellschaft aufbauen, werden den Anschluss verlieren. Die EU und China haben - bei aller Widersprüchlichkeit – diese Herausforderung angenommen. Indien, Russland und derzeit auch die USA sind bislang nicht fähig bzw. willens entsprechende Reformen umzusetzen.

Vorrangige Aufgabe deutscher Außenpolitik muss eine Stabilitätsstrategie im kontinentalen Dreieck Europa – Asien – Nordamerika sein:

Komlosy, Andrea (2018): Krisen, lange Wellen und die Weltsystemtheorie. In: Zeitschrift für Weltgeschichte, Heft 2, Herbst 2018. Berlin 2019. S. 241.

Europa. Im Vordergrund stehen die Einigung der Europäischen Union und ihre verantwortliche Rolle als überregionale und zunehmend globale Friedensmacht. Nur im engen Bündnis können Deutschland und Frankreich als machtvolle EU-Kernstaaten ihre zentrale Rolle wahrnehmen. Demgemäß vereinbarten sie im vergangenem Jahr in Aachen – in Kontinuität zum Élysée-Vertrag von 1963 – die Vertiefung ihrer "Zusammenarbeit in der Europapolitik. Sie setzen sich für eine wirksame und starke Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ein und stärken und vertiefen die Wirtschafts- und Währungsunion." (19.01.2019) Die objektiv hegemoniale Position der EU-Kernstaaten darf jedoch nicht zu imperialem Dominanzverhalten ausarten. Wichtig ist es, die mittelfristige inhaltliche und geographische Finalität der EU-Integration massenverständlich zu realisieren 9

EurAsien. Der Doppelkontinent bietet für eine Kooperation der EU mit Russland, China und Indien außerordentliche Zukunftsoptionen. Deutschland kann dabei (wie historisch schon praktiziert) eine "Brückenfunktion" übernehmen. Eine nachhaltige Modernisierung steht dabei im Mittelpunkt. Vorrang haben wirtschaftliche Großprojekte wie die Ausweitung des gegenseitigen Handels, der Energie- und Rohversorgung sowie der Logistik. Jegliche Sanktionspolitik ist kontraproduktiv. Das durch die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE/OSZE) seit den 1970er Jahren vorhandene Beziehungsgeflecht, ist ein Schatz der europäischen Zivilisation. Es muss (wieder)belebt, ausgebaut und langfristig in die eurasische Staatenwelt, inklusive dem Nahen- und Mittleren Osten (KSZ-NMO) eingebracht werden. Eine konzeptionelle Erweiterung auf Nordafrika (AfroEurAsien) ist notwendig.

Nordamerika. Überfällig ist eine schrittweise Schaffung der ökonomischen, politischen und letztlich auch militärischen Unabhängigkeit von den USA, bei Aufrechterhaltung kooperativer transatlantischer Beziehungen. Eine Neubewertung des Verhältnis Deutschland/EU zur anglo-amerikanische Partnerschaft nach dem Brexit steht aus. Wobei konsequent zu akzeptieren ist, dass für Großbritannien das historische Sonderbündnis mit den USA eine größere Bedeutung hat, als die Bindung an die EU.

Vgl. Kleinwächter, Lutz (2018): Deutsche Europapolitik. Anregungen für eine Zukunftsstrategie. In: Krämer, Raimund, (Hrsg.): Nachdenken über Europa, WeltTrends, Potsdam 2018, S. 131ff, (s. a. zeitgedanken.blog).

Es bedarf neuer sinnstiftender Erzählungen und Visionen für eine friedlich-kooperative Gestaltung EurAsiens und der Welt insgesamt.¹⁰ Im Mittelpunkt steht dabei die Stärkung einer multilateralen (!) Stabilität. Die US-Anmaßung als einziger "Supermacht" war genauso absurd, wie die Propagierung vom "Ende der Geschichte". Die Lösung globaler Probleme erfordert die Berücksichtigung des interkulturellen Grundsatzes einer "Akzeptanz der Vielfalt und Andersartigkeit". Eine konsequente Umsetzung des völkerrechtlichen Prinzips der "Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten" im Rahmen einer Politik der friedlichen Koexistenz, wären dem dienlich. Das große Rad der Geschichte dreht sich, eine neue Weltordnung entsteht. Die EU mit Deutschland kann einen positiven Beitrag leisten. ...

10 Vgl. Kleinwächter, Kai (2018): Neue Narrative für den Frieden. In: Krämer, Raimund (Hrsg.): Jenseits der Konfrontation! WeltTrends, Potsdam 2018, S. 54ff, (s. a. zeitgedanken.blog).



Malte Behrmann / Annabell Knipp / Carolin Roitzheim Vorbild Asien?

Technischen Errungenschaften sind wichtige Voraussetzungen für gesellschaftliche Veränderungen. Europa hat in den letzten 20 Jahren diese Innovationen vor allem in einen gemeinsamen Kommunikationsraum "des Westens" übernommen, denn die Nutzerakzeptanz in Europa orientiert sich an Neuerungen aus den USA. Weniger bekannt ist die Tatsache, dass viele dieser Neuerungen ursprünglich aus Asien stammen. Dieses Buch sucht Antworten auf die Frage, ob und inwieweit in der Medienwirtschaft Geschäftsmodelle aus Asien in Europa eingeführt werden können.

> WeltTrends, Potsdam 2019 ISBN 978-3-947802-30-2 | 12,90 Euro

Zwischen Kooperation und Konkurrenz – Europa und Asien im 21. Jahrhundert

Bericht von der Konferenz

Hubert Thielicke

In der Diskussion um eine neue Weltordnung kommt dem Raum zwischen Lissabon und Wladiwostok eine besondere Bedeutung zu. Als "eurasischer Raum" steht er heute im Fokus sowohl unterschiedlicher Akteure der globalen Politik als auch der strategischen Debatten in den verschiedenen Ländern.

Die jüngsten Aktivitäten Chinas hinsichtlich einer "neuen Seidenstraße" (Belt and Road Initiative – BRI) und die auf Initiative Kasachstans und Russlands gegründete Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) sind prominente Beispiele des wirtschaftlichen und auch politischen Ringens um diesen Raum. Angesichts der wirtschaftlichen und institutionellen Dynamiken einerseits und der politisch-militärischen Differenzen andererseits haben die Entwicklungen im eurasischen Raum einen erheblichen Einfluss auf die globale internationale Lage und sind damit friedenspolitisch von größter Bedeutung.

Den widerspruchsvollen Entwicklungen im eurasischen Raum widmete sich Anfang November vorigen Jahres der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und dem *WeltTrends*-Institut für Internationale Politik (IIP) organisierte Potsdamer Außenpolitische Dialog 2019. Die traditionsreiche außenpolitische Fachtagung findet seit zwei Jahrzehnten in der brandenburgischen Landeshauptstadt statt. Experten aus Deutschland und Staaten der Region diskutierten solche Fragen wie: Welche Konzepte und Strategien werden von wichtigen Akteuren verfolgt? Wie steht es um die institutionellen und informellen Strukturen? Welche Rolle spielt Deutschland in Eurasien?

Konzepte und Strategien

Raimund Krämer, Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und Chefredakteur der außenpolitischen Zeitschrift Welt Trends, betonte bei der Eröffnung, dass die Tagung mit viel

Ökonomischem verbunden sei, was für eine marxistisch denkende Linke natürlich selbstverständlich wäre. Jedoch sollte nicht vergessen werden, dass es hier um einen zutiefst politischen Prozess gehe. Im Kern wäre ein zentraler Prozess der Neuordnung der internationalen Beziehungen zu diskutieren. Wenn es dabei in Richtung Multipolarität gehe, was heute sichtbar auf der Hand liege, so sei damit nicht automatisch die Friedensfrage gelöst. Im Gegenteil, der Abstieg von hegemonialen Mächten und der damit verbundene Aufstieg neuer Machte, so erinnerte der Historiker Leopold von Ranke, war stets mit bewaffneten Konflikten verknüpft. Und das Konfliktpotenzial in diesem Raum sei erheblich.

Die Lage in Eurasien werde vor allem von China, Russland und der Europäischen Union bestimmt, betonte Helmut Scholz (MdEP, DIE LINKE) zu Beginn des ersten Panels. Allerdings habe die EU keine wirkliche eurasische Strategie, sondern verfolge nur eine angepasste Politik, die im Grunde auf Freihandelsabkommen mit einzelnen Staaten hinauslaufe. Auch ihre neue Zentralasien-Strategie sei eigentlich nur Stückwerk. Wenn sie jedoch als ernster Akteur auftreten wolle, müsse die EU eine einheitliche Strategie entwickeln. Entscheidend sei die Frage, wer die Regeln bestimme. Allein auf den "Export westlicher Werte" zu setzen, werde nicht reichen, die Interessen aller Seiten müssten berücksichtigt werden, wobei China und Russland mit ihren Integrationsmodellen bereits weit fortgeschritten seien. Von außen wirken die USA auf den Raum ein. Bei ihnen spiele das von Zbigniew Brzezinski entwickelte Konzept von Eurasien als "Schachbrett" der Weltpolitik nach wie vor eine große Rolle. Donald Trumps "America first" laufe im Grunde darauf hinaus, den wirtschaftlichen Niedergang der USA aufzuhalten, China zurückzudrängen und auf einer eigenen Vormachtstellung zu beharren.

Für Russland stehe die Integration im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion im Vordergrund, ein Konzept, das auf eine 1994 in Moskau vom damaligen Präsidenten Kasachstans, Nursultan Nasarbajew, geäußerte Idee zurückgehe, meinte Peter Linke (derzeit Almaty). Heute gehören dem Integrationsprojekt neben den Gründungsmitgliedern Belarus, Kasachstan und Russland weiterhin Armenien und Kirgistan an. Abkommen über Freihandel wurden bisher mit Vietnam, Singapur und Serbien geschlossenes, wie auch ein Interimsabkommen mit Iran. Praktisch handele es sich dabei um eine "neue russische Ostpolitik", die von dem Gedanken bestimmt würde, dass Russland weder Ost noch West sei, sondern eine "hybride Mentalität" besitze, "transkontinental" sei. Die eurasische Idee spielte schon seit langem eine wichtige Rolle im russischen Denken und gewinne heute immer mehr an Bedeutung. In der anschließenden Diskussion kritisierte der Russland-Experte Alexander Rahr (IIP), dass die Eurasien-Diskussion im Westen nicht genügend ernst genommen würde. Oft höre man den Einwand "Russland und China können doch gar nicht miteinander". Gerade die jüngste Tagung des "Waldai-Klubs" habe aber gezeigt, dass die Idee eines "Groß-Eurasiens" immer mehr Anklang finde. Es gehe eben um einen gigantischen Wirtschaftsraum.

Das Konzept "Wirtschaftsgürtel Neue Seidenstraße" wurde vom chinesischen Präsidenten Xi Jinping 2013 in Kasachstan verkündet, als ein friedliches, offenes und integratives Vorhaben, so Chen Zhuangying (Shanghai International Studies University). Es ginge um Investitionen von mehr als 100 Milliarden US-Dollar, vor allem in die Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur. Der Hintergrund dafür sei:

- China verfüge über beträchtliche Überkapazitäten bei Produktion und Devisen, die genutzt werden sollen.
- Es bestehe großer Bedarf an Öl-, Gas- und Mineralressourcen, für die Importwege gebraucht werden.
- Chinas Produktionskapazitäten konzentrieren sich in den Küstengebieten, seien bei militärischen Konflikten in Gefahr, angegriffen zu werden.
- Zu den Nachbarländern bestünden gute Beziehungen, sie wollten von Chinas Aufschwung profitieren.



Auch in Europa stoße das chinesische Projekt zunehmend auf Interesse, wovon das "17+1"-Kooperationsformat, aber auch die mit Italien, Luxemburg und der Schweiz geschlossenen Vereinbarungen zeugten. Insgesamt lege China Wert auf ein pragmatisches Herangehen, die sogenannten westlichen Werte hätten für Asien, wo es traditionell um das Kollektive ginge, wenig Bedeutung. So hätte es eben in Zentralasien bisher nie eine demokratische Tradition gegeben.

Institutionelle und informelle Strukturen

Mit dem Übergang von der unipolaren zur multipolaren Weltordnung geht im eurasischen Raum eine Machtverschiebung von West nach Ost einher, Strukturen müssen sich anpassen, neue entstehen - das verdeutlichte die Diskussion im zweiten Panel. Auf die Lage im eurasischen Raum und vor allem Zentralasien ging Bulat Sultanow (Deutsch-Kasachische Universität, Almaty) ein. Zentralasien befinde sich im Epizentrum eines Dreiecks zwischen Russland, China und der islamischen Welt. Ein schwieriges Problem sei das Anwachsen radikaler religiöser Bewegungen in der Region und Nachbarländern – Afghanistan, Iran, Pakistan, Türkei. Grundfaktoren einer möglichen Destabilisierung der Situation in Zentralasien wären vor allem,

- dass der Prozess der gesellschaftspolitischen und sozial-ökonomischen Umgestaltung der Länder der Region noch nicht vollendet ist und
- dass ihre politischen Eliten nicht an einer innerregionalen Integration interessiert sind.

Infolgedessen sind in den Ländern Zentralasiens folgende Prozesse zu beobachten:

- ein Wachstum der sozialen Polarisierung;
- die Senkung des Lebensniveaus der Masse der Bevölkerung und
- ein Anwachsen der sozialpolitischen Spannungen.

So verfüge in Kasachstan eine winzige Gruppe von Oligarchen über riesige nationale Ressourcen. Für Kasachstan seien Russland und China die wichtigsten außenpolitischen Richtungen. Vorrangige Bedeutung hätten die EAWU und das chinesische BRI-Projekt. Immerhin gehe es bei der Eurasischen Wirtschaftsunion um einen Markt von bisher 183 Millionen Menschen. Für das chinesische Projekt ist Kasachstan ein außerordentlich wichtiger Verkehrsknotenpunkt, der den Norden und Süden, den Osten und Westen Eurasiens verbindet. Das von Präsident Putin angeregte Projekt "Großer Eurasischen Raum" stehe die Zusammenführung der Potenziale der EAWU, der BRI, der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), der ASEAN und der EU im Mittelpunkt, also ein Kooperationsraum vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean. Mit der jüngsten Erweiterung durch Indien und Pakistan stärkte die SOZ ihre Rolle als weltweit größte Regionalorganisation.

Auf Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen dem Aufstieg der USA zur Weltmacht in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts und der weltpolitischen Agenda der VR China im frühen 21. Jahrhunderts verwies Wolfram Wallraf (IIP, Potsdam). Mit China entstehe eine neue Weltmacht, die nicht nur ihre enorme Wirtschafts- und Finanzkraft, ihr politisch-diplomatisches Gewicht und ihre militärische Statur, sondern auch ihre wachsende soft power im Sinne kommunikativer interkultureller Kompetenz und ihrer Vorbildwirkung für Modernisierungserfolg in der Dritten Welt nutze, um multilaterale Netzwerke und internationale Regime aufzubauen. Freier Zugang zum Weltmarkt bedeute für China nicht nur barrierefreie Exporte von Industriegütern, sondern auch die dauerhafte und verlässliche Beseitigung der Hemmnisse für Kommunikationstechnologien und die damit verbundenen Dienstleistungen, für Technologietransfer und Direktinvestitionen. Ebenso wichtig sei es für Beijing, die Verwundbarkeit gegenüber amerikanischen bzw. westlichen Sanktionsmaßnahmen im Finanz- und Währungsbereich abzubauen.

Dem wachsenden ordnungspolitischen Einfluss der VR China in globalen und regionalen Zusammenhängen gegenüber stehe der Rückzug der USA aus multilateralen Verbindungen und Verantwortlichkeiten, gepaart mit Ignoranz gegenüber internationalen Normen und Interessenlagen der Partnerstaaten. Während die USA ihr multilaterales Engagement reduzieren, bringe sich China mit eigenen Ideen und Interessen immer stärker ein. Deutschland und die EU stehen mittendrin und müssten dringend eine Antwort darauf finden. Schwierig sei auch, dass die europäischen Vorstellungen über die Gestaltung des strategischen Verhältnisses zu China durch eine eher statische Interpretation von systemischer Konkurrenz geprägt seien, was eine gemeinsame Gestaltung der internationalen Ordnung eigentlich nur als Durchsetzung der eigenen Positionen gegenüber China denkbar mache.

Selbst in Deutschland fehle es noch immer an einer wirklich offensiven und konstruktiven Gesamtstrategie gegenüber China, die gleichermaßen von Selbstbewusstsein und Selbstreflexion geprägt wäre. Warum also nicht das Stichwort vom gegenseitigen Lernen auch in ordnungspolitischen Fragen aufnehmen?

Mit Grundfragen westlicher Außenpolitik, insbesondere im Hinblick auf die "Werte-Frage" setzte sich Erhard Crome (IIP) auseinander. Das Bestreben, anderen Regionen und Gesellschaften eigene Werte aufzudrängen gehe auf das messianistische Grundverständnis von Reformatoren wie Luther oder Calvin, aber auch die Aufklärung zurück. Nötig sei ein Paradigmenwechsel: die Rückkehr zur Idee der friedlichen Koexistenz als Grundprinzip der Beziehungen zwischen verschiedenen Staaten und Gesellschaften. Das gelte auch hinsichtlich Chinas. Während US-Präsident Trump nach Dominanz mittels Wirtschaftskrieg strebe, habe Henry Kissinger die Vorteile einer Strategie der Kooperation mit China betont. Was die EU betreffe, so machten informelle Strukturen wie Viségrad-Gruppe, 3-Meere-Initiative oder das "17+1"-Format die Herausbildung einer gemeinsamen Strategie so gut wie unmöglich. Anknüpfend daran verwies Arne Seifert (IIP) in der Diskussion darauf, dass die fünf zentralasiatischen Staaten zwar säkularen Charakter tragen, ihre Zukunft jedoch nicht endgültig geklärt sei. Die "muslimische Renaissance" könnte sich auch hier noch auswirken. Entscheidend wäre, eine Balance zwischen Religion und Säkularismus zu finden.

Deutschland in Eurasien

Einen Blick auf "die deutsch-chinesischen Beziehungen in Zeiten weltpolitischer Turbulenzen" warf Chen Zhuangying im dritten Panel. Während China angesichts hoch entwickelter deutscher Exportgüter ein Handelsdefizit verzeichne, hätten die USA im Handel mit China ein großes Minus. Den von den USA deshalb ausgelösten Handelskrieg sehe China aber nicht nur als Risiko, sondern auch als Chance. Ziel sei, 2049 - dem 100. Jahrestag der Gründung der VR China - weltweit Wirtschaftsmacht Nr. 1 zu sein. Deutschland werde als außerordentlich wichtiger Partner angesehen. Es hätte ein eigenes Konzept für die Kooperation mit China und handele pragmatisch. Die Kompetenzen beider Seiten – deutsche Technik und chinesische Kompetenz bei der Infrastruktur - würden sich gut ergänzen.

Die 2012 geschaffene Plattform "16+1" - 2019 durch den Beitritt Griechenlands zu "17+1" erweitert – sei ein wesentliches Element von Chinas wirtschaftlicher Offensive in Europa, schätzte Tomasz Morozowski

(West-Institut Posen) ein. Ziel sei, die Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas (MOE) auszuweiten, besonders bei Infrastrukturprojekten. Das Format erinnere aber eher an eine Ansammlung von 17 bilateralen Plattformen als an ein kohärentes mulilaterales Projekt und bleibe bisher hinter den Erwartungen zurück. Besonders Deutschland gehöre innerhalb der EU zu den Kritikern des Formats, das als Instrument gesehen werde, um die Einheit der EU gegenüber China aufzuweichen und die MOE-Staaten von China abhängig zu machen. Das sei jedoch wenig nachvollziehbar, da die meisten Auslandsinvestitionen in der Region nach wie vor aus der EU bzw. den USA kämen. Von den Staaten Westeuropas habe Deutschland die intensivsten Wirtschaftsbeziehungen sowohl zu den MOE-Ländern als auch zu China. Es sei deshalb besonders geeignet, als Koordinator bzw. "Brückenbauer" aufzutreten, der die Beziehungen im Dreieck EU-MOE-China mitgestaltet und gleichzeitig die Kohärenz der China-Politik der EU verteidigt. Dabei verstärke der Konflikt zwischen China und den USA das chinesische Interesse, gegenüber der EU einen konzilianteren Ton anzuschlagen, um sich deren Unterstützung zu sichern. Auf den kritischen Einwand aus dem Publikum, ob Polen mehr zur NATO oder zur EU neige, verwies Morozowski, auf die Regierungsposition, dass angesichts der "russischen Gefahr" NATO und proamerikanische Orientierung im Vordergrund stehen würden.

Angesichts wachsender Potenziale nehmen auch die Chancen der EU zu, betonte Lutz Kleinwächter (IIP). Die deutsche Diskussion über Interessenbestimmung und Prioritätensetzung laufe, bleibe aber hinter den Erfordernissen zurück; die Wirtschaft sei da weiter als die Politik. Die eigene zivilisatorische Leistung und die Möglichkeiten der Einheit in der Vielfalt werden in der EU oft unterbewertet. Europa sei nun mal die höchst entwickelte Region der Erde. Ein Handlungshemmnis sei jedoch das mangelnde Selbstvertrauen. Bei aller Bewegung in Richtung globaler Multipolarität bleiben die USA eine multidimensionale Großmacht, während China in einer aufholenden Entwicklung begriffen sei und Russland nach anfänglichem Niedergang unter Putin stabilisiert werden konnte. Insgesamt spiele die Wirtschaft die entscheidende Rolle für künftige Entscheidungsmöglichkeiten, wobei die Staatsregulierung erheblich zunehme. Für Deutschland und Kerneuropa ginge es vor allem darum, sich im geostrategischen Dreieck Europa - Asien - USA zu positionieren und insbesondere die Kooperation mit Russland, China und Indien auf dem Doppelkontinent zu verstärken. Das Management der Vielfalt und Andersartigkeit der politischen und ökonomischen Systeme sei Realität und Normalität des 21. Jahrhunderts.

Raimund Krämer dankte im Namen der Veranstalter für die anregende Diskussion. Er erinnerte in seinen Schlussworten an das Völkerrecht, das weiterhin die Basis der Zusammenarbeit und der Lösung von Konflikten sein müsse, wenn ein geregeltes und friedliches Miteinander unterschiedlicher politischere Regime im eurasischen Raum erreicht werden solle. Nur auf dieser Grundlage sei das nötige Vertrauen möglich, das im Verhältnis zwischen Europa und Asien so dringend benötigt werde.

Der Konferenzbericht erscheint in der Ausgabe Dezember 2019 von International – Die Zeitschrift für internationale Politik (Wien).



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz

DOKUMENTATION

Perspektiven eines künftigen gesamteuropäischen Raums von Lissabon bis Wladiwostok

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Dr. André Hahn, Dr. Alexander S. Neu und weiteren Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE.

> Deutscher Bundestag Drucksache 19/4758, 19. Wahlperiode 05.10.2018 Drucksache 19/3881

Auszüge

Vorbemerkungen der Fragesteller

In seiner Rede auf der Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates am 6. Juli 1989 in Straßburg hat der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow die Idee eines gesamteuropäischen Hauses vorgestellt, wo ein Interessengleichgewicht das traditionelle Kräftegleichgewicht ersetzen sollte. Dabei bekräftigte er: "Die philosophische Konzeption des gesamteuropäischen Hauses schließt die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Konfrontation aus, ja selbst die Möglichkeit der Anwendung oder Androhung von Gewalt, vor allem der militärischen Gewalt, Bündnis gegen Bündnis oder innerhalb eines Bündnisses, wo auch immer dies geschieht. Sie sieht vor, die Abschreckungsdoktrin durch die Doktrin der Zurückhaltung zu ersetzen. Dies ist kein Wortspiel, sondern die vom Leben selbst diktierte Logik der europäischen Entwicklung" (siehe Bundestagsdrucksache 11/6075, S. 10 bis 16).

Im Rahmen eines Staatsbesuches sprach der russische Präsident Wladimir Putin am 25. September 2001 vor dem Deutschen Bundestag, wo er Russland "ein[en] äußerst dynamische[n] Teil des europäischen Kontinents" nannte, auf das Konzept des europäischen Hauses zurückgriff und für seinen Aufbau plädierte (www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin_wort/244966). Am 25. November 2010 beschrieb der damalige russische Ministerpräsident Wladimir Putin in einem Gastbeitrag für die "Süddeutsche Zeitung" seine Zukunftsvision

der Partnerschaft zwischen Russland und der Europäischen Union und schlug vor, ein einheitliches und prosperierendes Europa gemeinsam aufzubauen. Dabei machte Wladimir Putin fünf Vorschläge für Kooperationsvorhaben:

"Gestaltung einer harmonischen Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok" beziehungsweise einer Freihandelszone, eine gemeinsame Industriepolitik, einen gemeinsamen Energiekomplex, den Ausbau der Kooperation in Wissenschaft und Bildung sowie die Einführung der Visafreiheit zwischen der EU und Russland (siehe www.sueddeutsche.de/ wirtschaft/putin-plaedoyer-fuer-wirtschaftsgemeinschaft-von-lissabonbis-wladiwostok-1.1027908). Drucksache 19/4758 – 2 – Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode

Nach der Weigerung des gewählten ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch, ein Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterschreiben, solange nicht existenzielle Belange der Ukraine in diesem Abkommen berücksichtigt seien, wurde auch aus der EU eine politische Eskalation befördert (vgl. Reinhard Lauterbach: Bürgerkrieg in der Ukraine. Geschichte, Hintergründe, Beteiligte. Berlin 2015). Anstatt der Ukraine eine Brückenfunktion zwischen der EU und Russland zu lassen. wurde sie politisch zerrissen. Die Ukraine-Krise und weitere internationale Verwerfungen der letzten Jahre wie etwa der Krieg in Syrien haben die deutsch-russischen Beziehungen auf eine harte Probe gestellt.

Der damalige Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier griff am 22. Juni 2016 in seiner Rede anlässlich des 75. Jahrestages des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion auf die Formel "Abschreckung und Entspannung durch Dialog" zurück, die auf den Harmel-Bericht aus dem Jahr 1967 zurückgeht: "so viel Verteidigungsbereitschaft wie nötig, so viel Dialog und Zusammenarbeit wie möglich. Beide Säulen müssen stark sein." (siehe Plenarprotokoll 18/178, S. 17547).

Zwei Jahre nach dieser Rede und nach Bildung einer neuen Großen Koalition in Berlin, die ausweislich des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und SPD auch die Ausgestaltungeines transkontinentalen Wirtschaftsraums anzustreben verspricht (www.bundesregierung.de/ Content/DE/ Anlagen/2018/03/ 2018-03-14-koalitionsvertrag.pdf, S. 148), sieht sich die Bundesregierung mit neuen politischen und ökonomischen Herausforderungen konfrontiert, die aus Washington kommen. Die Trump-Administration verschärft die bereits angespannte internationale Lage (https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2018/

05/28/oekonom-europa-muss-sich-aus-dem-diktat-der-us-politik-loesen). Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen EU-Ländern und Russland, die seit 2014 stark unter westlichen Sanktionen und russischen Folgesanktionen leiden, schienen in den letzten Monaten wieder enger zu werden. Aus mehreren EU-Staaten kamen Signale, die auf ein absehbares Ende der Russland-Sanktionen hoffen ließen. Etwa zur gleichen Zeit war allerdings der Brexit-Verhandlungsprozess zwischen London und Brüssel ins Stocken geraten. Im Frühjahr 2018 wurden das bislang ungeklärte Attentat auf einen früheren russischen Agenten und dessen Tochter in England (Salisbury- oder Skripal-Affäre) zum Anlass genommen, die Verantwortung für diesen Vorfall Moskau zuzuschieben und die Russische Föderation mit neuen Sanktionen zu belegen. Was die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Russland betrifft, will die US-Regierung beispielsweise den Bau der Gas-Pipeline "NordStream 2", die von Russland nach Deutschland verlaufen soll, verhindern. In NATO-Kreisen wird nach einem Bericht des NATO Defense College darauf hingearbeitet, eine mögliche deutschrussische Wiederannäherung - gerade auch im Bereich der Wirtschaft - zu verhindern, die Kern von verbesserten Beziehungen zwischen Russland und der EU wäre (exemplarisch: John Lough, "Germany's Russia Challenge", www. ndc.nato.int/ download/downloads.php?icode=540).

Doch gerade angesichts dieser zunehmenden Widersprüche in EU und NATO läge es nahe, dem Prinzip von "Wandel durch Annäherung" in den Beziehungen zu Moskau wieder Geltung zu verschaffen. Ein verstärkter allseitiger Austausch und eine enge Zusammenarbeit auf den fünf von Wladimir Putin 2010 skizzierten Feldern kann sowohl zu größerer und gemeinsamer Sicherheit von EU bzw. europäischen Staaten und Russland als auch zu größerem Wohlstand in den einzelnen Ländern führen.

Das Konzept eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon bis Wladiwostok bildet hierfür eine Grundlage. Eine solche Zusammenarbeit könnte außerdem eine friedliche Regulierung von Kriegen und Konflikten, wie in der Ukraine und in Syrien, oder den Abbau von Spannungen um den Iran oder Nordkorea befördern. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat bei seinem Besuch des Internationalen Wirtschaftsforums in St. Petersburg im Mai 2018 Fehler eingestanden, die westliche Staaten in ihrer Politik gegenüber Moskau in den letzten beiden Jahrzehnten begangen haben. Berlin bleibt aufgefordert, auf eine

gleichberechtigte Kooperation der Staaten Europas Deutscher Bundestag - 19. Wahlperiode - 3 - Drucksache 19/4758 und Asiens zum gemeinsamen Vorteil hinzuwirken. Ein Schlüssel dafür sind gute und freundschaftliche (Wirtschafts-)Beziehungen zu Moskau. Anzuknüpfen wäre nicht nur an die Entspannungspolitik der 1970er Jahre, sondern auch an Zusagen, die die Bundesregierung seit 1990 gemacht hat, und an Vereinbarungen, die sie gegenüber Moskau eingegangen ist.

10. Warum ist nach Kenntnis der Bundesregierung die EU beziehungsweise NATO bis heute nicht bereit, vertragliche Verpflichtungen gegenüber der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) beziehungsweise der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) zu übernehmen?

Die EU führt mit der Eurasischen Wirtschaftsunion einen Dialog zu technischen Fragen. Von einem Angebot oder Interesse der Eurasischen Wirtschaftsunion, vertragliche Beziehungen mit der EU zu unterhalten, hat die Bundesregierung ebenso wenig Kenntnis wie von einem Angebot oder Interesse der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), vertragliche Beziehungen mit der NATO zu unterhalten.

- 21. Existieren konkrete Konzeptionen über einen gemeinsamen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok, welche die Bundesregierung erarbeitet oder unterstützt?
- 22. Inwiefern teilt die Bundesregierung die Ansicht des SPD-Bundestagsabgeordneten und außenpolitischen Sprechers der Fraktion Nils Schmid, die EU solle jetzt mehr Kooperation mit der EAWU – vor allem auf regulatorischer und technischer Ebene – wagen (Quelle: Frankfurter Rundschau vom 26. Juni 2018, S. 10)?

Ein Dialog im Bereich der technischen Regulierung zwischen der EU und EAWU findet bereits statt und soll fortgesetzt werden. Deutscher Bundestag - 19. Wahlperiode 9 Drucksache 19/4758

23. Sucht die Bundesregierung die Regierungen anderer EU-Staaten für das Konzept des gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon bis Wladiwostok zu gewinnen? Wenn ja, welche Mitgliedstaaten wurden kontaktiert und für das Projekt gewonnen?

Die Fragen 21, 23, 28, 30 bis 32 und 37 werden wegen inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet: Die Bundesregierung hält an der Vision eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon bis Wladiwostok fest, der unter anderem die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Eurasischen Wirtschaftsunion umfasst. Ein politischer Dialog der EU mit der Eurasischen Wirtschaftsunion über Schritte hin zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum setzt aus Sicht der Europäischen Union jedoch eine Reihe von politischen, darunter wirtschaftspolitischen, Bedingungen voraus. In der Europäischen Union besteht Konsens insbesondere darüber, dass die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen und die Beilegung der WTO-Streitigkeiten mit der Russischen Föderation, sowie die Abschaffung tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion, Vorbedingungen für eine Intensivierung der politischen Kontakte sind. Über die Erfüllung dieser Voraussetzengen steht die Bundesregierung mit den Partnerländern in engem Kontakt.

Eine konkrete Konzeption über einen gemeinsamen Wirtschaftsraum ist vor Erfüllung der notwendigen Voraussetzungen nicht sinnvoll. Gleichzeitig gilt es, Chancen für die europäische Wirtschaft zu nutzen, die sich aus einem vertieften Dialog auf technischer Ebene, beispielsweise im Bereich der technischen Regulierung, ergeben könnten. In diesem Sinne unterstützt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie seit Herbst 2017 einen (Experten-)Dialog mit der Eurasischen Wirtschaftsunion im Bereich der technischen Regulierung (Standardisierung und Normung, Akkreditierung und Zertifizierung, Messwesen). Am 17. Oktober 2017 und 13. März 2018 fanden dazu erste Workshops zum Thema technische Regulierung statt, die Fortsetzung des Dialogs erfolgt im November 2018. Eine künftige Ausweitung der bestehenden technischen Kontakte auf weitere Wirtschaftsbereiche wird derzeit von der Bundesregierung geprüft.

24. Inwiefern sollte nach Ansicht der Bundesregierung der – der Deutschen Einheit vorausgegangenen – Idee eines gemeinsamen Europäischen Hauses (entwickelt von Michail Gorbatschow, z. B. in: Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt. München 1987, ND 1989, S. 252 ff.) bei der Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon bis Wladiwostok wieder die Funktion eines Leithildes zukommen?

Das Interesse der Bundesregierung dient dem Erhalt der bestehenden europäischen Friedensordnung, basierend unter anderem auf der Helsinki-Schlussakte und der Charta von Paris. Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der Destabilisierung der Ostukraine hat Russland diese gemeinsamen Prinzipien der europäischen Friedensordnung offen in Frage gestellt. Deshalb sind die Voraussetzungen für die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon bis Wladiwostok derzeit nicht erfüllt.

26. Welche konkreten Organisationen, Institutionen und Behörden auf dem Territorium der Eurasischen Wirtschaftsunion betrachtet die Bundesregierung als Verhandlungspartner zur Gestaltung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon bis Wladiwostok?

Das zuständige Gremium für den Dialog der Europäischen Union mit der Eurasischen Wirtschaftsunion ist die Eurasische Wirtschaftskommission.

27. Wurde ein gemeinsamer Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok im Rahmen der Treffen zwischen den Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung beziehungsweise Regierungen anderer EU-Mitgliedstaaten und den Vertreterinnen und Vertretern der Regierung Russlands seit 2005 thematisiert? Wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis?

Die Vision eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Lissabon bis Wladiwostok ist im Rahmen von Gesprächen zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und Vertreterinnen und Vertretern der Regierung Russlands wiederholt zur Sprache gekommen. Hierbei ist auch die Frage der Beilegung der WTO-Streitigkeiten thematisiert worden. Zu Gesprächen anderer EU-Mitgliedstaaten mit der Russischen Föderation liegen der Bundesregierung keine eigenen Erkenntnisse vor. Drucksache 19/4758 – 10 – Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode

33. Welche Bemühungen und/oder Zugeständnisse gab es seitens der Russischen Föderation im Hinblick auf die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums mit der EU?

Die Russische Föderation hat in Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung die Vision eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Lissabon bis Wladiwostok thematisiert. Dabei wurden jedoch keine Zugeständnisse im Hinblick auf die Voraussetzungen für die Aufnahme eines politischen Dialogs der Europäischen Union mit der Eurasischen Wirtschaftsunion gemacht.

35. Sind der Bundesregierung Vorschläge, Pläne oder Initiativen zur Gestaltung des gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon bis Wladiwostok von deutschen Stiftungen, Ausschüssen, Verbänden, Instituten oder anderen Organisationen bekannt?

Nach Kenntnis der Bundesregierung beschäftigen sich verschiedene Institute und Organisationen mit der Vision eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon bis Wladiwostok und Möglichkeiten seiner Umsetzung. Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 11 – Drucksache 19/4758

41. Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass die Russische Föderation eine positive Rolle im Zusammenspiel mit China bei der Ausgestaltung der Neuen Seidenstraße (One Road - One Belt) spielt? Wenn nein, was sind die konkreten Kritikpunkte?

Die Bundesregierung begrüßt grundsätzlich den Ausbau der Konnektivität zwischen China und Europa. Sie verweist in diesem Zusammenhang regelmäßig auf die Notwendigkeit transparenter Ausschreibungen, Nachhaltigkeit der Projekte sowie die Einhaltung internationaler Standards. Dies gilt auch für Projekte in und mit der Russischen Föderation.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Auswärtigen Amts vom 2. Oktober 2018 übermittelt.

Autorenverzeichnis

Dr. sc. Wolfram Adolphi

geb. 1951, Dipl.-Staatswissenschaftler, seit 1976 Arbeiten zur Geschichte und Gegenwart Chinas und der deutsch-chinesischen Beziehungen, Schriftsteller, www.asiaticus.k2-potsdam.de

Dr. rer. oe. Vladislav Belov

Stellvertretender Direktor für wissenschaftliche Arbeit des Europa-Institutes der Russischen Akademie der Wissenschaften, Leiter der Abteilung für Länderstudien, Direktor des Zentrums für Deutschlandforschungen

Prof. Dr. Chen Zhuangying

geb. 1969, Dekan der Germanistischen Fakultät an der Shanghai International Studies University (SISU). Studium der Germanistik an der SISU, promovierte 1997 mit der Arbeit asiatisches Gedankengut im Werke Hermann Hesses an der Universität Bern/Schweiz. Vizepräsident der nationalen Kommission für Germanistik Chinas. Er ist Spezialist für deutsche Literatur der Gegenwart, Metrik, Lyrik und Kultur- und Regionalforschung.

247@shisu.edu.cn

Dr. rer. pol. habil Erhard Crome

geb. 1951, Studium der Außenpolitik am Institut für Internationale Beziehungen der DDR in Potsdam-Babelsberg. Assistent bzw. Oberassistent; 1991–2000 Mitarbeiter an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Brandenburgischen Landeshochschule/Universität Potsdam; 2001 Gastprofessur an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder. Seit 2002 Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. 1993 Mitbegründer und Mitglied des Beirates der außenpolitischen Zeitschrift *WeltTrends*. Seit 2017 Geschäftsführender Direktor des WeltTrends-Instituts für Internationale Politik.

Kai Kleinwächter, M.A.

geb. 1980. Studium Volkswirtschaft, Politik, Geschichte, Internationales Management, Geographie an den Universitäten Potsdam, Hagen und Vaasa/Finnland. Seit 2010 Lehre als Dozent an Hoch-/Fachschulen und anderen Bildungseinrichtungen. Mitarbeiter in der Redaktion der Zeitschrift "WeltTrends". Publikationen u. a. auf Telepolis und seiner Homepage (www.zeitgedanken.blog).

Prof. Dr. Lutz Kleinwächter

geb. 1953. Studium an der Offiziershochschule in Löbau sowie Außenpolitik am Institut für Internationale Beziehungen (IIB) in Potsdam Babelsberg. 1980–1990 DDR-Außenministerium, Abteilung USA; IIB/ Grundsatzabteilung; UN/Genfer Abrüstungskonferenz, "Runder Militärtisch". 1991-2007 Dozent an Universitäten und Hochschulen. Seit 2004 Vorsitzender von WeltTrends e.V. (www.welttrends.de). Ab 2008 Professor für Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft, bbw Hochschule der Wirtschaft in Berlin.

Prof. Dr. habil. Raimund Krämer

geb. 1952, Studium der Außenpolitik am Institut für Internationale Beziehungen der DDR in Potsdam-Babelsberg. Ab 1990 Hochschuldozent für internationale und vergleichende Politik an der Universität Potsdam, 1994/1995 Visiting Fellow am St Antony's College Oxford, ab 2012 apl. Professor für internationale und vergleichende Politik an der Universität Potsdam. Seit 1995 Chefredakteur der Zeitschrift Welt Trends. Vorstandsmitglied des Welt Trends-Instituts für Internationale Politik.

Prof. Dr. habil. Beata Molo

Politikwissenschaftlerin, Professorin der Krakauer Andrzej-Frvcz-Modrzewski Akademie, Chefredakteurin der Zeitschrift Bezpieczeństwo. Teoria i Praktyka. Forschungsschwerpunkte: Energiesicherheit Deutschlands, Energie- und Klimapolitik der EU, Energiepolitik Polens und Russlands, deutsch-russische Beziehungen.

bmolo@poczta.onet.pl

Tomasz Morozowski

geb. 1991, Politikwissenschaftler, Analytiker am West-Institut Posen (Instytut Zachodni, Poznań). Forschungsgebiete sind die globale Rolle Deutschlands, die Beziehungen zwischen Deutschland, China und der EU, Digitalisierung und Innovation

morozowski@iz.poznan.pl

Dr. Vladimir Norov

geb. 1955, war Botschafter der Republik Usbekistan in Deutschland, der Schweiz, Polen und den Benelux-Staaten sowie Vertreter bei EU und NATO, Erster Stellvertreter des Außenministers, 2006-2010 Außenminister, 2017-2018 Stellvertretender Sekretär des Sicherheitsrates beim Präsidenten und Direktor des Instituts für Strategische und Regionale Studien; seit 1. Januar 2019 Generalsekretär der SOZ.

Dr. Dr. h.c. Arne Clemens Seifert

Geb.1937, Botschafter a.D.. Berlin. Außenpolitikstudium, Institut für Internationale Beziehungen, Moskau, Spezialisierung Türkei, Iran, Afghanistan. Promotion, Institut für Internationale Arbeiterbewegung, Berlin. Außenministerium der DDR (1964/90): U.a. Sektorleiter Irak, Iran, Afghanistan; Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Stellvertretenden Ministers für Asien, Afrika, Botschafter, Abteilungsleiter. Nach 1990: Arbeitslos (1990/92/94/96). "Political Officer", OSZE-Mission Tadschikistan (1996/97). Zentrum für OSZE-Forschung, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Hamburg, Zentralasienberater (1999/2018). Dr. h.c. des Orientinstituts der Russischen AdW (2017).

Prof. Dr. Bulat Sultanov

geb. 1951, Politikwissenschaftler, Deutsch-Kasachische Universität, Almaty, Direktor des Instituts für Internationale und Regionale Kooperation; 1974-1993 Lehrer, Dozent, Dekan der Fakultät für Geschichte an der Kasachischen Staatlichen Universität; 1993-2004 Außenministerium der Republik Kasachstan, darunter Abteilungsleiter im Ministerium, Botschaftsrat bzw. Gesandter an der Botschaft der Republik Kasachstan in Deutschland; 2005-2014 Direktor des Instituts für Strategische Studien beim Präsidenten der Republik Kasachstan; Ehrenprofessor der Shanghaier Universität für internationale Forschungen; Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Welt Trends. sultanov@dku.kz

Dr. Hubert Thielicke

geb. 1949. Studium der Volkswirtschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Außenpolitik an der Moskauer Diplomatenakademie. Tätigkeit im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (1972-1990), darunter stellvertretender Delegationsleiter auf der Genfer Abrüstungskonferenz und Sektorleiter Abrüstung in der UNO-Abteilung; Konferenzfunktionen in Genf und New York, darunter Generalberichterstatter der UN-Konferenz über die Förderung der int. Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie (1987) und Mitglied der Expertengruppe des UN-Generalsekretärs über die Rolle der UNO bei der Kontrolle der Abrüstung (1988-1990). Pressesprecher eines Wirtschaftsunternehmens (1992-2006), PR-Berater und Journalist. Vorstandsmitglied des Verbandes für int. Politik und Völkerrecht (2006-2018). Seit 2010 Pressesprecher und Autor von Welt Trends, seit 2018 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates von WeltTrends und der Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheit; seit 2018 Senior Research Fellow des Welt Trends-Instituts für internationale Politik. thielicke@pr-medienberatung de

Dr. rer. pol. habil. Wolfram Wallraf

geb. 1952. Studium am Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen. Politikwissenschaftler mit den Schwerpunkten Japan und Ostasien, internationale Sicherheit, wirtschaftliche Integration und regionale Konflikte. Dozent am Institut für Internationale Beziehungen Potsdam/ Babelsberg (1978-1990). Lehrtätigkeit an der Universität Potsdam, Gastdozenturen an der Humboldt-Universität Berlin, Universität Salzburg und an der Städtischen Universität Nagoya. Freiberuflicher Stadtforscher und Inhaber eines Planungsbüros (2000–2018). Senior Fellow im WeltTrends Institut für Internationale Politik. Mitglied im WeltTrends-Beirat.

wallraf@wallraf-und-partner.de



Der WeltTrends e. V. hat 2017 ein Forschungsinstitut gegründet. Nach der gleichnamigen außenpolitischen Zeitschrift und dem Wissenschaftsverlag ist dies ein weiterer Schritt für die Profilierung des Potsdamer Vereins.

Selbstverständnis

Das "Institut für Internationale Politik" (IIP) ist eine parteipolitisch unabhängige wissenschaftliche Einrichtung. Schwerpunkte der Arbeit sind die Friedens- und Sicherheitspolitik, Weltwirtschaft und Integration, Globalisierung und Nachhaltigkeit sowie politische Entwicklungen in der Europäischen Union und in einzelnen Staaten, insbesondere die deutsche Außenpolitik. Das Institut soll Denkanstöße geben, alternative Denkweisen fördern und einen Gegenpol zu den machtpolitisch orientierten, Deutschland- und europazentrierten Diskursen bilden.

Das IIP versteht sich als intellektuelle und logistische Heimstatt für Wissenschaftler*innen, die Forschungsprojekte und Publikationen auf den oben genannten Feldern planen und umsetzen wollen. Hierfür stellt das Institut seine wissenschaftlichen Kompetenzen, seine organisatorische Infrastruktur und seine nationalen und internationalen Netzwerke zur Verfügung. Das IIP wird seinen Beitrag leisten, um eine kritische Analyse der derzeitigen internationalen Beziehungen vorzunehmen.

Vorstand

Dem Vorstand des IIP gehören Dr. habil. Erhard Crome, als geschäftsführender Direktor, Prof. Dr. Raimund Krämer und Prof. Dr. Lutz Kleinwächter an. Pressesprecher des Instituts ist Dr. Hubert Thielicke.

Fellows

Das IIP besteht aus Senior Research Fellows, Research Fellows und Honorary Research Fellows. Ein erstes Treffen der Fellows fand im September 2018 an der Universität Potsdam statt. Es wurde beraten, welche Beiträge geleistet werden können, um einer realistischen Sicht Vorschub zu leisten, die auf Frieden, friedliche Koexistenz und internationale Zusammenarbeit ohne Vorbedingungen zielt. Zu den Schwerpunkten gehören: Eine Weltordnung des Friedens für das 21. Jahrhundert; eine Europäische Union, die auf gleichberechtigter Zusammenarbeit beruht; ein stabiles Europa auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheit. Den Entwicklungen in Eurasien wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Kontakt: Dr. Erhard Crome (crome.institut@welttrends.de)

Welt ® Trends

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
BRANDENBURG